

# Wehrdebatte 1952

Dr. Horst Leps

3. Juli 2022

## Inhaltsverzeichnis

<b>1</b>	<b>Deutscher Bundestag — 189. Sitzung. Bonn, Mittwoch, den 6. Februar 1952</b>	<b>3</b>
1.1	Brookmann (CDU), Anfragender . . . . .	3
1.2	Dr. Adenauer, Bundeskanzler . . . . .	3
1.3	Kaiser, Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen . . . . .	6
1.4	Dr. Tillmanns (CDU), Berichterstatter . . . . .	7
1.5	Dr. Hoffmann (Schönau) (FDP), Berichterstatter . . . . .	8
1.6	Wehner (SPD) : Herr Präsident! Meine Damen und Herren. . . . .	8
1.7	Brookmann (CDU) . . . . .	10
1.8	Dr. von Merkatz (DP) . . . . .	10
1.9	Dr.-Ing. Decker (FU) . . . . .	11
1.10	Dr. Schäfer (FDP) . . . . .	11
1.11	Rische (KPD) . . . . .	11
1.12	Tichi (BHE-DG) . . . . .	13
1.13	Brandt (SPD) . . . . .	14
1.14	Frau Dr. Brökelschen (CDU) . . . . .	15
1.15	Rische (KPD) . . . . .	15
1.16	Dr. Richter (Niedersachsen) (Fraktionslos) . . . . .	16
1.17	Neumann (SPD) . . . . .	16
1.18	Mellies (SPD) . . . . .	16
<b>2</b>	<b>Deutscher Bundestag — 190. Sitzung. Bonn, Donnerstag, den 7. Februar 1952</b>	<b>16</b>
2.1	Dr. Adenauer, Bundeskanzler (CDU) . . . . .	16
2.2	Ollenhauer (SPD) . . . . .	20
2.3	Dr. Adenauer, Bundeskanzler (CDU) . . . . .	23
2.4	Strauß (CSU) . . . . .	24
2.5	Euler (FDP) . . . . .	29
2.6	Dr. Wahl (CDU) . . . . .	32
2.7	Reimann (KPD) . . . . .	33
2.8	Dr. Adenauer, Bundeskanzler: . . . . .	41
2.9	Majonica (CDU) . . . . .	41
2.10	Kiesinger (CDU) . . . . .	41
2.11	Dr. Tillmanns (CDU) . . . . .	42

<b>3</b>	<b>Deutscher Bundestag — 191. Sitzung. Bonn, Freitag, den 8. Februar 1952</b>	<b>44</b>
3.1	Dr. Kather (CDU) . . . . .	44
3.2	Thadden (Fraktionslos) . . . . .	45
3.3	Dr. Arndt (SPD) . . . . .	45
3.4	Dr. Adenauer, Bundeskanzler . . . . .	46
3.5	Dr. Schäfer (FDP) . . . . .	48
3.6	Frau Brauksiepe (CDU) . . . . .	48
3.7	Dr.-Ing. Decker (FU) . . . . .	50
3.8	Frau Wessel (FU) . . . . .	51
3.9	Dr. Bertram (FU) . . . . .	55
3.10	Dr. Etzel (Bamberg) (FU) . . . . .	55
3.11	Dr. Jaeger (CSU) . . . . .	55
3.12	Loritz (Fraktionslos) . . . . .	56
3.13	Frau Thiele (KPD) . . . . .	56
3.14	Hedler (Fraktionslos) . . . . .	56
3.15	Dr. Schmid (Tübingen) (SPD) . . . . .	57
3.16	Dr. Adenauer, Bundeskanzler . . . . .	62
3.17	Dr. Schmid (Tübingen) (SPD) . . . . .	62
3.18	Dr. Adenauer, Bundeskanzler . . . . .	62
3.19	Dr. von Merkatz (DP) . . . . .	62
3.20	Goetzendorff (Fraktionslos) . . . . .	64
3.21	Dr. Schröder (Düsseldorf) (CDU) . . . . .	64
3.22	Dr. Richter: (Niedersachsen) (Fraktionslos) . . . . .	66
3.23	Dr. Ehlers (CDU) . . . . .	67
3.24	Fröhlich (BHE-DG) . . . . .	69
3.25	Dr. Mühlenfeld (DP) . . . . .	70
3.26	Frommhold (Fraktionslos) . . . . .	72
3.27	Loritz (Fraktionslos) . . . . .	73
3.28	Löfflad (DP) . . . . .	73
3.29	Rische (KPD) . . . . .	73
3.30	Dr. von Brentano (CDU) . . . . .	75
3.31	Dr. Preusker (FDP) . . . . .	81
3.32	Ollenhauer (SPD) . . . . .	84
3.33	Dr. von Brentano (CDU) . . . . .	88
3.34	Ewers (DP) . . . . .	89
3.35	Euler (FDP) . . . . .	89
3.36	Dr. Reismann (FU) . . . . .	89
3.37	Schoettle (SPD) . . . . .	91

# 1 Deutscher Bundestag — 189. Sitzung. Bonn, Mittwoch, den 6. Februar 1952

## 1.1 Brookmann (CDU), Anfragender

In der Erklärung der Bundesregierung vom 27. September vergangenen Jahres über die Abhaltung gesamtdeutscher Wahlen — einer Erklärung, die übrigens einmütig von diesem Hohen Hause gebilligt wurde — sprach die Regierung für sich die Verpflichtung aus, alles zu tun, um Gewißheit zu schaffen, daß die tatsächlichen Voraussetzungen für die Abhaltung der von ihr vorgeschlagenen gesamtdeutschen Wahlen gegeben sind, und gab dabei der Meinung Ausdruck, daß das vor aller Weltöffentlichkeit nur dadurch geschehen könne, daß eine neutrale internationale Kommission unter der Kontrolle der Vereinten Nationen in der Bundesrepublik, in Berlin und in der sowjetischen Besatzungszone eingesetzt werde, um zu untersuchen, inwieweit die bestehenden Verhältnisse die Abhaltung freier Wahlen ermöglichen. In einer Note der Bundesregierung über die alliierten Hohen Kommissare an die westalliierten Regierungen vom 4. Oktober 1951 wurde darum gebeten, die Bildung einer solchen Kommission möglichst bald bei den Vereinten Nationen in Vorschlag zu bringen. Es wurde weiter gewünscht, eine entsprechende internationale Untersuchung für das Bundesgebiet unverzüglich durchzuführen. Mit erfreulicher und überraschender Schnelligkeit wurde dieser Antrag bereits vom 4. bis 19. Dezember in Sitzungen des Politischen Sonderausschusses der Vollversammlung der Vereinten Nationen erörtert und am 20. Dezember 1951 mit großer Mehrheit trotz hartnäckigen Widerstandes der Sowjetunion und einiger ihrer Satellitenstaaten angenommen. Der Zweck der heute dem Hohen Hause vorgelegten Großen Anfrage ist es, einen ausführlichen Bericht der Bundesregierung über den Verlauf der Beratungen der Vereinten Nationen zu erhalten.

## 1.2 Dr. Adenauer, Bundeskanzler

Die drei westalliierten Regierungen haben diesen Vorschlag in dankenswerter Weise aufgegriffen und am 5. November in gleichlautenden Noten den Generalsekretär der Vereinten Nationen gebeten, in die Tagesordnung der am nächsten Tage beginnenden 6. ordentlichen Vollversammlung der UNO folgenden Punkt aufzunehmen: Einrichtung einer internationalen, unparteiischen Kommission unter der Kontrolle der Vereinten Nationen, die den Auftrag hat, in der Bundesrepublik Deutschland, in Berlin und in der sowjetischen Zone Deutschlands eine gleichzeitige Untersuchung vorzunehmen, um festzustellen, ob in allen diesen Gebieten die obwaltenden Zustände die Abhaltung wahrhaft freier Wahlen zulassen. Daraufhin hat die Vollversammlung der UNO in ihrer Sitzung vom 13. November mit 47 Stimmen gegen 6 Stimmen bei 2 Enthaltungen beschlossen, dem Antrag der Westmächte zu entsprechen. Die Nein-Stimmen waren von Sowjetrußland, der Ukraine, Weißrußland, der Tschechoslowakei, Polen und Israel abgegeben; enthalten haben sich bei der Abstimmung Guatemala und Burma.

Der Politische Sonderausschuß der Vereinten Nationen, an den die Frage gesamtdeutscher Wahlen durch Beschluß der Vollversammlung zur weiteren Beratung überwiesen worden war, hat sich im Laufe von 12 Sitzungen vom 4. bis 19. Dezember mit diesem Thema befaßt. In dem Ausschuß waren alle 60 Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen vertreten. Zu Beginn der Ausschußverhandlungen legte der Vertreter Großbritanniens im Namen der drei Westmächte einen Entschließungsentwurf vor, in dem die künftigen Aufgaben der Untersuchungskommission näher umrissen wurden. Hiernach sollte die Kommission insbesondere untersuchen, ob in dem gesamtdeutschen Staatsgebiet der Staatsbürger tatsächlich Redefreiheit, Organisationsfreiheit,

Pressefreiheit, Freizügigkeit und Sicherung vor willkürlicher Verhaftung besitzt. Der Entschließungsentwurf forderte ferner die Bundesregierung, die sowjetzonalen Behörden und die Behörden Berlins auf, der Kommission freien Zugang zu allen Personen, Plätzen und Dokumenten zu gewähren, die für die Erfüllung ihrer Aufgabe von Bedeutung sind.

Im Sonderausschuß wurde alsbald der Wunsch der großen Mehrzahl der Delegationen deutlich, Vertreter der Bundesrepublik, Berlins und der sowjetzonalen Behörden zu diesem Thema zu hören, damit die Mitglieder des Ausschusses sich ein besseres Bild von der tatsächlichen Lage in Deutschland machen können. Auf Antrag von Pakistan beschloß der Ausschuß gegen den heftigen mWiderstand des Sowjetblocks mit 50 gegen 6 Stimmen bei einer Stimmenthaltung die Hinzuziehung deutscher Sprecher.

Die Bundesregierung teilte dem Generalsekretär am 6. Dezember mit, daß sie die Einladung für sich selbst und für Berlin annehme und die Bundestagsabgeordneten von Brentano und Schäfer sowie den Regierenden Bürgermeister von Berlin, Professor Reuter, als Delegierte entsenden werde. Die Vertreter der Bundesrepublik gaben am 8. Dezember vor dem Sonderausschuß ihre mit großem Interesse erwarteten Erklärungen ab. Herr von Brentano schilderte ausführlich die in der Sowjetzone herrschenden Zustände, auf Grund deren die Bundesregierung ernsthafte Zweifel hegen müsse, ob freie Wahlen in jenem Teile Deutschlands zur Zeit möglich seien. Herr von Brentano wiederholte gleichzeitig die von der Bundesregierung mehrmals ausgedrückte Bereitwilligkeit, der beantragten Untersuchungskommission im Bundesgebiet jede erdenkliche Unterstützung zuteil werden zu lassen. Der Regierende Bürgermeister von Berlin, Professor Reuter, schilderte die besondere Lage Berlins und bestätigte die von Herrn von Brentano gemachten Aussagen hinsichtlich der Sowjetzone. Er betonte, daß die geplante Untersuchungskommission gerade für die Bevölkerung Berlins und der Sowjetzone von größter Bedeutung sei. Die von der deutschen Delegation abgegebenen Erklärungen wurden von den Mitgliedern des Ausschusses mit Zustimmung aufgenommen. Der Beschluß des Komitees, deutsche Vertreter einzuladen, hatte offensichtlich den Sowjetblock in große Verlegenheit gebracht; denn erst nachdem die Delegation der Bundesrepublik vor dem Sonderausschuß ihre Erklärung abgegeben hatte, entschlossen sich die sowjetzonalen Behörden, die Einladung des Generalsekretärs ebenfalls anzunehmen. Die sowjetzonale Delegation, bestehend aus den Herren Bolz, Nuschke, Ebert und Ackermann, sagte am 11. Dezember vor dem Sonderausschuß aus, wobei Herr Bolz für die Sowjetzone und Herr Ebert für Ostberlin sprachen. Die Ausführungen beider Redner waren in dem üblichen Stil kommunistischer Propaganda gehalten und gingen nur am Rande auf das Thema der Untersuchungskommission ein. Die überwältigende Mehrheit der Ausschußmitglieder durchschaute die mangelnde Aufrichtigkeit der Argumentation, die durch die glatte Weigerung der sowjetzonalen Vertreter, der vorgeschlagenen Untersuchungskommission irgendwelche Unterstützung angedeihen zu lassen, verdeutlicht wurde.

Im Verlauf der weiteren Ausschußverhandlungen brachte der schwedische Außenminister Unden einen Antrag ein, der darauf abzielte, statt der geplanten Untersuchungskommission Viermächtebesprechungen über gesamtdeutsche Wahlen einzuleiten und die daraus resultierenden Wahlen unter der Kontrolle der Vereinten Nationen durchzuführen. Dieser Vorschlag, der die Unterstützung von nur wenigen Staaten fand, wurde kurz vor der Abstimmung wieder zurückgezogen. Dagegen wurden verschiedene andere Zusatzanträge zu dem ursprünglichen Entschließungsentwurf der Westmächte ganz oder teilweise angenommen. Unter anderem sollte die Kommission ermächtigt werden, nicht nur die in den verschiedenen Teilen Deutschlands herrschenden Zustände zu untersuchen, sondern auch positive Vorschläge für eine Verbesserung dieser Zustände zu machen. Weiterhin sollten die Vereinten Nationen sich bereit erklären, gesamtdeutsche

Wahlen, sobald sie sich auf Grund der vorzunehmenden Untersuchungen als möglich erwiesen, durch Organe der Vereinten Nationen zu überwachen, um auf diese Weise die Freiheit des Wahlganges zu gewährleisten. Die Kommission soll zunächst einen Bericht darüber erstatten, ob und in welchem Umfang sie angesichts der Haltung der verschiedenen deutschen Behörden die ihr gestellten Aufgaben zu erfüllen vermag. Spätestens am 1. September soll sie dem Generalsekretär ihren Schlußbericht überreichen. In dieser veränderten und verbesserten Form wurde der Entschließungsentwurf der drei Westmächte sodann am 19. Dezember im Sonderausschuß zur Abstimmung gebracht, wobei 45 Stimmen dafür und 6 Stimmen dagegen bei 8 Stimmenthaltungen abgegeben wurden. Die sechs gegnerischen Stimmen waren die des Ostblocks und Israels, die acht Stimmenthaltungen betrafen Schweden, Jugoslawien, Argentinien, Indien, Indonesien, Burma, Afghanistan und Yemen.

Zu Mitgliedern der Untersuchungskommission wurden die Niederlande, Brasilien, Island, Pakistan und Polen gewählt. Der Vertreter Polens im Sonderausschuß lehnte die Teilnahme seines Landes sofort in scharfer Form ab.

Bereits am 20. Dezember fand die Abstimmung der Vollversammlung statt, wobei sich wieder dasselbe Stimmenverhältnis ergab. Er hat sich zu diesem Zweck an die in der Kommission vertretenen Staaten gewandt und sie um die Benennung geeigneter Vertreter gebeten.

Es steht zu erwarten, daß sich die Kommission in Kürze konstituieren wird. Zusammenfassend darf ich die folgenden Ergebnisse der Verhandlung vor der UNO hervorheben:

1. Die von der Bundesregierung beantragte Untersuchungskommission ist mit überwältigender Mehrheit aller Nationen beschlossen worden und wird binnen kurzem aktionsfähig sein. Die Bundesregierung und Berlin werden dieser Kommission jede nur erdenkliche Unterstützung zuteil werden lassen. Es liegt nunmehr an den Behörden der Sowjetzone und Ost-Berlins, das gleiche zu tun. Ich kann namens der Bundesregierung erklären, daß wir den lebhaften und dringenden Wunsch haben, daß die Behörden der Sowjetzone und Ost Berlins unsere m Beispiel folgen mögen. Sollten sie sich aber jetzt weiterhin weigern, die Kommission in den von ihnen verwalteten Gebieten tätig werden zu lassen — ich kann nur nochmals betonen, ich würde das außerordentlich bedauern —, so beweisen sie damit, daß sie eine Wiedervereinigung Deutschlands in Frieden und Freiheit tatsächlich nicht wollen und daß ihre Vorschläge auf gesamtdeutsche Wahlen nicht ernstgemeint waren.
2. Auch wenn sich die sowjetzonalen Behörden weiterhin weigern sollten, der Untersuchungskommission eine freie Tätigkeit in der Sowjetzone zu ermöglichen, so wird die Kommission trotzdem weiterbestehen, um ein wachsames Auge auf die dortigen Zustände werfen zu können. Die Frage gesamtdeutscher Wahlen wird infolgedessen mit Wahrscheinlichkeit auch auf der nächsten Vollversammlung der Vereinten Nationen wieder Gegenstand der Beratungen sein.
3. Die überwältigende Mehrheit aller Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen hat sich in aller Form auf den Standpunkt gestellt, daß die dem den Sowjetblock gegebene Interpretation, wonach Deutschland betreffende Fragen nicht zur Zuständigkeit der UNO gehören, falsch ist.
4. Auf Grund der Initiative der Bundesregierung haben sich die Vertreter der sechzig in den Vereinten Nationen vertretenen Staaten zum erstenmal seit Kriegsende eingehend mit dem Problem der deutschen Einheit befaßt. Bei dieser Gelegenheit hat eine große Anzahl von Delegierten — darunter besonders viele Vertreter Lateinamerikas und des nahen, mittleren

und fernen Ostens — vor aller Welt ihre Sympathien mit den Einheitsbestrebungen des deutschen Volkes bekundet und dem Wunsch Ausdruck gegeben, daß ein geeintes und freies Deutschland alsbald wieder ein vollberechtigtes Mitglied der Völkergemeinschaft werden möge. Ich möchte nicht versäumen, bei dieser Gelegenheit den Staaten, die sich in dieser freundschaftlichen Weise über Deutschland geäußert haben, den herzlichen Dank der Bundesregierung auszusprechen.

### 1.3 Kaiser, Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen

Der Herr Bundeskanzler hat Ihnen den Verlauf und die Bedeutung der Schritte der Bundesregierung für die deutsche Wiedervereinigung beiden Vereinten Nationen dargelegt. Diese Schritte sind Ausdruck der Erkenntnis aller verantwortlichen Parteien dieses Hauses, daß freien gesamtdeutschen Wahlen durch Prüfung der Voraussetzungen der Weg geebnet werden muß. Wir können wohl ebenso davon überzeugt sein, daß das Gewicht der Vereinten Nationen die Wiedervereinigung Deutschlands in wirklicher Freiheit, nicht aber unter kommunistischen Vorzeichen und mit kommunistischen Methoden zulassen wird.

Und deshalb beabsichtigt die Bundesregierung auch, nicht nur den Besatzungsmächten, sondern auch der Kommission der Vereinten Nationen ihren Entwurf eines Gesetzes über die Grundsätze einer freien Wahl zur Verfassunggebenden Deutschen Nationalversammlung zu übermitteln.

Dabei ist sich die Bundesregierung mit allen verantwortlichen Parteien dieses Hauses darüber klar, daß es für uns nur einen friedlichen Weg zur Wiedervereinigung unseres Landes gibt. Dazu gehört auch, daß wir uns zur Einheit in Freiheit durchwählen.

Die Bundesregierung ist der Auffassung, daß alles, was im Dienste der Wiedervereinigung unseres Landes geschieht, auf breitester Grundlage erfolgen muß. Der Ihnen heute vorliegende Entwurf eines Wahlgesetzes hat die in der Diskussion vorgebrachten Auffassungen berücksichtigt. Die Bundesregierung bittet das Hohe Haus, diesem Vorschlage eines Gesetzentwurfs seine Zustimmung zu erteilen.

Die Bundesregierung gibt dazu folgende Erklärung ab: Die Bundesregierung hat auf Grund des Beschlusses des Bundestages vom 27. September 1951 einen Entwurf eines „Gesetzes über die Grundsätze für die Freie Wahl einer Verfassunggebenden Deutschen Nationalversammlung“ ausgearbeitet und der Öffentlichkeit übergeben. Sie legt dem Bundestag nunmehr eine Überarbeitung dieses Gesetzentwurfes vor, bei dem die in der öffentlichen Diskussion hervorgetretenen Gesichtspunkte berücksichtigt worden sind. Die vornehmste Aufgabe der zukünftigen Verfassunggebenden Deutschen Nationalversammlung wird es sein, eine Verfassung zu schaffen.

Die Bundesregierung ist der Überzeugung, daß diese Verfassung folgende Grundsätze enthalten muß: das Recht des Volkes, die Volksvertretung auch in den Ländern, Kreisen und Gemeinden in allgemeiner, unmittelbarer, freier, gleicher und geheimer Wahl zu wählen und die Staatsgewalt durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung auszuüben, die Bindung der Gesetzgebung an die verfassungsgemäße Ordnung und die Bindung der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung an Gesetz und Recht, das Recht auf die verfassungsmäßige Bildung und Ausübung einer parlamentarischen Opposition, die parlamentarische Verantwortlichkeit der Regierung, die Unabhängigkeit der Gerichte, den Schutz der allgemeinen Menschen- und Bürgerrechte, die Gliederung des Gesamtstaates in Länder und die grundsätzliche Mitwirkung der Länder bei der Gesetzgebung.

Die vorstehenden Grundsätze sind bereits bei Ausübung der vorläufigen Funktionen der Nationalversammlung bis zum Inkrafttreten der Verfassung anzuwenden. Die Bundesregierung ruft das gesamte deutsche Volk auf, durch seine zu wählende Vertretung die Neuordnung des in Freiheit wiedervereinigten Deutschlands im Geiste echter demokratischer Staatsauffassung durchzuführen.

So weit die Regierungserklärung. Entscheidende Punkte des Gesetzesvorschlages sind: Das Gebiet der Wahl bildet einen einheitlichen Wahlkreis. Sie wissen ohne weitere Erläuterungen die Gründe zu würdigen, die hierfür bestimmend sind. Weiter: Jede Partei reicht einen Wahlvorschlag für das gesamte Wahlgebiet ein. Jeder Wahlvorschlag muß von mindestens 10 000 Wahlberechtigten unterzeichnet sein. Wahlvorschläge von Parteien, die beim Inkrafttreten dieses Gesetzes bereits bestehen und in der Wahlordnung aufzuführen sind, bedürfen nur der Unterschrift von 10 Personen. Auf je 75 000 Stimmen entfällt ein Abgeordneter. Ein Rest von mehr als 50 000 Stimmen wird vollen 75 000 gleichgeachtet. Ein Wahlvorschlag, der nicht in mindestens einem deutschen Lande 5 % der dort abgegebenen Stimmen erreicht, bleibt unberücksichtigt.

Die Funktionen der Nationalversammlung sind in Art. 4 wie folgt gekennzeichnet: 1. Die Nationalversammlung beschließt die Verfassung. 2. Sie hat diejenige Gewalt, die erforderlich ist, um bis zum Inkrafttreten der gesamtdeutschen Verfassung die freiheitliche, rechtsstaatliche, demokratische und föderative Ordnung herbeizuführen und zu sichern. Wie in dem Gesetzentwurf erneut bestätigt wird, erachtet es die Bundesregierung für entscheidend, daß Vorbereitung und Durchführung der Wahl unter internationalem Schutz und internationaler Kontrolle stehen. Auf Grund eines solchen Wahlgesetzes und unter solchen Voraussetzungen kann — das ist unsere Überzeugung — Deutschland zur Wiedervereinigung in Freiheit kommen. Dem deutschen Volk das zu ermöglichen, wäre die Tat, die wir in der Bundesrepublik und in Berlin und mit uns die 18 Millionen in der Sowjetzone von der sowjetischen Besatzungsmacht erwarten. Bisher allerdings hat Pankow nur Instruktionen zur Herbeiführung von sogenannten gesamtdeutschen Beratungen erhalten. Pankow hat sich sogar dagegen geschützt, daß sein von ihm selbst entworfenes Wahlgesetz, das auf unsere heutigen Verhältnisse gar nicht anwendbar ist, zu Wahlen mißbraucht werden könnte. Denn Pankow hat zu strikten Voraussetzungen wiederum gesamtdeutsche Beratungen gemacht; unser Volk aber will keine Ausflüchte mehr, unser Volk will Taten!

Der Weg ist klar.

Die vier Besatzungsmächte, d. h. die Westmächte und die Sowjetunion, haben die Möglichkeit, den Entwurf, zu dem wir heute die Zustimmung des Bundestages erbitten, zum Wahlgesetz für ganz Deutschland zu machen. Am Wahltage selbst wird sich das deutsche Volk dann für Einheit, für Freiheit und für Frieden entscheiden.

## 1.4 Dr. Tillmanns (CDU), Berichterstatter

Die Beratungen über den Entwurf eines Gesetzes über die Grundsätze für die Freie Wahl einer Verfassungsgebenden Deutschen Nationalversammlung, über die der Herr Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen soeben berichtet hat, haben in den verschiedenen Stadien in enger Verbindung und Fühlungnahme mit dem Ausschuß des Deutschen Bundestages für gesamtdeutsche Fragen stattgefunden. Dieser Ausschuß hat sich in verschiedenen Sitzungen mit dem Entwurf befaßt, und in der gestrigen Sitzung des Ausschusses hat der Gesetzentwurf, der Ihnen auf Drucksache Nr. 2063 vorliegt, den Gegenstand eingehender Beratungen gebildet. Namens

des Ausschusses habe ich den Antrag zu stellen: Der Bundestag wolle beschließen, dem Bericht des Bundesministeriums für gesamtdeutsche Fragen zum Beschluß des Deutschen Bundestages vom 27. September 1951 betreffend Grundsätze für die Freie Wahl einer Verfassunggebenden Deutschen Nationalversammlung zuzustimmen.

### 1.5 Dr. Hoffmann (Schönau) (FDP), Berichterstatter

Der kommunistische Antrag auf Drucksache Nr. 2966, der dem Ausschuß für gesamtdeutsche Fragen seinerzeit überwiesen wurde, bezweckte, die Bundesregierung zu verpflichten, dem Bundestag unverzüglich den Entwurf eines Gesetzes über die Durchführung gesamtdeutscher Wahlen vorzulegen. Nachdem das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen am 5. Februar dieses Jahres den Bericht erstattet hat, der Ihnen auf Drucksache Nr. 3063 vorliegt, hat der Ausschuß für gesamtdeutsche Fragen einstimmig beschlossen, Ihnen zu empfehlen, den kommunistischen Antrag als durch die Vorlage dieses Berichts erledigt zu betrachten. Ich habe Sie also im Namen des Ausschusses zu bitten, dem Antrag des Ausschusses gemäß Drucksache Nr. 3065 zuzustimmen.

Präsident Dr. Ehlers: Ich danke den beiden Herren Berichterstattern. Meine Damen und Herren, ich eröffne die gemeinsame Aussprache über die Große Anfrage

### 1.6 Wehner (SPD) : Herr Präsident! Meine Damen und Herren.

Man darf wohl sagen, daß die Frage der deutschen Einheit auf Grund dieser Beratungen in der Vollversammlung der Vereinten Nationen nicht mehr nur eine nationale Angelegenheit der Deutschen selbst ist, sondern daß sie damit eindeutig zu einer Angelegenheit der Weltdemokratie geworden ist; das hat auch zum Ausdruck gebracht werden sollen.

Unserer Auffassung nach gibt es nur eine demokratische Legitimation, und die besteht darin, sich ohne Vorrechte und ohne Kniffe zur Wahl zu stellen. Und damit weder Vorteile noch Nachteile für die eine oder andere Partei, für die eine oder andere Gruppe auftreten können, wollen wir eben die internationale Kontrolle in der Periode vor und während der Wahlen. Das war und das bleibt der Sinn der Auseinandersetzungen und der Beschlüsse dieses Hauses vom 9. März, vom 27. September vergangenen Jahres und bei anderen Gelegenheiten. Der Sinn war: freie Wahlen unter internationaler Kontrolle, damit gleiche Bedingungen überall und für alle gewährleistet werden. Bei der Ablehnung einer Hilfe durch die Vereinten Nationen seitens der Volkskammer der sowjetischen Besatzungszone hat offenbar — das muß man aus den Darlegungen der sowjetzonalen Volkskammer schlußfolgern — vor allem der Gedanke eine Rolle gespielt, daß das Kernstück aller bisherigen Angebote der sowjetzonalen Volkskammer die „gesamtdeutsche Beratung“ ist. Nun, wir haben schon einmal die Frage gestellt, ob diese „gesamtdeutsche Beratung“ lediglich eine Ersatzeinrichtung für die von uns aus guten Gründen schon einmal abgelehnte Errichtung eines sogenannten „gesamtdeutschen Konstituierenden Rates“ sein soll. Es stellt sich immer wieder die Frage, warum denn Körperschaften gebildet werden sollen, die, ohne daß sie aus freien Wahlen selbst hervorgegangen sind und ihr Mandat bekommen haben, faktisch Regierungsgewalt haben und ausüben sollen. Wir, d. h. die Abgeordneten des ganzen Hauses, waren seinerzeit ausdrücklich gegen den sogenannten Konstituierenden Rat, weil er eine provisorische Regierung mit großer Machtbefugnis ohne Wahl, ohne Mandat des freien Volkes geworden wäre. Wir sind auch gegen alle Ersatzeinrichtungen, die Regierungsgewalt ausüben sollen, ohne daß sie gewählt worden sind. Ebenso sind wir — und müssen es konsequenterweise

sein — gegen Beratungen, die nur geführt werden sollen, um die sowjetische Verhandlungstaktik zu unterstützen. Wir wüßten gern, was die Sowjetregierung offiziell will und meint; aber es kann uns nicht genügen — es muß immer wieder gesagt werden —, daß uns das durch den Mund der Leute von Pankow versichert wird, die keine bindenden Verpflichtungen einzugehen imstande sind.

Wir haben nun vor einiger Zeit einen sogenannten Wahlgesetzentwurf der sowjetzonalen Volkskammer zu Gesicht bekommen. Es ist eine umfangreiche Arbeit, ein umfangreiches Schriftstück. Wenn man es sich genau durchsieht und sich bei seiner Bewertung von den Schlagworten freihält, mit denen es in die Welt gesetzt worden ist, dann kommt man zu einem Ergebnis, über das ernsthafte Menschen sich Gedanken machen und das sie ernsthaft erörtern müssen. Das Kernstück dieses Wahlgesetzentwurfs der sowjetzonalen Volkskammer ist ein zentraler Wahlausschuß mit für die einzelnen Länder abgezweigten Wahlausschüssen, die weder zeitlich noch hinsichtlich ihrer Machtbefugnisse in dieser Wahlordnung irgendwie konkret umgrenzt sind. Selbst wenn man in das, was dort steht, nicht mehr hineinlegen will als das, was mit dem Wortlaut vereinbar ist, so wird man zu dem Resultat kommen, daß diese Art Wahlausschuß entsprechend den Kompetenzen nichts anderes als eine Form von Nebenregierung ist, auch von der Seite aus gesehen, daß sie imstande sein soll, sich „Organe“ — wie es in dieser Wahlordnung heißt — zu schaffen, über die es ebenfalls keine konkreten Begriffe gibt. Die Konstruktion dieses zentralen Wahlausschusses wäre nach der dort angewandten Begriffsbestimmung so, daß es nicht nur möglich, sondern wahrscheinlich sogar gar nicht anders möglich wäre, als daß die sogenannten Massenorganisationen durch ihre Vertreter in einen solchen Wahlausschuß nach dem Muster der sowjetzonalen Volkskammer die Vertreter der Parteien majorisieren würden. Das sind nur einige der Fragen, die sich bei der Durchleuchtung dieses Vorschlags einstellen.

Es ist viel davon geredet worden, wir könnten ja darüber Klarheit bekommen, wenn wir in die gesamtdeutsche Beratung kämen und wenn wir uns dort an den berühmten „runden Tisch“ setzen. Es ist auch schon damit gelockt worden, daß ja dann dieser oder jener diesseits und jenseits der Zonengrenzen werde frei sprechen und Versammlungen abhalten können. Aber welchen Sinn hat es, über solche Dinge zu sprechen, bevor man sich nicht über die Grundvoraussetzungen klargeworden ist. So können alle diese Dinge, die doch nur Folgen von Grundvereinbarungen sein können, bei der gegenwärtigen Diskussion lediglich verwirrend wirken.

Ich bediene mich hier des Begriffs, den wir in unserem Beschluß vom 27. September gebraucht haben, als wir sagten, die vordringlichste politische Forderung aller Deutschen und des frei gewählten Bundestages sei eben diese Wiederherstellung der Einheit in Freiheit und Frieden. Es kommt dabei darauf an, so zu verfahren, daß die großen Mächte diese Forderung in ihrer Politik — ich möchte noch einmal betonen: in ihrer Politik — selbst zur Geltung bringen, daß es sich also in keinem Fall lediglich um Erklärungen handeln darf, sondern schließlich um politische Konsequenzen handeln muß.

Es liegt nicht in unserer Macht — das möchte ich noch einmal betonen —, die Besatzungsmächte zu einer Übereinkunft zu zwingen, die uns unverzüglich die Voraussetzungen für freie, allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlen unter internationaler Kontrolle gewährleistet. Die Dinge wären gewiß wesentlich einfacher, wenn die Sowjetregierung verbindlich erklären würde, daß sie zu solcher Übereinkunft bereit ist.

## 1.7 Brookmann (CDU)

Ich will mich jetzt mit der von Herrn Bundesminister Kaiser verlesenen Regierungserklärung beschäftigen und insbesondere mit deren Kern, nämlich der Wahlordnung, die dem Hohen Hause bekanntgegeben wurde.

Es sei mir daher gestattet, in Ergänzung dessen, was Herr Bundesminister Kaiser an wesentlichen und entscheidenden Punkten aus der Wahlordnung behandelt hat, noch auf einige Punkte hinzuweisen. Nach Art. 1 sollen in den vier Besatzungszonen Deutschlands und in Groß-Berlin freie, geheime, allgemeine, gleiche und direkte Wahlen zu einer Verfassungsgebenden Deutschen Nationalversammlung stattfinden. Einige wesentliche Punkte, die Herr Bundesminister Kaiser aus dieser Wahlordnung nicht genannt hat, sind folgende. Die Freiheit der politischen Betätigung zur Vorbereitung und Durchführung der Wahl muß gewährleistet sein. Alle Beschränkungen im Personenverkehr zwischen den Besatzungszonen einschließlich Groß-Berlins sind spätestens drei Monate vor der Wahl aufzuheben. Jedem Wahlbewerber muß die unbedingte persönliche Freiheit gewährleistet sein. Die Verbreitung von Zeitungen, Zeitschriften und sonstigem Druckmaterial, die in einem deutschen Lande erscheinen, sowie der Empfang von Rundfunksendungen sind im ganzen Wahlgebiet ungehindert zuzulassen. Das Wahlgeheimnis ist zu gewährleisten. Vorbereitung und Durchführung der Wahl haben unter internationalem Schutz und unter internationaler Kontrolle zu stehen.

## 1.8 Dr. von Merkatz (DP)

Wodurch ist das Gefüge unseres Gesamtstaates auseinander gebrochen worden? Dadurch, daß Zustände der Ausbeutung, des Terrors und der Unfreiheit auf der anderen Seite herbeigeführt worden sind, im Wirtschaftlichen, im Sozialen und im Politischen. Es ist merkwürdig, daß der Erscheinung jener Bolschewisierung eines Teiles unseres Landes immer noch nicht die notwendige Kenntnis und Einsicht auf der anderen Seite gegenübersteht. Hier handelt es sich nicht allein darum, irgendwelche Verfassungsformen zu beseitigen, irgendwelche Institutionen, die auf dem Papier einer demokratischen Ordnung ähnlich sind, sondern hier geht es um die Beseitigung der Positionen, von wo aus der Terror auf den einzelnen Menschen ausgeübt wird, d. h. um die Beseitigung des Polizeiapparates, jenes zentral durch eine Bürokratie gelenkten Sicherheitsapparates einer Einheitspartei.

Daher ist es ein kaum glaubhafter Vorgang, daß auch auf dem Gebiet der Bundesrepublik Intellektuelle, Künstler, Professoren, Geistliche und außerdem Zeitschriften repräsentativer Art sich so zweideutig gegenüber dem listigen Angebot eines Gesprächs mit diesen Gewalthabern ausgedrückt haben. Das muß bei einem Menschen, der die Dinge ehrlich und klar zu sehen bemüht ist, Empörung hervorrufen.

Bedeutet doch die Erörterung oder der Wunsch eines solchen Gesprächs, daß man den Leuten, die sich drüben zum Henkerdienst bereit gefunden haben, eine Gleichstellung zubilligt, die nicht anerkannt werden kann. Das ist Verrat an den Deutschen dort drüben.

Wie wollen wir diese Zone drüben dereinst befreien, wie wollen wir den Geist des moralischen Widerstandes, wie er notwendig ist, hervorrufen, wenn wir den Menschen nicht die moralische Unterstützung und mehr noch geben?

## 1.9 Dr.-Ing. Decker (FU)

Wir wünschen aufrichtig die Zusammenführung aller Deutschen in Einigkeit. Eine Zusammenkoppelung in einem Patenteinheitsstaat lehnen wir schärfstens ab. Wir wollen ein föderalistisch, bündisch aufgebautes Gesamtdeutschland in einem föderalistisch organisierten Europa.

## 1.10 Dr. Schäfer (FDP)

Ich weiß nur das eine – das ist für meine Freunde entscheidend —: wir möchten unter allen Umständen alle Möglichkeiten ergreifen, um über die Fürchterlichkeit hinwegzukommen, daß der Graben zwischen zwei Welten durch unser Volksgebiet mitten hindurch gezogen ist.

Entscheidend wird es sein, daß man sich darüber klar bleibt, daß die UNO, wenn sie eine Kommission einsetzt, es auch als ihre Angelegenheit zu betrachten hat, daß diese Kommission, ihrer Bestimmung entsprechend, tätig wird, auch dann, wenn ein Mitglied dieser Kommission sich infolge mangelnder Unabhängigkeit seiner eigenen Regierung der Pflicht zur Wahrnehmung des Sitzes in der Kommission entziehen könnte.

## 1.11 Rische (KPD)

Ein Gesetz hat uns Herr Adenauer vorgelegt, das in seinem Gehalt und in seiner Anlage zur Verhinderung wirklich freier Wahlen in Deutschland geschaffen wurde. Dazu wurden solche Bremsklötze in den Weg gelegt wie das Ersuchen an den Bundestag, dieses Gesetz der UN-Kommission zu übergeben. Ich möchte darum zunächst einmal davon ausgehen, daß dieser Entwurf nicht die Tatsache berücksichtigt, daß es heute zwei Regierungen und zwei Parlamente in Deutschland gibt. Es ist unserem Volke ebenfalls bekannt, daß seit geraumer Zeit der Entwurf eines Wahlgesetzes durch die Volkskammer der DDR unserem Volk vorgelegt wurde. Wenn man von dieser einfachen Tatsache ausgeht, ergibt sich — wenn man nämlich wirklich freie Wahlen will — jetzt nur eine einzige Frage, wie man beide Wahlgesetze zu einem Wahlgesetz für ganz Deutschland vereinigt.

Das wäre eine Frage der Vernunft, und ihre Lösung dürfte nicht schwerfallen. Es kann sogar als sicher gelten, daß auf einer gesamtdeutschen Beratung der Vertreter aus West- und Ostdeutschland schnell eine Verständigung über ein gesamtdeutsches Wahlgesetz herbeigeführt werden kann.

Meine Damen und Herren! Wenn also die vorgelegte Wahlordnung einen Sinn haben soll, dann muß dieses Parlament die Frage beantworten: wie soll denn nunmehr in ganz Deutschland gewählt werden und wann? Es kann kein Zweifel bestehen, daß man dazu — das ist eine Frage des Selbstbestimmungsrechts unseres Volkes und der Ehre, der nationalen Ehre — deutsche Organe und nicht eine UN-Kommission benötigte, die in beiden Teilen Deutschlands die Kontrolle der Durchführung und Vorbereitung freier Wahlen übernimmt. Es wurde hier heute sehr viel über die UN geredet und auch über die Haltung der Sowjetunion. Dabei wurde nicht der wahre Kern der Haltung der Sowjetunion bekanntgegeben.

Hinzu kommt, daß Herr Tschuikow die auch Ihnen bekannte Erklärung abgab, daß die Sowjetunion die Durchführung freier, geheimer, demokratischer Wahlen zu einer Nationalversammlung mit großer Sympathie verfolgt und jede Unterstützung zu geben bereit ist. Das sind die Fakten. Was nun die Frage internationaler Kontrollorgane angeht, so erinnere ich an das Schreiben des Herrn Präsidenten Pieck an den Herrn Bundespräsidenten. In diesem Schreiben heißt es — das

muß man heute in Erinnerung bringen —: Was die Überprüfung der Voraussetzungen für die Durchführung freier Wahlen betrifft, so teile ich Ihnen mit, daß die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik mit der Überprüfung in allen Teilen Deutschlands einverstanden ist. Sie ist aber der Meinung, daß eine solche Überprüfung am besten von den Deutschen selbst durchgeführt werden könnte, durch eine aus Vertretern Ost- und Westdeutschlands zusammengesetzte Kommission unter der Viermächte-Kontrolle von Vertretern der UdSSR, der USA, Englands und Frankreichs.

Das ist deutlich, meine Damen und Herren, das ist auch ein deutscher Standpunkt! Sie aber nehmen heute einen amerikanischen Standpunkt ein.

Es ist also offensichtlich, daß in all diesen Fragen Verhandlungen und Verständigung notwendig sind, wenn man wirklich frei wählen lassen will. Dies ist um so leichter möglich, als die Volkskammer und die Regierung der DDR alle Hindernisse aus dem Wege geräumt und dem Bundestag jetzt zuletzt eine Fünfer-Kommission zur Vorbereitung und Durchführung freier gesamtdeutscher Wahlen vorgeschlagen haben. Wenn man wirklich freie Wahlen will, muß man also heute in diesem Bundestag ein gleiches tun. Wenn man Wahlen - will, gibt es nur den Weg der Verhandlungen und den Weg der Bereitschaft zu echten Kompromissen, nicht zu faulen Ausreden.

Entgegen dem Selbstbestimmungsrecht unseres Volkes soll jedoch der vorliegende Entwurf an ein internationales Kontrollorgan der UN, in dem die Vertreter Brasiliens — einer Diktaturmacht —, Islands — das amerikanisch besetzt ist —, Pakistans und Hollands vertreten sind, weitergeleitet werden. Über den Charakter dieser „demokratischen“ Staaten zu sprechen, wäre sehr interessant. In Brasilien z. B. führt man Wahlen mit dem Revolver durch, und Pakistan hat überhaupt noch nicht demokratisch gewählt. Das hat der Herr Bundeskanzler hier verschwiegen. — Polen, dazu komme ich noch. Alles in allem ist das eine Verhöhnung des Selbstbestimmungsrechts des deutschen Volkes. Wer einen solchen Vorschlag unterstützt, kann nur die Absicht haben, die Durchführung wirklich freier demokratischer Wahlen in Deutschland zu verhindern, der kann nur die Absicht haben, Verhandlungen mit den Vertretern der Regierung und der Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik abzulehnen. Der sicherste Beweis des schlechten Gewissens ist allein schon die Tatsache, daß wir eben heute einen Tag vor der Wehrdebatte stehen. Der sicherste Beweis ist ferner die Tatsache, daß Adenauer im Generalvertrag alle Rechte unseres deutschen Volkes preisgeben will und mit Hilfe der Amerikaner eine Militärdiktatur vorbereitet.

Der vorgelegte Entwurf eines Wahlgesetzes ist undemokratisch, wogegen das Wahlgesetz der DDR demokratisch ist, weil es der Jugend und den demokratischen Organisationen volle demokratische Rechte gibt.

Wir schlagen darum vor, der Bundestag wolle beschließen: Der Bundestag wählt eine aus 5 Mitgliedern bestehende Kommission, die gemeinschaftlich mit den bereits von der Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik gewählten 5 Vertretern zur beschleunigten Beratung eines für ganz Deutschland gültigen Wahlgesetzes für eine Nationalversammlung zusammentritt. Diese gesamtdeutsche Kommission soll den vom Bundestag in seiner Sitzung am 6. 2. 1952 gebilligten Gesetzentwurf sowie den von der Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik am 9. 1. 1952 bereits verabschiedeten Entwurf bearbeiten und einen gemeinsamen Entwurf eines Gesetzes für die Durchführung gesamtdeutscher Wahlen zur Nationalversammlung vorbereiten. Dieser gemeinsam erarbeitete Entwurf wird dem Bundestag der Bundesrepublik und der Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik zur Abstimmung unterbreitet.

## 1.12 Tichi (BHE-DG)

Niemand kann bestreiten, daß das deutsche Volk in diesen Tagen vor Entscheidungen steht, die das Schicksal der Nation bestimmen. In der gesamtdeutschen Frage haben wir seit jeher eine klare Stellung bezogen, weil wir uns dessen bewußt sind, daß das Gruppenschicksal der Vertriebenen nicht vom Gesamtschicksal des deutschen Volkes zu trennen ist. Die 18 Millionen deutschen Menschen jenseits der Elbe rechnen auf uns.

Sie sind ohne uns verurteilt, in Angst und Sorgen zu leben, ihre Kinder in den Klauen eines Systems aufwachsen zu lassen, das ihnen und auch uns fremd ist. Darunter sind 3 Millionen Heimatvertriebene, die uns täglich beschwören, sie nicht zu verlassen, und die mit dem Tag schon rechnen, an dem sie befreit werden. Wir entnehmen diesen Aufschrei nicht nur aus Hunderten von Briefen, sondern insbesondere auch aus Gesprächen, die wir mit jenen führen, die illegal über die Grenze kommen und uns die wahren Tatsachen nicht vorenthalten. Sie sagen uns, daß weder die Amerikaner noch die Engländer noch die Franzosen für die deutsche Einheit verantwortlich sind, sondern wir allein, weil es um eine deutsche Angelegenheit geht.

Wir verlangen, daß die gestern dem Ausschuß für gesamtdeutsche Fragen vorgelegte Wahlordnung rasch beraten und verabschiedet wird, damit vor aller Welt klargemacht wird, daß die gewählten Repräsentanten Deutschlands in Bonn die ehrliche Bereitschaft zeigen, die Einheit Deutschlands durch freie Wahlen herbeizuführen.

Die Initiative in dieser Frage zu behalten, ist die beste und sicherste Methode, den Einheitswillen der Sowjetzonenmachthaber auf Herz und Nieren zu prüfen und ihre Scheinvorschläge, wie den letzten Volkskammerappell, als das zu bezeichnen, was sie sind: geschickt getarnte Versuche, eine echte Entscheidung zu verhindern, um ihre Macht in der Sowjetzone weiter zu behalten. Trotz dieser Meinung bekennen wir uns zu denen, die für ein direktes Gespräch mit dem Osten von Volk zu Volk ernstlich eintreten.

Die Ursache der deutschen Spaltung liegt in den unglückseligen Verträgen von Teheran, Potsdam und Yalta. Die Einheit kann nur durch Überwindung dieser Verträge wiederhergestellt werden.

Die Rückgabe der geraubten Ostgebiete liegt zunächst außerhalb der Wahlen in den vier Zonen. Der zweite Schritt kann nicht vor dem ersten gemacht werden, weil die Wiedervereinigung der Bundesrepublik mit der Sowjetzone die Voraussetzung für die Verhandlung um den deutschen Osten schafft. Die Beseitigung der Oder-Neiße-Linie, die Frage der sudetendeutschen Gebiete und das Saarproblem sind entscheidende Fragen eines künftigen Friedensvertrages. Vorsorglich muß unsere Regierung eine positive gesamtdeutsche Politik betreiben. Sie muß Vorkehrungen treffen, die den deutschen Anspruch auf Ostdeutschland festigen.

Wenn es ein positives Verhältnis zwischen Europa und Asien geben soll, dann muß es über Deutschland gehen. Amerika und Asien stoßen an der Elbe zusammen. Über die Frage der Wiederherstellung oder Nichtwiederherstellung der deutschen Einheit darf es unter keinen Umständen zu einem dritten Weltkrieg kommen. Eines aber ist klar: nur wenn der Westen die angeblichen Ziele des Bolschewismus - Befreiung aller Menschen von Not und Elend — schneller und sichtbarer erreicht als der Kommunismus, wird für die Sowjets ein dritter Weltkrieg sinnlos sein.

### 1.13 Brandt (SPD)

Der Herr Kollege Rische hat sich als Sprecher der kommunistischen Gruppe in diesem Hause heute zum Anwalt des deutschen Selbstbestimmungsrechts gemacht. Er hat es für richtig gehalten, zu erklären, daß es eine Einmischung in unsere inneren Angelegenheiten wäre, wenn durch eine internationale Kontrolle sichergestellt werden sollte, daß die Deutschen in allen Zonen Deutschlands ihre Meinung zum Ausdruck bringen könnten. Herr Kollege Rische, Ihre Argumentation ist eine glatte Irreführung. Umgekehrt wird etwas vernünftiges daraus; denn Sie wissen genau so gut wie jeder andere in diesem Saal, daß die Spaltung Deutschlands und die Unterjochung von 18 Millionen Menschen auf der anderen Seite der Elbe nicht Resultate innerer Entwicklungen in unserem Volke sind, sondern daß sie Resultate außenpolitischer Kräfteverhältnisse und Einwirkungen sind, daß diese Spaltung unseres Vaterlandes darum auch nicht allein durch innere Mittel, sondern nur durch Veränderung des außenpolitischen Rahmens beseitigt werden kann.

Nun will der Kollege Rische mit den beiden Entwürfen nach der Methode „aus zwei mach eins“ verfahren. Den einen, der also die Hälfte darstellen soll, will er aber vorher nicht mit annehmen.

Er will beide nehmen und daraus einen machen. Wir haben jedoch deutlich zum Ausdruck gebracht, daß der andere, der Entwurf der sogenannten Regierung und der sogenannten Volkskammer der sogenannten DDR in drei entscheidenden Punkten für die Demokratie unakzeptabel ist.

Wenn ich mich zu Wort gemeldet habe, so habe ich das eigentlich getan, um noch ein paar Bemerkungen darüber zu machen, daß die Stimmungen der Enttäuschung, der Niedergeschlagenheit, ja auch der Verzweiflung großer Schichten der Bevölkerung in der sowjetischen Zone im Zusammenhang mit diesem Problem vor dem Hause noch einmal angesprochen werden sollten. Wir bekommen erschütternde Briefe, nicht nur aus den Kreisen unserer politischen Freunde. Wir haben auch Unterhaltungen — gerade in den letzten Wochen wieder — mit den Menschen aus der Zone gehabt, die dauernd nach Berlin kommen, welche eben von dieser Stimmung der Verzweiflung erfaßt werden, einmal natürlich, weil die gesamtdeutschen Parolen und die Wahlparolen Hand in Hand mit einem nicht ablassenden Terror der gegenwärtigen Machthaber der sowjetischen Besatzungszone gehen.

Wir spüren in diesen Unterhaltungen eine Stimmung der Empörung über die Leute im deutschen Westen, Leute, die manchmal einen Namen haben, wenn auch häufig schon einen etwas verstaubten Namen, und die sich von den Machhabern in Pankow brauchen oder mißbrauchen lassen und dabei nicht merken, wie sehr sie den Landsleuten in der Zone in den Rücken fallen. Aber wir spüren auch eine Enttäuschung über eine vermutete Inaktivität, über ein der Bevölkerung in der Zone nicht verständliches Zögern. Wir haben, glaube ich, immer wieder zu prüfen, ob diese Vorwürfe so ganz ungerecht sind, oder ob es nicht richtig ist, daß in der Politik, wie sie im Bund betrieben wird, manchmal eine etwas falsche Rangordnung der Probleme angewendet wird.

Wenn solche Stimmungen aufkommen, sind sie über das Menschliche hinaus deshalb sehr bedenklich, weil sich aus ihnen Einbruchstellen für die Propaganda der sowjetischen und prosovjatischen Seite ergeben können und weil sich aus solchen Stimmungen auch eine Apathie ergeben kann. Wenn ich sage, vielleicht ist es nicht so ganz ungerecht, wenn manchmal bemängelt wird, unsere Aktivität — oder die Aktivität der dazu berufenen Stellen im deutschen Westen — sei unzulänglich, dann denke ich auch an das Beispiel Berlin.

Wir sind zweitens der Meinung, daß alle, die es mit der Einheit in Freiheit ernst meinen, auch dafür sein müßten, daß der Zustand der widernatürlichen Zerklüftung der deutschen Hauptstadt aufgehoben wird, damit eine deutsche Nationalversammlung in einem wiedervereinigten Berlin zusammentreten und sich betätigen kann. Wir sind der Meinung, daß das Problem der Wiedervereinigung Berlins als möglicher Beginn einer deutschen Wiedervereinigung auch darum ernst genommen werden sollte — wie übrigens auch im Dezember von der „Diplomatischen Korrespondenz“ mit guten Gründen unterstrichen wurde —, weil wir in Berlin noch immer eine Wahlordnung des Jahres 1946 mit einer Kontrollapparatur haben, die jeden Tag wieder in Kraft gesetzt werden könnte, weil also die technischen und die formalen Voraussetzungen ganz andere sind als im Verhältnis zwischen den Zonen und weil schließlich in den vier Sektoren von Berlin — also auch im sowjetischen Sektor — die Sozialdemokratische Partei als wenn auch in ihrer Aktivität behinderte, so doch legale Partei noch besteht, während andererseits die SED auch in den Westsektoren zugelassen ist.

Ich möchte allerdings in diesem Zusammenhang auch hier vor dem Deutschen Bundestag und vor der deutschen Öffentlichkeit feststellen, daß seit der Jahreswende der Sozialdemokratischen Partei über die früheren Behinderungen hinaus in den acht Bezirken des Ostsektors von Berlin immer neue Schwierigkeiten in den Weg gelegt worden sind, daß in sieben der acht Bezirke im Gegensatz zu einer BKO, d. h. einer Kommandanturanordnung, aus dem Mai 1946 den Sozialdemokraten die Parteibüros gekündigt worden sind und daß das eine sehr interessante Begleitmusik zu den Parolen derer ist, die angeblich für die deutsche Einheit sind.

Wir haben bei jedem Schritt deutscher Politik dafür zu sorgen, daß wir nicht durch eine Schmalspurpolitik unser nationalpolitisches Anliegen in Gefahr bringen lassen, sondern müssen uns bemühen, es zum gemeinsamen Anliegen der freien Welt zu machen. Wenn so verfahren wird, besteht unserer Überzeugung nach — vielleicht auch durch den heute hier gefaßten Beschluß, wenn er ernst genommen und ernst weiter betrieben wird — die Chance, daß der Wille unseres eigenen Volkes in West und Ost seinen Einfluß auszuüben vermag, indem er als unerschütterlicher Faktor in die Waagschale der internationalen Politik gelegt wird.

### 1.14 Frau Dr. Brökelschen (CDU)

Ich hatte nicht vor, heute hier zu sprechen. Ich würde auch nicht sprechen, wenn Herr Rische etwas vorsichtiger gewesen wäre. Es liegt mir hier ein höchst interessantes Dokument vom 5. November 1951 vor. Es ist ein Rundschreiben der bayerischen KPD an die bayerischen Kreisverbände.

### 1.15 Rische (KPD)

Ich erkläre namens der kommunistischen Bundestagsfraktion und auch namens des Parteivorstandes der KPD, daß dieses „Dokument“ schon vor einigen Monaten als eine Fälschung entlarvt wurde. Es handelt sich um ein „Dokument“, das von einer Agentur an kommunistische Funktionäre verschickt wurde, von einer Agentur, die im Auftrag des Herrn Kaiser finanziert wird. Dieses „Dokument“ ist eine Fälschung, eine bewußte Lüge. Es ist bedauerlich, daß die CDU zu derartigen Brunnenvergiftungen greifen muß.

## 1.16 Dr. Richter (Niedersachsen) (Fraktionslos)

Man spricht von Gesamtdeutschland und redet dabei immer von den Grenzen von 1937. Ja, haben Sie denn ganz und gar vergessen, daß uns durch Raub Gebiete genommen wurden, die nach 1937 — zum Teil durch ordnungsgemäße Verträge — zu Deutschland kamen, etwa das Sudetenland, etwa das Memelgebiet, und die, die uns einst schon einmal wider jedes Recht genommen worden sind?!

## 1.17 Neumann (SPD)

Wenn Herr Rische von der nationalen Würde der Deutschen sprach, — wer Deutsche in Bautzen, in Waldheim oder irgendwo sonst unter diesen unwürdigen Verhältnissen einsperrt, der hat das Recht verwirkt, überhaupt von nationaler Würde zu sprechen!

## 1.18 Mellies (SPD)

Meine Damen und Herren, namens der sozialdemokratischen Fraktion beantrage ich namentliche Abstimmung über den interfraktionellen Antrag Drucksache Nr. 3067.

(Einsammeln der Abstimmungskarten. — Präsident Dr. Ehlers übernimmt wieder den Vorsitz.)  
Präsident Dr. Ehlers: Ich frage, ob Abgeordnete vorhanden sind, die ihre Stimme noch nicht abgegeben haben und das zu tun wünschen? — Drüben sind noch Abgeordnete, die erst in diesem Augenblick ihren Umschlag öffnen. — Auch die Berliner Abgeordneten haben alle abgestimmt, soweit sie das zu tun wünschen? — Ich schließe die Abstimmung. Bis zum Ergebnis der Auszählung bitte ich um einen Augenblick Geduld. Ich gebe das vorläufige\*)

## 2 Deutscher Bundestag — 190. Sitzung. Bonn, Donnerstag, den 7. Februar 1952

Besprechung der Erklärung der Bundesregierung .

### 2.1 Dr. Adenauer, Bundeskanzler (CDU)

Die Fragen, um die es sich handeln wird, auch die jetzt besonders akut gewordenen Fragen, sind von weltweiter Bedeutung; die Frage des Atlantikpakts und die Frage der europäischen Verteidigungsgemeinschaft sind solche Fragen. Der Ausgang für unsere Überlegungen und der Ausgangspunkt für das ganze Geschehen der letzten Jahre ist die Expansionspolitik und die Aggressionspolitik Sowjetrußlands.

Bei Kriegsende bestand unter den führenden Alliierten Einigkeit, Deutschland als machtloses, als politisch und wirtschaftlich einflußloses Gebilde bestehen zu lassen. Eine Änderung ihrer Anschauung über die von ihnen hinsichtlich Deutschlands einzuschlagende Politik trat bei den Westalliierten zuerst langsam und allmählich stärker und schneller ein, als die Expansionspolitik Sowjetrußlands immer deutlicher zutage trat.

Ich muß über die sowjetrussische Politik in diesem Zusammenhang ausführlicher sprechen, weil sie allein eine Erklärung gibt für die Haltung der drei Westalliierten und weil sie allein auch für uns bestimmend sein kann hinsichtlich dessen, was wir zu tun haben. Ich will Ihnen, meine

Damen und Herren, um die Zeit nicht zu lange in Anspruch zu nehmen, nur das Schema, nach dem Sowjetrußland seit 1945 Polen, die Tschechoslowakei, Ungarn, Rumänien, Bulgarien und Albanien und schließlich die Sowjetzone unterjocht hat, in kurzen Zügen vorführen. Das ganze Vorgehen geschah immer nach demselben Plan. Es kam zuerst ein Befreiungskomitee, in dem die KPD in all den Ländern eine maßgebende Rolle spielte. Zuerst im Auftrage Sowjetrußlands eine Gruppe von Kommunisten, die erklärten, zum Zwecke der Rettung und der Schaffung der Demokratie mit den Angehörigen anderer Parteien zusammenarbeiten zu wollen. Dann wurden die anderen herausgedrängt, darauf wurde eine Wahl nach einer Blockliste vorgenommen, dann kamen völlig unfreie Wahlen, und schließlich war das Ergebnis das, daß die kommunistischen Parteien in den betreffenden Staaten absolut herrschend waren. Dazu, meine Damen und Herren, kommt, daß sie in der Bundesrepublik, in Frankreich, Italien und in asiatischen Ländern eine Fünfte Kolonne unterhalten, Beauftragte in Form von kommunistischen Parteien, das gilt insbesondere auch für Deutschland.

Sie legen bei uns in der Bundesrepublik keinen Wert darauf, daß die kommunistische Partei nach außen besonders stark erscheint. Dafür haben sie bei uns bisher 48 kommunistische Tarnorganisationen geschaffen.

Wenn Sie dazu sich vor Augen halten, welche Wühlarbeit in Frankreich und Italien stattfindet, so ist das Ziel der sowjetrussischen Politik ganz eindeutig und klar: Sie wollen im Wege des kalten Krieges, der bald diese, bald jene Form annehmen kann, in erster Linie die Bundesrepublik und im weiteren Verlauf ganz Westeuropa in ihre Hand bringen.

Das Ziel der sowjetrussischen Politik in bezug auf die Bundesrepublik ist, die Bundesrepublik zu neutralisieren. Es liegt Sowjetrußland nichts daran, dieses Land in zerstörtem Zustand in Besitz zu bekommen. Aber es liegt Sowjetrußland sehr viel daran, dieses Land mit seinem Potential an Kriegsmaterial und an Menschenmaterial in seine Hand zu bekommen, weil es weiß, daß es dann ohne weiteres das übrige Westeuropa auch in seine Hand bekommt, und weil es sich dann stark genug fühlt, den Krieg gegen die Vereinigten Staaten zu führen.

Was, meine Damen und Herren, würde es für uns Deutsche bedeuten, wenn es Sowjetrußland gelänge, im Wege des kalten Krieges, sagen wir einmal: im Wege der Neutralisierung Deutschlands, uns in die Hand zu bekommen? Für uns, meine Damen und Herren, würde ein Einbeziehen der Bundesrepublik in die sowjetrussische Machtsphäre nichts anderes bedeuten als Sklaverei und Ausbeutung, nichts anderes als Vernichtung alles dessen, was dem deutschen Volke das Leben überhaupt noch lebenswert macht.

Leider sind die Menschen außerordentlich vergeßlich, aber wenn unsere aus Rußland heimgekehrten Kriegsgefangenen sich daran erinnern, was sie in Sowjetrußland gesehen und erlitten haben, wenn wir auf die Rufe derjenigen hörten, derjenigen Deutschen, früherer Soldaten, verschleppter Männer, verschleppter Frauen und Mädchen, die jetzt noch in der Sklaverei dort verharren müssen, wenn wir die nötige Zeit dafür hätten, die Schilderung dessen zu lesen, was Sowjetrußland bei seinem Einbruch in Deutschland an den armen wehrlosen Männern und Frauen alles verübt hat, dann würden wir mit Schaudern erkennen, in welcher ungeheurer Gefahr hier die Freiheit und alles das — ich wiederhole es —, was uns lebenswert erscheint, schwebt.

Ich möchte nun dazu übergehen, meine Damen und Herren, Ihnen in möglichst großen Zügen die Struktur des Vertragswerks und seinen wesentlichen Inhalt mitzuteilen, um das es sich augenblicklich handelt.

Es handelt sich zunächst um den Abschluß eines Generalvertrags, wie er genannt ist, der als

wesentlichen Inhalt hat die Beseitigung des Besatzungsstatuts, und zweitens um einen Vertrag über die Bildung einer europäischen Verteidigungsgemeinschaft. Was den Generalvertrag angeht, so ist die rechtliche Lage zur Zeit die folgende. Der Generalvertrag würde geschlossen werden zwischen den drei Westalliierten — den Vereinigten Staaten, Großbritannien, Frankreich — und der Bundesrepublik. Er ist auf der Außenministerkonferenz, aber man hat sich über den Wortlaut geeinigt. Aus diesem Generalvertrag muß ich Ihnen eine Anzahl wesentlicher Punkte mitteilen.

Der Generalvertrag enthält zunächst eine Präambel, in der folgende wesentliche Punkte stehen.

Zunächst wird festgestellt, daß es das gemeinsame Ziel der Signatarstaaten ist, die Bundesrepublik auf der Grundlage der Gleichberechtigung in die europäische Gemeinschaft einzugliedern — und jetzt kommt ein sehr wichtiger Satz, den ich Ihnen wörtlich vorlesen möchte —, „die sich ihrerseits in die sich entwickelnde atlantische Gemeinschaft einfügen wird“. In einem weiteren Passus wird festgestellt, daß die Schaffung eines völlig freien und vereinigten Deutschlands auf friedlichem Wege und die Herbeiführung einer frei vereinbarten friedensvertraglichen Regelung ein grundlegendes und gemeinsames Ziel der Signatarstaaten ist.

Weiter ist festgestellt, daß die Beibehaltung des Besatzungsstatuts und die sich daraus ergebenden Befugnisse zum Eingreifen in die inneren Angelegenheiten der Bundesrepublik mit dem Vertrag unvereinbar sind und daß die drei Mächte nur solche besonderen Rechte aufrechterhalten wollen, deren Beibehaltung im Hinblick auf die Besonderheiten der internationalen Lage, das heißt auf deutsch: im Hinblick auf das Verhalten und die Einstellung Sowjetrußlands, und im gemeinsamen Interesse aller vier Signatarstaaten erforderlich ist.

An einer anderen Stelle der Präambel ist nochmals betont, daß die vier Mächte alles das, was vereinbart werden soll, als wesentliche Schritte zur Erreichung ihres gemeinsamen Ziels eines in die westeuropäische Gemeinschaft integrierten wiedervereinigten Deutschlands anerkennen. Damit ist zum Ausdruck gebracht — und das wird in einem der Artikel des Vertragsentwurfs wiederholt —, daß nach der Wiedervereinigung Deutschlands dem ganzen Deutschland die Vorteile dieses Vertrags zuteil werden sollen, und zwar ohne weiteres.

In den Artikeln selbst ist weiter bestimmt ; daß die Bundesrepublik volle Macht über ihre inneren und äußeren Angelegenheiten hat, mit gewissen Ausnahmen, auf die ich jetzt kommen werde, daß also die drei Mächte das Besatzungsstatut aufheben, daß die Alliierte Hohe Kommission sowie die Dienststellen der Landeskommissare aufgelöst und daß in Zukunft die Beziehungen zwischen den drei Mächten und der Bundesrepublik durch Botschafter unterhalten werden.

Die Vorbehalte des Vertrags, die im Hinblick auf die internationale Lage gemacht werden, beziehen sich auf die Stationierung von Streitkräften in Deutschland und den Schutz ihrer Sicherheit, auf Berlin und auf Deutschland als Ganzes einschließlich der Wiedervereinigung Deutschlands.

Wenn wir soweit sind, wird ja im einzelnen zunächst im Ausschuß darüber gesprochen werden, auch darüber, daß wir diesen Vorbehalten nur zustimmen können, weil sie im Interesse unserer Sicherheit, im Interesse Berlins und im Interesse der Wiedervereinigung Deutschlands liegen. Bezüglich der Truppen, die von den drei Mächten im Bundesgebiet stationiert werden, ist ausdrücklich gesagt, daß sie die Aufgabe haben, die freie Welt zu verteidigen, der die Bundesrepublik und Berlin angehören.

In einem der Artikel befindet sich folgende Bestimmung: „Die Bundesrepublik wird sich an der europäischen Verteidigungsgemeinschaft beteiligen, um zur gemeinsamen Verteidigung der freien Welt beizutragen“.

Der Inhalt dieses Entwurfs eines Generalvertrags schließt, wie ich Ihnen eben ausgeführt habe, die Verständigung über eine gemeinsame Politik der vier Signatarmächte über die Wiedervereinigung Deutschlands auf friedlichem Wege und über die gemeinsame Verteidigung und den gemeinsamen Schutz der Freiheit in sich. Daraus ergibt sich nach meiner Meinung ganz zwangsläufig, daß diese beiden Dinge, die Bildung einer europäischen Verteidigungsgemeinschaft und das Vertragswerden dieses Entwurfs durch innerliche Gründe miteinander verbunden sind.

Ich komme nun zu dem anderen Vertragswerk: dem Vertrag über die Errichtung einer Europäischen Verteidigungsgemeinschaft. Diese Verhandlungen sind, wie Sie wissen, in Paris geführt worden und werden zur Zeit noch dort geführt; sie sind sehr weit fortgeschritten, aber noch nicht beendet. Es schweben noch Verhandlungen über verschiedene Punkte, und es sind bezüglich zweier Punkte Spannungen zwischen Frankreich und Deutschland entstanden, auf die ich gleich zurückkommen werde.

Ganz plötzlich — und das ist das Auffallende an der ganzen Situation —, hat sich das geändert. Ganz plötzlich sind Spannungen zwischen Frankreich und Deutschland aufgetaucht. Diese Spannungen werden — ich muß das zu meinem Bedauern sagen — von der Auslandspresse in einer Weise dargestellt und kommentiert, daß man, wenn man die Auslandspresse übersieht, den Gedanken einer einheitlichen Beeinflussung nicht ablehnen kann. Diese Spannungen betreffen die Saarfrage und die Frage des Atlantikpaktes.

Ich möchte darauf zweierlei sagen: Zunächst, daß die Frage der Verbindung der europäischen Verteidigungsgemeinschaft mit dem Atlantikpakt ja in der Präambel zum Entwurf des Generalvertrags mit Zustimmung der Vereinigten Staaten, Großbritanniens und, meine Damen und Herren, Frankreichs hergestellt worden ist.

Es heißt in dieser Präambel ausdrücklich, daß es das gemeinsame Ziel der Signatarstaaten sei, die Bundesrepublik auf der Grundlage der Gleichberechtigung in die europäische Gemeinschaft einzugliedern — und jetzt kommt der Satz —, „die sich ihrerseits in die sich entwickelnde atlantische Gemeinschaft einfügen wird.“

Wenn wir in die europäische Verteidigungsgemeinschaft eintreten, wird doch die Folge davon sein, daß eine gewisse Zahl Deutscher in die europäische Armee kommt. Diese europäische Armee — darüber sind sich alle einig — wird, solange die gegenwärtigen Spannungen in der Welt dauern, der Organisation des Atlantikpakts unterstellt werden, die unter Eisenhower steht. Dieses Organ des Atlantikpakts unter Eisenhower untersteht wieder anderen Organen des Atlantikpakts.

Nun ist doch bei Gott für jeden verständlich, daß wir unter keinen Umständen junge Deutsche einfach einem Organ unterstellen, auf dessen Funktionieren und Arbeit wir keinen Einfluß haben.

Weil das in der Natur der Sache liegt, ist auch schon in der Präambel des Generalvertragsentwurfs und auch bei den Beratungen darüber davon die Rede gewesen, daß eine solche Verbindung hergestellt werden müsse. Es ist für mich gar kein Zweifel daran möglich, daß wir, wenn wir in die europäische Verteidigungsgemeinschaft eintreten, eines Tages auch Mitglied des Atlantikpakts werden, ganz von selbst, meine Damen und Herren!

Ich kann nur der Hoffnung Ausdruck geben, daß es gelingen möge, die Spannungen zwischen Frankreich und Deutschland möglichst bald aus der Welt zu schaffen. Wir haben ein gemeinsames Ziel. Wir wollen nicht nur für jetzt den Frieden für uns und für Europa retten, sondern wir wollen dafür sorgen, daß auch nach 10 und 20 Jahren, wenn die Welt vielleicht wieder anders aussieht und wenn auch die europäischen Staaten wieder zu stärkeren Staaten geworden sind, ein Krieg in Europa, ein Krieg zwischen Deutschland und Frankreich ein für allemal unmöglich gemacht wird.

Wenn es zur Leistung eines deutschen Beitrags zu einer europäischen Armee kommt — das ist ja die Frage, die zur Zeit viele Kreise beschäftigt —, — dann wird das wohl in folgender Weise vor sich gehen. Wir werden sicher zunächst mit Freiwilligen anfangen; aber es wird der Zeitpunkt kommen, wo der Schaffung eines deutschen Wehrgesetzes nähergetreten werden muß. Nun hat die sozialdemokratische Fraktion, wie Sie wissen, eine Klage beim Bundesverfassungsgericht eingereicht, indem sie die Feststellung verlangt, daß ein solches Gesetz eine Zweidrittelmehrheit erfordere.

Wer etwas anderes denkt, der sieht die Dinge nicht, wie sie sind; denn wir alle sind uns doch darüber klar — die gestrige Debatte hat es doch bewiesen —, daß nur eine verschwindend kleine Gruppe in diesem Hause der Auffassung ist, daß wir ein vereinigtes Deutschland auf dem Wege über Sowjetrußland bekämen.

Ich sage Ihnen, meine Damen und Herren: Der beste Schutz für Berlin, das wie eine Insel im roten Meere liegt, ist das Zustandekommen dieser Abwehrfront gegenüber Sowjetrußland.

In allen möglichen Reden und Artikeln ist die Behauptung aufgestellt worden, daß wir damit nur die Vollstrecker des Willens der Vereinigten Staaten seien. Das ist ein Gedanke, eine Meinung, die sich für jeden, der noch etwas verstehen will, sehr schnell widerlegen läßt. Es ist behauptet worden, daß alles das geschehe, um die amerikanische Rüstungsindustrie aufrechtzuerhalten. Wissen Sie denn, wie groß der Anteil der Rüstungsproduktion an der gesamten wirtschaftlichen Produktion der Vereinigten Staaten ist? — Nicht ganz - 25%!

Meine Damen und Herren, Sie wissen doch genau so gut wie ich, daß seit Jahr und Tag Sowjetrußland in der Ostzone rund 30 Divisionen marschbereit zum Einzug gegen Deutschland unterhält.

Wenn einer über diese Dinge orientiert ist, dann ist es der Vorsitzende der kommunistischen Gruppe.

Eines möchte ich zum Schluß nochmals mit allem Nachdruck Ihnen sagen: Weder der Atlantikpakt noch die europäische Verteidigungsgemeinschaft verfolgen irgendwelche aggressiven Ziele.

Ich glaube, niemandem in der Welt als uns Deutschen, die wir ja doch dem Gefahrenherd am nächsten liegen, wäre es willkommener, wenn Sowjetrußland nun ehrlich sagte: Wir wollen zu Frieden und zu Verständigung kommen!

## 2.2 Ollenhauer (SPD)

Die sozialdemokratische Fraktion des Bundestags begrüßt diese Aussprache, die nach ihrer Überzeugung seit langem notwendig war. Wir bedauern allerdings, daß sie unter so ungünstigen Voraussetzungen geführt werden muß, denn das Hohe Haus besitzt außer einigen internen

Informationen und außer einigen allgemeinen Andeutungen des Herrn Bundeskanzlers über die hier im Grundsatz zur Debatte stehenden Verträge keine ausreichenden Informationen.

Wir glauben, daß dieser Zustand absolut unbefriedigend ist. Wir wissen selbstverständlich, daß im Laufe von internationalen Verhandlungen nicht alle Einzelheiten diskutiert werden können, aber die Unvollkommenheit der Informationen über die bis jetzt bekannten und festliegenden Tatsachen steht in direktem Widerspruch zu den Notwendigkeiten einer ernsthaften Zusammenarbeit zwischen Parlament und Regierung.

Die Frage eines deutschen Verteidigungsbeitrags ist von so weittragender Bedeutung, daß sie rechtzeitig und umfassend vor dem ganzen Volke erörtert werden muß. Aber ebenso wichtig wie die Öffentlichkeit der Aussprache ist die sachliche Fundierung dieser Aussprache. In dieser Beziehung sind wir auf das tiefste von dem enttäuscht, was wir heute als Grundlage für diese Aussprache in der Regierungserklärung des Herrn Bundeskanzlers bekommen haben.

Es gibt keine Anhaltspunkte dafür, daß die akute Kriegsgefahr in der Welt heute größer ist als im Jahre 1950. Im Gegenteil; wenn es richtig ist, daß die Aufrüstung der Demokratie ein friedenförderndes und kriegshemmendes Element darstellt, dann muß ja die Gefahr heute geringer sein. Und außerdem: wenn es trotzdem heute die gesteigerte Gefahr einer russischen Aggression geben sollte, dann wäre selbst eine sofortige deutsche Aufrüstung ohne praktische Wirkung auf die gegenwärtige Kräfteverteilung zwischen Ost und West, weil sie viele Monate braucht, um effektiv zu werden.

Im Ernst: wir erwarten von der Regierung nicht nur, daß Sie uns mit diesem Argument nicht mehr kommt, sondern wir erwarten auch, daß sie sich in ihren weiteren internationalen Verhandlungen mit aller Entschiedenheit gegen Pressionen dieser Art zur Wehr setzt.

Wir haben noch eine zweite Beschwerde gegen die Regierung, soweit es die Prozedur betrifft. Die bisherige Behandlung dieser ganzen Angelegenheit in der Öffentlichkeit ist einfach indiskutabel schlecht. Monatelang hat das Volk so gut wie nichts über den Gang der internationalen Verhandlungen erfahren. Von Zeit zu Zeit sprach Herr Staatssekretär Hallstein und erklärte der erstaunten Welt, man sei fast fertig und alles sei in bester Ordnung.

Aber niemand hatte die Möglichkeit, eine sachliche Nachprüfung dieses Optimismus des deutschen Verhandlungsführers vorzunehmen. Denn wir haben uns hier nicht mit dem Wie einer deutschen Verteidigung zu beschäftigen. Es steht bis jetzt nur auf der Tagesordnung, ob es einen deutschen Verteidigungsbeitrag geben soll.

Es ist schwer zu sagen, ob die bisherige mangelnde Information oder diese Verlagerung der Diskussion auf die zweitrangigen militärtechnischen Fragen das Vertrauen im Volk zu dieser Regierung mehr erschüttert hat. Jedenfalls: die Reaktion auf diese Methoden ist außerordentlich tief und scharf, und die Diskussion ist jetzt mit einem Maß von Mißtrauen belastet worden, das jede sachliche Auseinandersetzung noch mehr erschwert. Die Verantwortung für diese Entwicklung trägt allein die Bundesregierung.

Bei der Diskussion über einen deutschen Verteidigungsbeitrag steht das Problem der Behauptung und der Sicherung der Demokratie und ihrer politischen und individuellen Freiheitsrechte in seiner Gesamtheit zur Diskussion. Es erschöpft sich nicht in der Sammlung und Konzentration von Menschen und Mitteln zu militärischen Zwecken. Über die Notwendigkeit der Verteidigung der Freiheit und der Demokratie brauchen wir hier nicht mehr zu sprechen.

Das deutsche Volk in seiner erdrückenden Mehrheit fühlt sich unlösbar verbunden mit den

Lebensvorstellungen der westlichen Welt, und wir wissen, daß seine nationale Existenz und seine Zukunft von der Erhaltung des Friedens und eines freien demokratischen und sozialen Europas abhängt.

Ich möchte hier sagen: Wir achten eine pazifistische Gesinnung, die aus ethischen, religiösen oder anderen weltanschaulichen Gründen jeden Dienst mit der Waffe ablehnt. Wir verstehen vor allem die Empfindungen so vieler junger Deutscher, die nach dem Grauen des zweiten Weltkrieges nichts mehr von irgendeiner Form militärischen Dienstes wissen wollen, und wir haben uns mit diesen Auffassungen ernst und gewissenhaft auseinanderzusetzen.

Der Vorwurf, daß diese Jungen aus mangelnder Verantwortung nicht bereit seien, der Demokratie den gleichen Dienst, zu leisten wie ihre Altersgenossen in den westlichen Demokratien, sollte vor allem von Außenstehenden gegenüber dieser deutschen Jugend nicht erhoben werden. Schließlich war der Ohne-mich-Standpunkt noch vor zwei Jahren das Idealbild eines nach dem Willen der Alliierten für alle Zeiten, dauernd abgerüsteten Deutschlands, und es ist nicht die Schuld der deutschen Jugend, wenn diese Idealbilder der neuen Erziehung sich so schnell und grundlegend geändert haben. Die Frage eines deutschen Verteidigungsbeitrages ist aber keine moralische, sondern eine politische Frage, und sie muß und kann allein unter politischen Gesichtspunkten entschieden werden. Die Anhänger einer pazifistischen Idee müssen sich darüber klar sein, daß sie die Freiheit, nach ihren pazifistischen Grundsätzen zu leben, nur so lange haben werden, wie es gelingt, die Freiheit der Demokratie zu erhalten. Die Alternative sind die Konzentrationslager der totalitären Systeme.

Die Aufrüstung der Demokratie hat als erstes und vornehmstes Ziel die Erhaltung und die Sicherung des Friedens. Die Frage nach der Größe der Kriegsgefahr und nach den aggressiven und kriegerischen Absichten der Sowjetunion gehört für uns alle weitgehend in das Reich der Spekulation; aber der Kalte Krieg ist eine Realität. Vieles spricht dafür, daß die Sowjetunion die Zersetzung und die Auflösung der Demokratien von innen her als wirksamere und billigere Mittel ihrer, Expansionspolitik in Europa ansieht als das Experiment einer gewaltsamen Auseinandersetzung. Diese Überlegung müssen wir mit allem Ernst und in erster Linie in Betracht ziehen, wenn wir über die Verteidigung der Demokratie sprechen. Denn vergessen wir eines nicht: auf die Dauer ist die Politik des bewaffneten Friedens, die die westlichen Demokratien jetzt betreiben müssen, auf Kosten des Lebensstandards der breiten Masse eine schwere Belastung der demokratischen Ordnung ihrer Länder. Aber schon jetzt eine eindeutige Feststellung: für die Sozialdemokratische Partei ist auch nur eine Diskussion über einen militärischen Verteidigungsetat ohne die vorherige Sicherstellung eines sozialen Verteidigungsetats unmöglich.

Dieser soziale Verteidigungsetat muß die Erhaltung und Sicherung eines menschenwürdigen Lebensstandards der breiten Massen des deutschen Volkes einschließen. Nun, meine Damen und Herren, zu dem, was wir heute als deutschen militärischen Verteidigungsbeitrag diskutieren. Die Frage des deutschen Verteidigungsbeitrags ist kein deutsches Problem, sie ist ein europäisches und internationales Problem.

Aber solange die Brückenkopfftheorie noch ernsthaft in der Öffentlichkeit diskutiert wird, solange man davon spricht: „Wir brauchen deutsche Soldaten, damit unsere Boys endlich nach Hause gehen können“, so lange ist bei der gegebenen internationalen Situation und Machtverteilung eine Aufforderung an die deutsche Jugend, wieder Waffen zu tragen, die Aufforderung zu einem Einsatz ohne Aussicht auf eine erfolgreiche Verteidigung unseres Landes und der europäischen Demokratie.

Die These: wenn wir den Westen stark machen, wird die Einheit Deutschlands leichter zu erzwingen sein, entspricht doch einem machtpolitischen und illusionären Denken, das sicher nicht im deutschen Interesse liegt.

Meine Damen- und Herren, ich mache diese Bemerkung vor allem auch deshalb, weil der Herr Bundeskanzler heute morgen die Behauptung aufgestellt hat, die deutsche Einheit sei nur im Zusammenwirken mit den drei Westmächten zu erreichen. Herr Bundeskanzler, ich möchte Sie fragen, ob Sie sich der ganzen inneren und internationalen Tragweite dieser Feststellung bewußt gewesen sind.

Denn wenn wir nicht an den offenen Konflikt zwischen West und Ost glauben — und der Herr Bundeskanzler hat bestritten, daß das seine Anschauung ist —, dann ist die These, die Einheit mit den drei Westmächten herstellen zu können, falsch. Ich will Ihnen das sagen: Dann ist die Frage der Einheit Deutschlands — wenn man eine solche gewaltsame Auseinandersetzung als Mittel unserer Überlegung außer Betracht läßt — die Frage der Möglichkeit der Verständigung zwischen den vier Besatzungsmächten.

Denn ich glaube, wenn man unter den gegebenen Umständen auf dem Wege der friedlichen Vereinbarung zur Einheit Deutschlands kommen will, dann kann man die Möglichkeit und die Notwendigkeit eines Übereinkommens der vier Besatzungsmächte nicht ausschließen. Jedenfalls: wir Sozialdemokraten werden keine Politik akzeptieren, die auf kaltem Wege das Provisorium Bundesrepublik in ein kaum noch zu korrigierendes Definitivum umwandelt.

In jedem Falle muß die Entscheidung über den Generalvertrag zuerst gefällt werden, und wir sind leider der Auffassung, daß nach Lage der Dinge und nach dem bisherigen Stande der Verhandlungen die politische Gleichberechtigung durch diesen Vertrag nicht erreicht wird. Ohne eine solche politische Gleichberechtigung ist für uns die Zustimmung zu einem Verteidigungsbeitrag nicht möglich. Es geht hier nicht um eine Politik der Erpressungen, es geht um den ganz einfachen und klaren Grundsatz, daß die Freiheit nur verteidigt werden kann von freien Völkern und von freien Menschen.

Unabhängig von der Frage der Verfassungsmäßigkeit stellen wir die Frage der Legitimation dieses Bundestages über eine deutsche Wehrverfassung zu entscheiden. Die sozialdemokratische Fraktion bestreitet diesem Bundestag die Legitimation, in der Frage des Wehrbeitrags eine Entscheidung zu fällen. Kein Wähler und kein Gewählter hat im August 1949 bei seiner Stimmabgabe oder bei der Annahme des Vertrauensvotums seiner Wähler daran gedacht, daß der Bundestag im Laufe seiner Amtsdauer über die Frage eines deutschen Verteidigungsbeitrags zu entscheiden haben werde. Es war jedermann bewußt, daß der Aufbau der Bundesrepublik nach dem Grundgesetz viele weittragende Entscheidungen erfordern würde. Aber selbst bei diesen Überlegungen stand die Frage einer deutschen Wehrverfassung außerhalb jeder Diskussion.

Die Verantwortung, die Sie übernehmen, wenn Sie sowohl die verfassungsrechtlichen Bedenken der Sozialdemokratie als auch unsere Forderung nach Neuwahlen in den Wind schlagen, ist außerordentlich groß. Die Frage des deutschen Verteidigungsbeitrags bewegt das deutsche Volk wie keine andere Frage seit vielen Jahren.

### **2.3 Dr. Adenauer, Bundeskanzler (CDU)**

Ein zweites! Herr Kollege Ollenhauer hat gesagt, es werde von uns verlangt, daß wir vorher den Vertrag über den Eintritt in die europäische Verteidigungsgemeinschaft vollzögen. Das

ist ein Irrtum vom Herrn Kollegen Ollenhauer. Ich habe gesagt, diese beiden Vertragswerke seien in ihrer ganzen Zielsetzung so miteinander verknüpft, daß es — ich habe den Passus aus dem Generalvertrag hier ja mitgeteilt — eine Selbstverständlichkeit sei, daß diese beiden Vertragswerke nur gleichzeitig in Kraft treten könnten.

## 2.4 Strauß (CSU)

Es ist nicht die Aufgabe dieser Debatte, eine Schilderung der weltpolitischen Entwicklung nach dem zweiten Weltkrieg im einzelnen zu geben. Wir haben diese Entwicklung in einer Wetterzone der Weltpolitik als Zeitgenossen selbst miterlebt. Wir haben erlebt, daß unsere Hoffnung auf eine ruhige Zeit der Arbeit nicht in Erfüllung gegangen ist. Wir haben erlebt, daß viele unserer Warnungen 1945 und in den folgenden Jahren ungehört und nicht geglaubt im Winde verhallt sind. Wir haben erlebt, daß das Ende des zweiten Weltkriegs die Weltprobleme nicht gelöst, sondern neue aufgetürmt hat, unter deren Schatten wir heute stehen. Ob wir wollen oder nicht, ob wir es einsehen wollen oder nicht, wir stehen darunter.

Dem tragischen Irrtum der Westmächte, daß mit dem militärischen Sieg über Deutschland auch schon eine neue Ordnung der Welt und ihrer Zukunft eingeleitet sei, stand gegenüber die konsequente sowjetische Zielsetzung, daß der militärische Sieg über Deutschland erst die Basis, den Ausgangspunkt und das Sprungbrett für eine Ausdehnung des bolschewistischen Machtbereichs darstelle.

Wir müssen von der Gegenwart und ihren Notwendigkeiten ausgehen.

Nach dem Krieg haben die angelsächsischen Mächte — hier darf ich mich auf das gleiche politische Urteil von Dr. Schumacher in der Bundestagsdebatte vom März 1950 verlassen —, haben besonders die Amerikaner die militärische und industrielle Abrüstung in außerordentlich starkem Maße durchgeführt, während Sowjetrußland seinen Militärapparat aufrechterhalten hat, einen Militärapparat, der mit 180 Divisionen und über 3 Millionen Mann nicht mehr als Friedensarmee bezeichnet werden kann. Rußland hat die industrielle Aufrüstung in beschleunigtem und verstärktem Maße unter Einschaltung der sowjetisch besetzten deutschen Zone und unter Ausnutzung deutscher Erfindungen fortgesetzt.

Gleichzeitig hat Rußland die Satellitenstaaten aufgerüstet und zur Verstärkung des sowjetischen Kriegspotentials herangezogen. Der sowjetische Machtbereich, meine Damen und Herren, das ist eine bekannte Tatsache, sie kann trotzdem nicht oft genug, nicht laut genug und nicht eindringlich genug gesagt werden, ist seit 1939 von dem damaligen Staatsgebiet Sowjetrußlands mit etwa 180 Millionen Menschen bis 1952 auf etwa ein Drittel der Erdoberfläche und ein Viertel der Einwohner dieser Erde erweitert worden.

Nicht nur die baltischen Staaten sind zum Opfer gefallen, Polen, die Tschechoslowakei, Ungarn, Rumänien, Bulgarien, Albanien im Westen des sowjetischen Reichs, sowie China mit Randgebieten und Tibet sind in diesen ungeheuren Machtkoloß miteinbezogen worden, ein kompakter Block, der von Helmstedt bis Korea, von Spitzbergen bis zur Grenze Indiens reicht, ein Block, der von einer Zentrale politisch, wirtschaftlich und militärisch gesteuert und kommandiert wird. Durch die Anwesenheit der Roten Armee, durch Bürgerkriege, in denen sowjetische Waffen eine entscheidende Rolle spielten, durch innere Unterhöhlung und Unterminierung sind die Völker trotz ihrer nichtkommunistischen Mehrheit in den sowjetischen Machtbereich hineingezwungen worden, ehe sie sich ihres Schicksals bewußt wurden.

Aber an drei Stellen ist der politische und militärische Vormarsch des Bolschewismus aufgehalten worden: erstens in Deutschland an der Zonengrenze, wo außerdem noch Berlin als Symbol der Freiheit, als Leuchtturm der Hoffnung inmitten des sowjetisch besetzten Territoriums durch den beispiellosen Mut seiner Bevölkerung und durch die Hilfe der Westmächte erhalten geblieben ist.

Zum zweiten ist er in Jugoslawien aufgehalten worden, wo Tito — selbst kommunistischer Partisanenführer; abtrünniger Genosse, zum Tode verurteilt — sich dem Zugriff Stalins entzogen hat.

Und drittens in Korea, wo das Eingreifen der Vereinten Nationen in letzter Minute und unter furchtbaren Opfern für dieses Land — auch das ist für unsere Entschlußfassung ein wesentliches Moment — den Vormarsch der roten Satellitenarmee aufgehalten hat.

An zwei Stellen — in Indochina und Malaia — wird in einem Krieg gekämpft, der an Heimtücke und Grausamkeit nicht mehr zu überbieten ist. Die Verschärfung der Lage in Persien, Ägypten und Nordafrika geht auf bolschewistische Sprengkommandos zurück, die sich der nationalen Ziele und Gefühle dieser Völker, die an sich durchaus berechtigt sein mögen, bemächtigt haben, um sie im Kampf gegen die freie Welt zu gebrauchen.

Die Vereinigten Staaten machen unvorstellbare Anstrengungen, um das seit 1945 Versäumte nachzuholen. Man hört bei uns in der Öffentlichkeit eine Tatsache oft sehr ungern, einmal deswegen, weil man den Blick vor den Realitäten gerne verschließt, zum andern, weil dabei unangenehme Gefühle ausgelöst, weil unangenehme Erinnerungen — auch über die Haltung der US-Truppen gegenüber den deutschen Soldaten allgemein nach der Kapitulation — heraufbeschworen werden.

Auch die Sicherheit der Bundesrepublik und die Sicherheit der anderen europäischen Völker westlich des Eisernen Vorhangs beruht zur Zeit leider nur auf der amerikanischen Sicherheitsgarantie, wonach ein Angriff auf das Bundesgebiet einschließlich Berlins als ein Angriff auf die Vereinigten Staaten selbst angesehen wird. Damit ist die Bundesrepublik in den Sicherheitsgürtel, in die Sicherheitslinie der freien Welt einbezogen worden.

Die Linie verläuft etwa so: Alaska, Alëuten, Japan, Formosa, Philippinen, Singapur, Irak, Suez, Türkei, Griechenland, Jugoslawien, Italien, Deutschland, Frankreich, England, Dänemark und Norwegen.

Warum führen wir diese Verteidigungsdebatte? Es ist unsere geographische Lage auf der einen und die Weltsituation auf der anderen Seite, die uns zwingen, uns mit dieser Frage zu beschäftigen, ob wir wollen oder nicht.

Bei dieser Debatte kann beim gegenwärtigen Stande der Dinge — und darin gebe ich dem Kollegen Ollenhauer recht, darin unterscheiden wir uns auch nicht — eine definitive Entscheidung von unserer Seite aus nicht getroffen werden. Aber wir haben in absehbarer Zeit Entscheidungen zu treffen. Wir müssen heute untersuchen, welche Entscheidungen angesichts dieser Umstände überhaupt möglich und welche Entscheidungen unreal sind.

Wir müssen in absehbarer Zeit ja oder nein sagen, und wir müssen unsere Voraussetzungen für unser Ja oder Nein freimütig und offen aufzeigen. Wir stehen einmal in der Verpflichtung vor unserem Gewissen - wenden wir das Wort ruhig einmal an — und wir stehen zum anderen unter der Konsequenz der Lage.

Es liegt völlig in unserer Hand, ja oder nein zu sagen. Wer ja sagt, muß sich die Verantwortung für die Folgen überlegen. Wer nein sagt, nein um jeden Preis, muß für die Konsequenzen einstehen, die aus dieser Verantwortung erwachsen.

Davon befreit uns niemand. Ich glaube, wir sollten hier auch nicht mit einem gefährlichen Argument operieren, das die Wachsamkeit einschläfert, eine richtige Entscheidung verzögert und auch die Rückkehr Deutschlands zu Gleichberechtigung und Freiheit auf unabsehbare Zeit hinausschiebt, nämlich von unserer Seite aus zu sagen: War es bisher nicht zu spät, dann kann es auch nie zu spät werden.

In absehbarer Zeit werden wir uns zu entscheiden haben, ob Deutschland in den Vertrag über eine europäische Verteidigungsgemeinschaft eintreten soll oder nicht. Schon der Begriff der europäischen Verteidigungsgemeinschaft setzt voraus, daß mehr als ein System von Koalitionsarmeen geschaffen wird. Nach diesem Vertrag sollen die Länder Deutschland, Frankreich, Italien, Belgien, Niederlande und Luxemburg ihre wirtschaftlichen und militärischen Verteidigungskräfte zusammenfassen.

Eine europäische Verteidigungsgemeinschaft kann nicht aufgebaut werden, wenn die an ihr beteiligten Völker nicht in vollem Vertrauen auf die gegenseitige Loyalität ihre Sicherheit in der gemeinsamen Zukunft sehen.

Die Sowjets wollen das Risiko eines dritten Weltkrieges nicht auf sich nehmen, um Europa in die Hand zu bekommen, ihre Macht an den Atlantik vorzuschieben und ihre Hand auf das Ruhrgebiet zu legen, es genügt für sie, wenn sie mit dem Aufgebot aller diplomatischen, politischen, propagandistischen und psychologischen Mittel die Einigung Europas verhindern können, weil sie genau wissen, daß damit in absehbarer Zeit automatisch der Abzug amerikanischer Truppen aus Europa und damit das Erlöschen der amerikanischen Sicherheitsgarantie für die europäischen Staaten verbunden ist.

Die Russen sind das einzige Volk in der Geschichte dieser Welt, das sich in seiner Politik immer Zeit gelassen und alle Ziele auf lange Sicht und bis heute mit Erfolg verfolgt hat. Ob das „Ami, go home“ von kommunistischen Schmierhänden an die Wand gepinselt oder ob dieses Ziel indirekt durch Stärkung der europafeindlichen Kräfte bis zur endgültigen Verhinderung des europäischen Zusammenschlusses verfolgt wird, all das liegt auf einer einzigen Linie.

Das Fernziel ist immer das gleiche, und mit einer einfachen, prägnanten Formulierung gesagt heißt es: über die Zersplitterung Europas zur Bolschewisierung Europas.

Wir lassen uns nicht irremachen in unserem Willen, die europäische Einigung zu vollziehen. Wir warnen aber mit allem Nachdruck davor, Teilprobleme in einer Weise zu lösen, die im Widerspruch zum Grundgedanken der europäischen Solidarität steht.

Was muß in Europa erreicht werden? Ohne Zweifel mehr als eine Verteidigungsgemeinschaft! Aus dem in 17 Staaten aufgespaltenen Resteuropa zwischen dem bolschewistischen Koloß und der Weltmacht Amerika muß ein in Freiheit und Gleichberechtigung geeintes Europa entstehen, oder Europa wird in absehbarer Zeit nicht mehr sein als ein geographischer Begriff auf der Landkarte.

Es wird zu einer gemeinsamen Politik kommen, wenn es gelingt, eine europäische Staatsidee statt einer Addition von nationalistischen Länderideen zu entwickeln, eine europäische Staatsidee, die viel guten Willen und manchen Verzicht von jedem Teilnehmer erfordert. Der politische

Weg dieser europäischen Staatsidee ist vorgezeichnet durch Geschichte und Kultur des Abendlandes. Eine echte europäische Verteidigungsgemeinschaft kann in diesem Sinne nichts anderes sein als das natürliche Ergebnis einer europäischen Staatsidee.

Europa muß aus der Idee und aus seiner geschichtlichen Aufgabe heraus entwickelt werden. Dieses Europa soll eine Armee für seine Verteidigung besitzen, aber Europa soll nicht eine Armee sein, die sich einen Staat schafft.

Die Aufgabe Europas ist es zunächst, den eigenen Bestand zu sichern und damit wieder einen unentbehrlichen und stabilen Faktor der Weltpolitik zu schaffen. Die Aufgabe dieses' Europas ist es nicht, die Gegensätze auf dieser Welt zu verschärfen, sondern sie allein durch sein Dasein und durch seine soziale Ordnung im Innern dieses Kontinents zu entspannen.

Darum, meine Damen und Herren, wird dieses Europa berufen sein — und hier wollen wir uns einmal über den Begriff „Friedenunterhalten —, eine klare Friedenspolitik zu betreiben. Friedenspolitik heißt nicht Schwäche. Friedenspolitik heißt niemals Entwaffnung. Friedenspolitik heißt vor allen Dingen nicht leichtsinnige Hoffnung auf Errettung durch die Hand des Zufalls.

Friedenspolitik heißt eines: klar erklärter Verzicht darauf, politische Ziele mit Gewalt durchsetzen zu wollen. Friedenspolitik heißt aber auch, einem eventuellen Angreifer klarzumachen, daß sein Angriff auf den organisierten Gesamtwiderstand Europas und Amerikas stoßen wird.

Wir haben uns mit zwei Argumenten zu befassen, die grundsätzlich gegen einen Verteidigungsbeitrag angeführt werden. Erstens einmal: Ein deutscher Verteidigungsbeitrag verhindert die deutsche Einigung und verewigt die Spaltung unseres Volkes. Zweitens: Ein deutscher Verteidigungsbeitrag erhöht die Kriegsgefahr.

Meine Damen und Herren, ich glaube, bei dieser Debatte muß diese Frage gestellt werden. Sie ist die Frage des Risikos für uns nach zwei Seiten hin. Diese Frage wird draußen im Volk gestellt, und das Parlament muß sie beantworten. Diese Argumente werden besonders von der „Notgemeinschaft für den europäischen Frieden“ angeführt und zur Verwirrung der Begriffe in der Öffentlichkeit mit lauter Stimme breitgetreten.

Meine Damen und Herren, wir sind durch die Erfahrungen des zwölfjährigen Reiches hellhörig dafür geworden, wie man mit Worten und Begriffen Schindluder treiben kann. Es hängt nicht von den Buchstaben ab, es hängt nicht von den Worten ab, die über die Lippen kommen, es hängt von der inneren Gesinnung ab, ob jemand mit dem Worte Frieden auch wirklich Frieden meint oder nur eine gute Tarnbezeichnung für die Kriegsvorbereitung, ob er mit dem Worte Freiheit das persönliche Recht des Einzelmenschen auf Freiheit der Meinung und Unverletzlichkeit der Person meint oder ob er dieses Wort mißbraucht für die Willkür des Kollektivs, den Menschen zum Sklaven zu machen.

Wir in Deutschland haben eine harte Schule in dieser Hinsicht hinter uns. Aber diese harte Schule hat, so grauenhaft die Opfer geworden sind, die auf der Strecke bleiben mußten, eines für sich gehabt, meine Herren von der extremen Linken: Wir sind immun geworden gegen den Schwindel, der sich hinter Begriffen und Worten tarnt.

Sie werden, wenn das deutsche Volk aufgeklärt ist, wenige finden, die sagen: Ich bin neutral, sagte das Schaf.

So wird mit dem Worte deutsche Einheit gerade von denen am meisten Mißbrauch getrieben, die es am wenigsten ernst meinen mit einer deutschen Einheit in wirklicher Freiheit.

Für uns steht am Ende des Weges das Definitivum einer gesamtdeutschen Lösung.

Wir wollen die deutsche Einheit in Freiheit wiederherstellen; aber wir wissen auch, daß die Lösung all dieser Fragen nicht allein durch unseren guten Willen herbeigeführt werden kann, sondern nur durch ein geeintes Europa, das weiß, was es will, und das als Verhandlungspartner ernstgenommen wird.

Wer auf den Anschluß der Bundesrepublik an die Gemeinschaft der freien Völker verzichtet, gibt die deutsche Einheit preis, ob er will oder nicht, ob er es weiß oder nicht. Die verhängnisvolle These, die manchmal auch in der SPD angeklungen ist: Zuerst Einheit, dann Europa, wird von uns mit der klaren Parole beantwortet: Über die Einheit Europas zur Wiedervereinigung Deutschlands! Wir sagen den deutschen Brüdern im Osten nicht ein Lebewohl mit den Entscheidungen, die wir getroffen haben und vielleicht noch treffen werden. Wir wollen aber auch mit ihnen kein Wiedersehen jenseits des Eisernen Vorhangs für uns haben.

Ein deutscher Beitrag für die europäische Verteidigungsgemeinschaft bedeutet für Rußland keine Gefahr, da die europäische Verteidigungsgemeinschaft bewußt auf dem Gedanken der Sicherung und des Verzichtes auf jeden Angriffskrieg aufgebaut ist. Rußland weiß, daß ein Angriff auf einen Staat der europäischen Verteidigungsgemeinschaft den dritten Weltkrieg auslösen würde. Die bisherigen Erfahrungen zeigen nicht, daß Rußland bereit ist, dieses Risiko auf sich zu nehmen. Die Zeit, wo ein Angriff auf Europa einen militärischen Spaziergang bedeutet hätte, ist wahrscheinlich vorbei. Die Frage, ob diese Zeit wiederkommen wird, wird von Amerika und uns abhängen.

Die für die russische Politik verantwortlichen Männer wissen ganz genau, daß der Sieg in einer ersten Schlacht bedeutungslos wäre für den Ausgang des Krieges, der den Sowjets einen Kampf auf Leben oder Tod mit den Vereinigten Staaten einbringen würde. Rußland würde bewußt damit all das, was es in Jahrzehnten zäher und konsequenter Politik erworben hat, in Frage stellen. Rußland könnte durch einen Präventivkrieg in Mitteleuropa vorübergehende Erfolge erzielen. Es könnte aber weder in kurzer Zeit die Voraussetzungen für einen späteren Angriff der Westmächte auf Sowjetrußland zunichte machen noch eine wesentliche Verbesserung seiner Stellung für einen längeren Krieg herbeiführen. Wir sind vor einem kriegesischen Eingreifen Sowjetrußlands in Europa so lange sicher, als ein solcher Angriff dem Russen den dritten Weltkrieg einbringt. Das ist unsere klare Antwort zu der vorher gestellten klaren Frage. Zum ändern sind die Sowjets trotz ihres Propagandageschreis nicht überzeugt davon, daß die Westmächte die Absicht haben, die Sowjetunion anzugreifen. Erst ein von Amerika aufgegebenes und der inneren Zerplitterung überlassenes Land wird den sowjetischen Angreifer heraufbeschwören, weil er sicher sein kann, daß seine Fünfte Kolonne die nötige Vorarbeit geleistet hat.

Ich darf mich bei dieser Frage auf keinen ändern als auf den Kollegen Dr. Schumacher beziehen, der am 23. August 1950 in einer Pressekonferenz in Bonn in den bekannten prägnanten Formulierungen, die er liebt, erklärt hat: „Schwäche ist Kriegsanziehung.“ Wir haben keinen Grund, uns seiner Meinung nicht anzuschließen.

Ein deutsches Nein um jeden Preis wird zunächst keine andere Wirkung haben, als daß Deutschland das größte Risiko auf sich nimmt, daß jeder in der Welt nur mögliche und denkbare Krieg auf seinem Boden ausgetragen wird.

Ich sage also, daß ein Nein um jeden Preis oder ein Ja unter unmöglichen Bedingungen dazu führt, daß alle Verteidigungsmittel der Westmächte auf ein Europa eingerichtet werden, das einen großen amerikanischen Brückenkopf darstellt und in dem Deutschland von beiden Seiten

als das natürliche Aufmarsch- und Kampfgebiet betrachtet wird. Da ist es für uns für die Übergangszeit ein unerträglicher Gedanke, zu wissen, daß die Verteidigungspläne — in diesem Fall von den alliierten Generalstäben, die sich in ihrer Mentalität von denen der gesamten Welt nicht unterscheiden — ohne Rücksicht auf Deutschland und vielleicht sogar auf Kosten Deutschlands eingerichtet werden. Wir wollen und müssen verhindern, daß irgendwelche Verteidigungspläne für Europa gefaßt, werden, die nicht unsere Zustimmung haben und nicht auf unsere Lage in vollem Umfang Rücksicht nehmen. Wir wollen und müssen erreichen, daß die Alliierten das Risiko einer Verteidigung Europas ostwärts der deutschen Grenze vorbereiten und auf sich nehmen. Auf lange Sicht gesehen wird ein deutsches Nein und französische Halsstarrigkeit nicht nur zum Scheitern der europäischen Einigung, sondern zu einer Verkürzung der amerikanischen Verteidigungslinie führen, mit andern Worten, zur Aufgabe des kontinentalen Europa, wenn von ihm nicht in absehbarer Zeit die eigene Verteidigung unter dem Schutz der amerikanischen Garantie aufgebaut wird.

Viele Nein-Sager können gewonnen werden, wenn man ihnen sagt, worum es geht. Sie dürfen nicht von vornherein mit den Kommunisten in einen Topf geworfen werden.

Der Ohne-mich-Gedanke führt zwangsläufig zu einer Entscheidung der westlichen Welt, die schließlich heißen wird: ohne euch, dann gegen euch und zum Schluß mit euch unter bolschewistischen Fahnen.

Ich darf zum Schluß folgendes sagen. Wir sind uns, auch von unserer Fraktion aus, sehr wohl bewußt, Herr Bundeskanzler, daß die Nichterfüllung der notwendigen Voraussetzungen, die von uns in einer eigenen Stellungnahme noch vorgelegt werden, auch bei uns zu einem Nein in dieser Frage führen kann.

Das Schicksal Deutschlands ist untrennbar mit dem Schicksal der freien Welt verbunden. Die amerikanische Sicherheitsgarantie muß so lange ausreichen, bis die europäische Wirtschaftskraft, die staatliche Kraft und die politische und verteidigungsmäßige Kraft, organisiert ist. In dem Verteidigungsvertrag ist nicht nur festgelegt, daß Deutschland nicht diskriminiert werden darf; dort ist auch festgelegt, daß jeder Angriff auf ein Land dieses Paktes durch das Eingreifen aller Länder beantwortet wird. Es ist — das ist für uns vielleicht ein wesentlicher Bestandteil — ebenfalls festgelegt, daß ein weiteres Eingreifen der europäischen Verteidigungsgemeinschaft ohne Zustimmung aller Mitglieder, also ohne Zustimmung Deutschlands, nicht möglich ist. Und wenn jemand sagen wollte: Der Westen führt einen Präventivkrieg!, nun, Deutschland ist in der Lage, durch eine klare Entscheidung einen Präventivkrieg von herüber wie von drüber — auch wenn er dort nicht ernsthaft propagiert wird — zu verhindern. Wir müssen uns bei der kommenden Entscheidung von einer dumpfen Erwartung der Zukunft lossagen. Wir sollten diesen Weg, meine Damen und Herren von der SPD, in gemeinsamer Verantwortung gehen. Möge es uns erspart bleiben, einmal darüber nachzudenken — wie es Ihren Parteifreunden und meinen Gesinnungsfreunden in der Vergangenheit gegangen ist —, was man hätte tun sollen, als es Zeit war. Heute ist noch Zeit, erstens zu prüfen, zweitens zu entscheiden und drittens in europäischer Verantwortung danach zu handeln. Es lebe Europa!

## 2.5 Euler (FDP)

Trotz riesiger Landgewinne ist das sowjetische Expansionsstreben nicht zu stillen gewesen. Kollege Strauß hat schon auf die Rooseveltsche Politik und ihren tragischen Fehlschlag hingewiesen. Es bedarf noch der Hervorhebung, welches Motiv diese Rooseveltsche Politik des äußersten Ent-

gegenkommens gegenüber den Sowjets getragen hat. Das Motiv war dies: Es sollte den Sowjets damit das Mißtrauen genommen werden, daß nach dem zweiten Weltkriege die von ihnen so genannte kapitalistische Welt zu einer neuen Einheit gegen sie zusammentreten könnte. Es sollte damit die Vertrauensgrundlage geschaffen werden für eine Zusammenarbeit in den Vereinten Nationen mit dem Ziele, die internationale Abrüstung sicherzustellen und die kollektive Sicherheit zu verbürgen. Diese Politik hat sich als illusionär erwiesen; sie ist tragischerweise gescheitert. Die Gründe hat schon Kollege Strauß im wesentlichen dargelegt; aber es bedarf noch eines Hinweises.

Über den 180 sowjetischen Divisionen dürfen die 60 Divisionen nicht vergessen werden, die die Sowjets inzwischen in den Satellitenstaaten geschaffen haben: 12 in der Tschechei, 16 in Polen, 10 in Ungarn, 10 in Bulgarien, 12 in Rumänien; und es kämen noch 32 Tito-Divisionen hinzu, wenn nicht Tito inzwischen aus der Erkenntnis des Verhängnisses, das seinem Volk im sowjetischen Lager droht, das Lager gewechselt hätte. Alle diese Satellitendivisionen sind in Ländern entstanden, die mit allen Mitteln der List und der Gewalttat unter dem Versprechen, einem demokratischen Regime entgegen geführt zu werden, allmählich vergewaltigt worden sind.

Nachdem wir die Aggressionen in aller Welt erlebt haben, die zwar die Sowjets formell nicht selbst gemacht haben, die sie aber durch andere, durch Abhängige haben machen lassen, nachdem wir insbesondere die Hungerblockade gegen Berlin erlebt haben, müssen wir uns fragen: Wie kann der Frieden gesichert werden? Und es gibt nur eine Antwort darauf: durch eine gemeinsame Abwehrfront aller freien Völker.

Sollen wir durch eigene Anstrengungen zur Stärkung dieser Abwehrfront beitragen, damit die erste Schlacht nicht stattfindet? Wir sagen „Ja“ darauf, allerdings unter Voraussetzungen, die den Verteidigungswert und die Kampfkraft des deutschen Soldaten erst einmal wiederherzustellen haben. Lassen Sie mich aber noch einen Augenblick bei dem bleiben, was notwendigerweise die Aggressionskraft der Sowjets zur Folge hat. Das Expansionsstreben der Sowjets hat zur Folge, daß diese jede Position offensiv verstehen. In Anbetracht dieser Lage darf die Bundesrepublik niemals ein Feld für risikolose Aggressionen werden. Es ist die Aufgabe unserer Politik, das absolut sicherzustellen. Damit ist das entschiedenste Nein gegen jede Art von Neutralitätspolitik gesagt. Mit Abzug der westlichen Besatzungstruppen, die wir demnächst als Sicherheits- und bundesgenossenschaftliche Truppen verstehen, würde die Bundesrepublik schutzlos werden.

Würde auf internationale Garantie hin nach Räumung der Bundesrepublik von den westlichen Besatzungsmächten in einem Augenblick die Lage eintreten, daß sich die Sowjets sagen dürften, ein Überfall werde keine Intervention der anderen Garantiemächte auslösen, dann gäbe es für uns nur noch zwei Möglichkeiten: entweder wehrlos der Sklaverei zu verfallen, oder aber wir hätten, falls dann doch verspätet die westlichen Garantiemächte eingreifen sollten, den Krieg mitten in Deutschland; wir hätten ihn von vornherein an der Rheinlinie.

Man kann nicht entschieden genug sagen, wie verhängnisvoll und wie verantwortungslos diese Neutralitätstheorien, die mit absoluter Waffenlosigkeit Hand in Hand gehen, in ihrer Auswirkung für uns sind.

Der Sinn der Außenpolitik kann nur darin gefunden werden, die ungünstigsten Entwicklungen durch Vorkehrungen auszuschließen, die auf sie angelegt sind. Die Völker sind eigentlich nur immer dann von Katastrophen verheert worden, wenn sich ein ruchloser Optimismus durchsetzte, der glaubte, den ungünstigsten Fall vernachlässigen zu können.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es ist ein sehr großer Irrtum, ja es ist eine Lüge, zu be-

haupten, man glaube, die Sicherungsmaßnahmen seien entbehrlich oder müßten zurückgestellt werden, bis ein hinreichender Grad sozialer Wohlfahrt sichergestellt sei. So sehr wir darum bemüht sind, den Lebensstandard zu erhöhen, — je mehr er erhöht wird, um so verlockender wird für die Sowjets ein Eingreifen in die westeuropäischen Gebiete, um so verlockender wird die Beute. Aber umgekehrt: um so gefährlicher für sie ist eine prosperierende Entwicklung in Westeuropa, weil die Differenz im Lebensstandard ständig größer wird. Deshalb ist der Schutz unentbehrlich.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir wünschen sehr, die entscheidenden Verhandlungen würden recht schnell die Voraussetzungen sicherstellen, von deren Vorhandensein der Wert der wiedererstehenden deutschen Truppen abhängt. Denn es liegt im europäischen Interesse, daß der deutsche Soldat der Zukunft die innere Gewißheit hat, er dient der Sicherstellung einer europäischen Ordnung, die auf gleiches Recht zum Schutze derselben Freiheit für jeden einzelnen Teilnehmer gegründet ist.

Die innere Gewißheit muß jedem deutschen Soldaten gegeben werden, daß die Vergangenheit abgeschlossen ist, daß es keine Sieger und Besiegten mehr, sondern nur noch Kameraden für die gemeinsame große Sache gibt, die in der Lebenssicherung aller europäischen Völker liegt. Die Streitkräfte des Westens haben keinen Platz für Soldaten zweiter Klasse, sie haben keinen Platz für Repräsentanten einer zweitklassigen Moral. Militärs haben das schon immer gewußt; Militärs sind gewöhnt, auf die Realitäten abzustellen; sie wissen, was für den effektiven Verteidigungswert eines Soldaten seine Moral bedeutet. Deshalb ist es kein Zufall, daß es unter den Ausländern Eisenhower war, der als erster und in unzweideutiger Form die These verkündet hat, dem deutschen Volke müsse die Gleichberechtigung in dem Augenblick gewährt sein, wo eine Verteidigungsverpflichtung für dieses Volk wirksam werden soll. Wie soll das Gefühl der europäischen Kameradschaft zwischen den Angehörigen der Divisionen aus den verschiedensten Teilnehmerstaaten entstehen können, wenn auch heute noch Deutsche festgehalten werden, deren Verurteilung auf sehr zweifelhaften Rechtsgrundsätzen beruht und unter Anwendung sehr zweifelhafter Methoden der Rechtsfindung zustande kam, oder gar, wenn noch Deutsche festgehalten werden, denen überhaupt noch kein Prozeß gemacht wurde?

Sieben Jahre fast nach Einstellung der Kampfhandlungen wurde ihnen noch nicht die Anklage zugestellt. Wie dürftig muß das Beweismaterial sein, daß es in sieben Jahren nicht gelang, den Prozeß in Gang zu bringen und ein fundiertes Urteil in die Welt zu setzen!

Über diese Dinge muß hier mit großer Entschiedenheit gesprochen werden. Wir sprechen damit nicht für Menschen, die nach alten international anerkannten Rechtssätzen, auch nach deutschem Urteil sich unzweifelhaft schwerer Verbrechen schuldig gemacht haben. Aber es ist nicht zu rechtfertigen, daß z. B. deutsche Soldaten festgehalten werden, die nichts anderes taten, als ihr Leben und das ihrer Kameraden gegen die heimtückische Kriegführung von Zivilisten zu schützen. Ich kann mir nicht vorstellen, daß neue deutsche Truppen unter den Fenstern des Gefängnisses von Werl vorbeimarschieren, solange da außer den Generalfeldmarschällen von Manstein und Kesselring viele verdiente Offiziere und gemeine Leute sitzen, denen man nichts anderes nachsagen kann, als daß sie von Möglichkeiten der Kriegführung Gebrauch gemacht haben, die gegeben sein müssen, auch nach internationalem Recht gegeben sind, um einfach das blanke Leben gegen eine heimtückische, grausame Kriegführung sicherzustellen. Schließlich konnten sich auch die amerikanischen Truppen in Korea in der Auseinandersetzung mit heimtückischen, grausamen Banditen nicht anders zur Wehr setzen. Diese Dinge müssen klar angesprochen werden. Es war Lord Hankey, der vor nicht allzu langer Zeit im englischen Unter-

haus gesagt hat, kein Engländer würde es gutheißen, wenn sich England mit Völkern verbände, die noch Engländer von einem vergangenen Kriege her in Gefangenschaft hielten.

Wenn die Alliierten wollen, daß ehrenhafte deutsche Männer aus freiem Willen in einer europäischen Armee dienen, nicht bloß Abenteurer und Söldner, dann sollen sie dafür sorgen, das Manstein und diejenigen unter seinen Mitgefangenen, die nicht wegen persönlicher Vergehen ins Gefängnis geworfen wurden, in Freiheit gesetzt werden. Man kann nicht erwarten, daß ein ehrenhafter Deutscher unter Oberbefehlshabern dient, welche Nationen angehören, die seine früheren Kommandeure im Gefängnis halten aus Gründen, die er und viele Leute außerhalb Deutschlands nicht für Gründe der Gerechtigkeit halten.

Der zweite herbe Punkt, in dem während der Verhandlungen der nächsten Wochen Wandel geschafft werden muß — und ich möchte wünschen, daß der Wandel schnell geschieht —, ist der Inhalt des Generalvertrags und der Inhalt der Zusatzabkommen zum Generalvertrag. Wir wissen es sehr zu schätzen, daß der Vertrag über die Verteidigungsgemeinschaft die Gleichberechtigung in einem ganz anderen Maße verwirklicht hat als nach dem gegenwärtigen Verhandlungsstand der Generalvertrag und seine Zusatzabkommen. Wenn die Voraussetzungen für die Verteidigungsgemeinschaft geschaffen werden sollen, wird es erforderlich sein, hier noch in vielen Vertragspunkten einen gründlichen Wandel herbeizuführen.

Die Verbindung zwischen Ablösung des Besatzungsstatuts und Verteidigungsgemeinschaft ist ein ursprünglich von den Alliierten aufgestelltes Junktum. Nun, im Gegensatz zu dem Kollegen Ollenhauer haben wir nichts gegen dieses Junktum. Wir verstehen es aber so, wie man es vom deutschen Standpunkt allein verstehen kann, nämlich dahin: die Ablösung des Besatzungsstatuts unter vertraglichen Umständen, die die Wiederherstellung der deutschen Gleichberechtigung bieten, muß in dem Augenblick gewährleistet sein, wo die Verteidigungsgemeinschaft zustande kommt.

## 2.6 Dr. Wahl (CDU)

Wenn ich nach den ausgezeichneten einschlägigen Darlegungen des Herrn Euler im Namen meiner Freunde heute die Kriegsverbrecherprozesse zu behandeln habe — und ein solcher Beitrag gehört zur Grundsatzdebatte über die Teilnahme der Deutschen an der Verteidigung des Westens —, so möchte ich von der schon mehrmals angeklungenen Feststellung ausgehen, daß die Wunden, die der Krieg dem deutschen Volk geschlagen hat, so furchtbar gewesen sind, daß sie noch nicht vernarben konnten. Tausende und aber Tausende haben ein schweres seelisches Trauma erlitten, so daß sie auf alles, was mit Wehrmacht und Aufrüstung zusammenhängt, nicht anders als durch Aufschreien reagieren können. Diese psychologischen Hemmungen für das Ja zum deutschen Wehrbeitrag, das die Stunde von uns verlangt, müssen von den Verhandlungspartnern der deutschen Bundesregierung auch in der Frage der Kriegsverbrecherprozesse in Rechnung gestellt und mit allem Ernst erkannt werden. Sie müssen uns das Ja erleichtern, wenn es aus dem Herzen kommen soll. Dazu gehört eine vernünftige Behandlung der Kriegsverbrecherprozesse, die nicht im gegenwärtigen Stand verbleiben können, wenn im deutschen Volk eine freiwillige Übernahme der Wehrlast erreicht werden soll. In der Tat bilden die Verurteilungen, die zum Teil unmittelbar nach Kriegsende in der Zeit der schlimmsten Nachkriegspsychose stattgefunden haben, in der z. B. in der amerikanischen Zone von den Universitätsoffizieren ehemalige aktive Offiziere, besonders wenn sie hohe Kriegsauszeichnungen hatten, nicht zum Studium zugelassen wurden, vom rechtlichen Standpunkt aus außerordentlich bedenkliche Angriffsflächen.

## 2.7 Reimann (KPD)

Meine Damen und Herren! Während hier der Herr Bundeskanzler Adenauer die Schaffung eines Wehrzwangsgesetzes begründet, entwickelt sich im ganzen deutschen Volke eine gewaltige Bewegung des Protestes, der deutlich zum Ausdruck bringt, welcher tiefe und unüberwindliche Gegensatz zwischen der Bonner Regierung und dem Friedenswillen unseres Volkes besteht.

Es ist ein erhebendes Zeichen der wachsenden politischen Reife unseres Volkes, insbesondere der Arbeiter, der Jugend, aber auch großer Teile des Bürgertums, die aus den Erfahrungen der Vergangenheit gelernt haben und heute aus Verantwortung gegenüber dem Schicksal der Nation und der Ehre des deutschen Volkes vor allen Völkern der Welt zu großen Taten und Aktionen zur Verhinderung des Krieges übergehen. Es ist inzwischen den Massen unseres Volkes klargeworden, daß derjenige, der den Krieg vorbereitet und ihn führen will, sich immer einer großen Täuschung und Lüge gegenüber dem Volke bedienen muß.

Als im Jahre 1933 die Krupp, Pferdenges, Reusch und Zangen die übrigen Gesinnungskumpane Dr. Adenauers, die heute zum Teil als Abgeordnete im Bonner Parlament sitzen und die wichtigsten Funktionen in Regierung und Wirtschaft bekleiden, Hitler an die Macht brachten und der heutige Bonner Innenminister Dr. Lehr Hitler, Himmler und Goebbels die Geldschränke der rheinisch-westfälischen Schwerindustrie öffnete, da sagte man unserem Volke:

Das Ganze diene lediglich der Sicherung des Friedens, der Verteidigung Deutschlands vor einem Angriff aus dem Osten und Westen.

Es waren die rechten sozialdemokratischen Führer, die im Reichstag diesem verlogenen außenpolitischen Programm Hitlers ihre Zustimmung gaben, was allerdings die deutschen Imperialisten nicht daran hinderte, die Sozialdemokratische Partei Deutschlands zu verbieten und gleichzeitig zahlreiche sozialdemokratische Parteigenossen in das Zuchthaus zu werfen. Heute möchte ich, um unserem Volke die Parallelität der Dinge ins Gedächtnis zu rufen, einige Tatsachen anführen. Dr. Adenauer begründet die Notwendigkeit des Wehrgesetzes, des Generalvertrages, die Eingliederung Westdeutschlands in den Atlantik-Kriegspakt mit der Behauptung von einem angeblich beabsichtigten Angriff aus dem Osten.

Er wiederholt damit nichts anderes als die Lügen Hitlers, Goebbels, Ribbentrops und Neuraths aus der Zeit der unmittelbaren Vorbereitung des Hitlerangriffs auf die Sowjetunion. Zu einem Zeitpunkt, als der Hitlersche Generalstab bereits beauftragt war, den Plan Barbarossa, den Überfall auf die Sowjetunion, auszuarbeiten, erklärte Hitler: Wir haben das natürliche Recht auf Abwehr gegenüber der Sowjetunion.

Zum gleichen Zeitpunkt erklärte Goebbels: Durch die Sowjetunion ist die Frage des Fortbestandes Europas auf die Tagesordnung gesetzt und damit auch die militärische Verteidigung Europas.

Und schließlich Außenminister Neurath: Die Sowjetunion bedroht die Existenz unserer Nation und unserer Kultur.

Kann man noch deutlicher beweisen, daß die Begründung Adenauers für das Wehrgesetz und den Generalvertrag wörtlich die Begründung war, mit der Hitler und Goebbels im Auftrage der deutschen Kanonenkönige unser Volk zum Kriege gegen die Sowjetunion und auf alle Schlachtfelder Europas trieben?

Die Wahrheit ist, daß die Sowjetunion weder das deutsche Volk noch irgendein Volk der Welt

jemals angegriffen hat noch angreifen will. Die Existenz eines sozialistischen Staates sowie seine Entwicklung ist unvereinbar mit einer kriegerischen Handlung gegenüber irgendeinem Volke.

Die Sowjetunion als sozialistischer Staat ist ebenso wie die volksdemokratischen Länder allein auf eine Politik der Erhaltung des Friedens orientiert; denn nur der Frieden ist die sicherste Gewähr für den Aufbau des Sozialismus, für die Verwirklichung der großen sozialistischen Aufbaupläne, für die fortlaufende Hebung des Wohlstandes der Völker. Infolgedessen war und ist die Politik der Sowjetunion gegenüber Deutschland allein darauf orientiert, daß zwischen diesen beiden großen Völkern ein Zustand des gesicherten Friedens zu schaffen ist, der für alle Zeiten einen Krieg zwischen Deutschland und der Sowjetunion ausschließt.

Es war die Sowjetunion, vor allem ihr großer Staatsmann Stalin, der sich bereits auf der Konferenz in Jalta und später bei den Verhandlungen in Potsdam gegen alle Pläne der amerikanischen, englischen und französischen Imperialisten wandte, die eine Zerstückelung Deutschlands vorsahen, und der selbst gegen den Widerstand der Westmächte im Potsdamer Abkommen durchsetzte, daß das deutsche Volk ein Recht auf seine nationale Einheit besitze, ein Recht auf einen Friedensvertrag, der dem deutschen Volke die Einheit, Freiheit, Unabhängigkeit auf einer friedlichen demokratischen Grundlage gewährt.

Bereits bei den Potsdamer Verhandlungen zog hieraus Stalin die notwendige Folgerung, daß Deutschland nur vorübergehend besetzt bleibt und daß die Besatzungsmächte nur die eine Pflicht haben, der deutschen Bevölkerung bei der Demokratisierung des Landes und ihres Lebens zu helfen.

Auf allen internationalen Konferenzen, auf den Außenministerkonferenzen in Moskau, London und Paris trat die Sowjetunion für die sofortige Schaffung eines Friedensvertrags mit Deutschland ein, nach dessen Abschluß alle Besatzungstruppen Deutschland verlassen müssen. Ja, die Sowjetunion trat auf allen diesen Konferenzen auch dafür ein, daß der Friedensvertrag kein neues Diktat sein dürfe, sondern daß zur Beratung über den Inhalt dieses Friedensvertrags deutsche Vertreter hinzugezogen werden. Wie bekannt, scheiterten alle diese Bemühungen der Sowjetunion, die auf den internationalen Konferenzen auch von den Ländern der Volksdemokratien unterstützt wurden, an dem Widerstand vor allem der amerikanischen Imperialisten, die unter keinerlei Umständen ein einheitliches, demokratisches, friedliebendes und unabhängiges Deutschland zustande kommen lassen wollen.

Das ist die Wahrheit! Doch die Wahrheit zeigt noch mehr. Nachdem auf Befehl der amerikanischen Imperialisten der separate Weststaat geschaffen wurde, die Hauptstadt Deutschlands, Berlin, durch die Amerikaner gespalten wurde, legte die Sowjetunion immer stärkere Bemühungen an den Tag, die für den Frieden unheilvolle Entwicklung zu beenden. Sie begrüßte die Schaffung der Deutschen Demokratischen Republik, unterstützte tatkräftig deren friedlichen Aufbau und alle Bemühungen der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik um eine Verständigung aller Deutschen zur Überwindung der Spaltung Deutschlands und zur Herbeiführung eines einheitlichen demokratischen Deutschlands.

Bereits sechsmal haben sich der Ministerpräsident der Deutschen Demokratischen Republik Otto Grotewohl und die Volkskammer an das Bonner Parlament gewandt, zu gemeinsamen Beratungen zur Klärung aller Widerstände bei der Wiedervereinigung Deutschlands und zur Verständigung über gemeinsame deutsche Schritte zur Lösung der nationalen Lebensfrage unseres Volkes zu kommen. In höchster Verantwortung vor dem Schicksal unserer Nation hat der Präsident der Deutschen Demokratischen Republik, Wilhelm Pieck, sich an den Bundes-

präsidenten Heuss gewandt und ihm mitgeteilt, daß von seiten der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik alle, aber auch restlos alle Hindernisse auf dem Weg der Verständigung weggeräumt sind.

Alle diese Bemühungen um die Verständigung der Deutschen für die Durchführung freier demokratischer Wahlen in ganz Deutschland zu einer Nationalversammlung hat die Sowjetunion begrüßt und unterstützt aus dem einfachen Grunde, weil sie immer und überall den Grundsatz des Selbstbestimmungsrechts der Völker anerkennt.

Es kann darum auch gar kein Zweifel bestehen, daß die von einer gesamtdeutschen Beratung herbeigeführte einheitliche Stellungnahme der Deutschen aus Ost und West jederzeit und immer von der Sowjetunion respektiert wird. Die Wahrheit ist also, daß die Sowjetunion ein wirklicher Freund des deutschen Volkes ist und unser Volk in seinem Kampf um die nationalen Lebensrechte und den Frieden ständig unterstützt und daß darum jeder Versuch Dr. Adenauers, Lehrs und Schumachers, unser Volk gegen den friedliebenden Staat der Welt, gegen die Sowjetunion zu hetzen, das schlimmste nationale Verbrechen bedeutet.

Die Lüge, daß der Osten unsere Sicherheit und unser Leben bedroht, ist nichts anderes als der Deckmantel für die wahren Absichten der Politik der amerikanischen und deutschen Imperialisten, die in ihrer Politik allein auf die Karte der kriegerischen Gewalt neuer Eroberungen zur Durchsetzung ihrer verbrecherischen Weltherrschaftspläne setzen. Wenn die amerikanischen Imperialisten und ihre Nachbeter Adenauer und Schumacher den Völkern weismachen wollen, daß wegen der Unterschiedlichkeit der Systeme der Sowjetunion und der kapitalistischen Welt ein Krieg unausbleiblich sei, so hat ihnen Stalin die klare und eindeutige Antwort gegeben, daß ein friedliches Nebeneinanderbestehen beider Systeme durchaus möglich ist und daß dementsprechend die Sowjetunion einen Friedenspakt zwischen den fünf Großmächten erstrebt, durch den eine allgemeine Abrüstung in der Welt durchgeführt werden soll.

Die Wahrheit ist also, daß in ihren Maßnahmen die Sowjetunion nur allein auf die Erhaltung des Friedens orientiert ist. Auch die Bevölkerung Westdeutschlands hat das Lügengewebe der Amerikaner, Adenauers und auch Dr. Schumachers von der angeblichen Bedrohung durch die Sowjetunion, die Volksdemokratien oder gar die Deutsche Demokratische Republik immer mehr durchschaut. Darum finden solche bürgerlichen Politiker wie Dr. Wirth, Niemöller und Heineemann, die aus eigener Initiative zu friedlichen Verhandlungen in die Sowjetunion bzw. in die Deutsche Demokratische Republik gefahren sind, eine immer größere Zustimmung. Dies um so mehr, als jeder Versuch zur friedlichen Verhandlung auf die großen Möglichkeiten der unmittelbaren Verständigung hinweist. In Furcht vor dieser friedlichen Verständigung haben die Amerikaner mit Zustimmung von Dr. Adenauer in den Zusatzverträgen zum Generalvertrag ausdrücklich eine Bestimmung eingefügt, nach der es den Deutschen verboten ist, irgendwelche Gespräche oder Verhandlungen auf den Gebieten der Außenpolitik oder des Außenhandels zu führen, wenn nicht zuvor die Genehmigung hierzu - von den Amerikanern erteilt worden ist<sup>1</sup>. Dr. Adenauer hat zu all diesen Ungeheuerlichkeiten im Generalvertrag auch heute wiederum nichts gesagt. Hier wird also jedem Deutschen eindeutig klar, daß die amerikanische Politik in Deutschland nur auf die Entfesselung eines neuen Krieges orientiert ist und daß das Mittel hierzu die Antisowjethetze ist.

Wer die Politik der amerikanischen Imperialisten in allen Teilen der Welt, besonders aber auch in Westdeutschland, beobachtet, wird unweigerlich zu folgenden Feststellungen kommen müssen.

---

<sup>1</sup>stimmt das?

Man bereitet hinter dem Rücken des deutschen Volkes gemeinsam mit Dr. Adenauer einen Generalvertrag vor, der formell das Besatzungsstatut ablösen soll, aber in Wirklichkeit das Ende selbst der primitivsten Souveränitätsrechte unseres Volkes bedeutet.

In diesem Generalvertrage, der ein Über-Versailles darstellt, wird die 50jährige Dauerbesetzung festgelegt, wird die Aufstellung einer neuen deutschen Wehrmacht unter dem Kommando des Eisenhowerschen Generalstabs gefordert und angeordnet, daß die neuen deutschen Truppen überall dort in der Welt eingesetzt werden, wo es den Interessen der amerikanischen Kriegsbrandstifter entspricht; das heißt dort, wo die Völker einen Kampf für ihre nationale Unabhängigkeit und Selbständigkeit führen. In diesem Generalvertrage wird ausdrücklich festgelegt; daß die Besatzungsmächte jederzeit das Recht haben, irgendwelche Beschlüsse westdeutscher Organe außer Kraft zu setzen und im Falle des Widerstandes der westdeutschen Bevölkerung mit bewaffneter Hand gegen die Bevölkerung vorzugehen.

So beinhaltet gleichzeitig der Generalvertrag die Vorbereitung einer offenen Militärdiktatur in Westdeutschland. Dr. Adenauer soll hierzu Stellung nehmen!

Aus alledem ergibt sich, daß es im deutschen Volke keinen Zweifel mehr darüber geben kann und darf, daß die amerikanischen und die deutschen Monopolherren ein offenes Kriegsbündnis geschlossen haben, nach dem Westdeutschland Aufmarschgebiet ist und Schlachtfeld für den amerikanischen Krieg werden soll. Wer auch nur einen Funken von Vaterlandsliebe in sich verspürt, ist schon über die Tatsache empört, daß gegenwärtig mehr als 80 000 junge Deutsche in der französischen Fremdenlegion gegen die um ihre Freiheit und Unabhängigkeit kämpfenden Völker eingesetzt werden. Annähernd 20 000 dieser jungen Deutschen sind für die Interessen der französischen Stahlindustriellen in den Tod geschickt worden.

Hierüber aber schweigt sich Herr Dr. Adenauer aus. Die Politik der amerikanischen Imperialisten und ihre Absichten in Westdeutschland schaffen eine einfache, für jeden erkennbare Tatsache deutlich zutage: Als Dr. Adenauer seine Zustimmung zum Generalvertrag gab, stiegen die Börsenkurse in der Wallstreet; als die amerikanischen Imperialisten gezwungen waren, sich in Korea an den Verhandlungstisch zur Vorbereitung eines Waffenstillstandes zu setzen, sanken die Börsenkurse in Amerika. Die großen amerikanischen Finanzblätter zeigten sich offen über die Möglichkeit eines Waffenstillstands in Korea besorgt. Zur Beruhigung dieser amerikanischen Milliardäre schrieb die amerikanische Finanzzeitung „New York Herald Tribune“, daß man in Börsenkreisen keine unnötige Furcht zu haben brauche, denn die amerikanische Politik habe genügend Möglichkeiten, an anderen Stellen der Welt für kriegerische Verwicklungen zu sorgen.

Sie handeln nach der bekannten Devise: Die Kurse steigen, wenn die Soldaten fallen. In diesem Zusammenhang - gestatten Sie mir einige Worte zur Politik Dr. Schumachers, Ollenhauers und Carlo Schmid. Diese Führer der Sozialdemokratischen Partei haben — und daran kann auch die heutige Rede von Herrn Ollenhauer nichts ändern — die gleiche verhängnisvolle kriegerische Konzeption wie die amerikanischen und die deutschen Imperialisten; sie wollen die Massen nur darüber hinwegtäuschen. Ihre Opposition erschöpft sich darum auch nur in Worten wie „höhere Sicherheit“, „gleiches Risiko, gleiche Chancen und gleiche Opfer“. Sie treten offen für einen militärischen Beitrag innerhalb der Eisenhowerschen Armee ein und verkleiden diese ihre Absicht lediglich mit einem „Nein im gegenwärtigen Zeitpunkt“.

Mit vollem Recht versteht die große Mehrheit der sozialdemokratischen Mitglieder eine solche Haltung nicht mehr. Auf vielen Konferenzen haben die Mitglieder und Funktionäre der SPD gefordert, daß die Parteiführung endlich aus dem Zwielficht ihrer Politik heraustrete.

Eine solche Forderung ist mehr als berechtigt; denn es ist für einen ehrlichen Sozialdemokraten unerträglich, bei einer solchen Verschärfung der Lage, wie wir sie gegenwärtig in Westdeutschland haben, über die Pläne seiner Parteiführung im Dunkeln herumzutappen.

Ich habe bereits erklärt: wenn die sozialdemokratischen Parteiführer wirklich eine andere Orientierung in der Politik haben als Eisenhower und Adenauer, dann müßte dies doch irgendwie zum Ausdruck kommen! Aber in der Hauptfrage der deutschen Politik, in der Frage der Herstellung der Einheit Deutschlands auf demokratischer Grundlage, einer gemeinsamen Beratung für die Durchführung freier Wahlen stehen sie auf der Position der Amerikaner und Dr. Adenauers, die auf keinen Fall eine friedliche Verständigung der Deutschen untereinander wollen. Daraus folgt: Wer nicht friedliche Verhandlungen will, der will den Krieg.

Ein Zwischending gibt es hierbei nicht. Viele sozialdemokratische Arbeiter wissen noch nicht, was den Amerikanern und Adenauer schon längst über die Rolle der SPD-Führer als Opposition bekannt ist, nämlich: wenn die Mehrheit gesichert ist, dann in Opposition spielen. Bisher tat Dr. Schumacher immer so, als wenn seine Opposition hauptsächlich darauf basiere, daß er von den Hohen Kommissaren bzw. von Dr. Adenauer über die Einzelheiten der Pläne nicht informiert sei. Aber stimmt das? Schumacher selbst beauftragte seinen Freund vom Hoff, in Paris an der Ausarbeitung des Schumanplans teilzunehmen.

Schumacher war auch damit einverstanden, daß die sozialdemokratischen Minister im Bundesrat für den Schumanplan stimmten.

Schließlich kennen auch Schumacher und Ollenhauer den Wortlaut des Generalvertrages und der Zusatzverträge, wenn nicht durch Dr. Adenauer persönlich, so durch die Verbindungen, die sie selbst haben, oder aber durch die Erklärungen des Generalsekretärs der SED Walter Ulbricht. Ja noch mehr: Dr. Schumacher kennt auch die strategischen Pläne des Eisenhower'schen Generalstabs, er kennt auch die Termine, die die Amerikaner der Adenauer Regierung vorgeschrieben haben. Alles dies ist doch Dr. Schumacher, Ollenhauer und Carlo Schmid aus gezeichnet bekannt; nur verschweigen sie all dieses ihren eigenen Parteimitgliedern und der gesamten Öffentlichkeit, ja sogar den Mitgliedern der eigenen Bundestagsfraktion: Das Nein Schumachers und Ollenhauers zum Wehrgesetz „im gegenwärtigen Zeitpunkt“, wie Herr Ollenhauer in seiner Rede sagte, ist bereits das Ja zum Wehrgesetz von morgen.

Immer mehr durchschauen auch die Massen der Arbeiter das verlogene Gerede, daß man zwar für den Wehrbeitrag sei, aber nur unter der Voraussetzung — wie Herr Ollenhauer es in seiner Rede heute wiederholte —, daß damit die Sicherung des sozialen Lebens verbunden sein müsse. Die Arbeiter wissen aus Erfahrung, daß es keine Butter und gleichzeitig Kanonen gibt.

Dr. Schumacher forderte Verstärkung der Besatzungstruppen. Die Maßnahmen zur Vorbereitung und Durchführung des Wehrgesetzes sind unweigerlich verknüpft mit der weiteren Senkung des Lebensstandards der Arbeiter, der Bauern, der Gewerbetreibenden, der Fabrikanten und der Intelligenz.

Es ist der niederträchtigste Schwindel, den Opfern des vergangenen Krieges einen Lastenausgleich zu versprechen. Nicht Lastenausgleich für den vergangenen Krieg, sondern Belastung für den neuen Krieg — das bringt die Remilitarisierung von Dr. Adenauer mit Unterstützung der rechten SPD-Führer. Mit der Umstellung der westdeutschen Wirtschaft auf die Rüstung, wie sie der Schumanplan vorsieht, werden nicht nur weitgehende Stilllegungen und Kurzarbeit in der gesamten Bedarfsgüterindustrie eintreten, sondern zugleich für alle Arbeiter, Angestellten und Beamten erhebliche neue Lasten. Vor allem wird auch das Tempo der Ausbeutung beschleunigt.

nigt. Nicht nur werden neue Steuern, neue Preiserhöhungen unser Volk erdrücken, sondern im Zeichen des Wehrgesetzes und des Generalvertrages werden die letzten wenigen Reste der demokratischen Rechte, die im Grundgesetz verankert sind, vernichtet. Recht und Gesetzlichkeit haben aufgehört zu existieren, wo man den Krieg vorbereitet.

Das beweist nicht nur die Polizeiaktion gegen die Kommunistische Partei Deutschlands, das beweist auch die offene Drohung des Justizministers Dehler gegen die Gewerkschaften, das beweisen die Lehrschen Polizeiaktionen gegen die Ausschüsse zur Durchführung der Volksbefragung. Alles dies dient nur der Unterdrückung der Stimme des Friedens, damit die schmutzige Kriegspropaganda freie Bahn hat.

Wieder erfährt unser Volk, daß das Gerede gegen den Kommunismus nur der Vorwand ist zur Unterdrückung aller Friedens- und Freiheitsregungen in unserem Volk, der Vorwand für die Aufrichtung einer Militärdiktatur in Westdeutschland. Vor allem sind es die sozialdemokratischen Arbeiter, die heute beginnen, eine Parallele zu ziehen zwischen dem, was sich 1933 ereignete, und dem, was sich heute in Westdeutschland vollzieht. Gestatten Sie mir in diesem Zusammenhang einige Worte zum Antrag der SPD an das Bundesverfassungsgericht betreffend Feststellung der Verfassungswidrigkeit eines Wehrgesetzes. Eigentlich genügt es, wenn ich hier feststelle, was das Organ Adenauers, die „Rheinische Post“ dazu schreibt. Diese Zeitung ist mit dem Antrag der SPD ganz einverstanden und charakterisiert ihn als ein Rückzugsgefecht der SPD-Führung auf dem Wege zur Gleichschaltung ihrer Politik mit Dr. Adenauer.

In der Tat, diese Frage vor ein Bundesgericht zu bringen, heißt die Wurst zum Schinken tragen.

Vielleicht beantwortet Kollege Ollenhauer die Frage, was aus dem Antrag der SPD beim Weimarer Reichsgericht, die Verfassungsmäßigkeit der Absetzung der preußischen Regierung Severing im Jahre 1932 durch einen Leutnant und zwei Mann zu prüfen, geworden ist.

Es ist doch zu offensichtlich, daß dieses ganze Vorgehen nichts anderes bezweckt, als dem Volke Sand in die Augen zu streuen; denn was soll bei dem Schritt der SPD beim Bundesverfassungsgericht überhaupt herauskommen?

Es gibt nur zwei Möglichkeiten: entweder das Bundesverfassungsgericht macht es wie seinerzeit das Reichsgericht und legt die Angelegenheit zu den Akten, bis das Wehrgesetz verabschiedet und der Krieg ausgebrochen ist, oder aber das Bundesverfassungsgericht folgt dem Kommando des Bundesjustizministers Dehler und des Bundeskanzlers Adenauer und beschließt, daß das Wehrgesetz dem Grundgesetz entspricht.

Das hat Dr. Adenauer bereits heute gesagt.

Offenbar wollen das Schumacher und Ollenhauer so, damit sie sagen können: Jetzt hat ja eine der höchsten Instanzen entschieden, und wir haben uns — nicht wahr? — als gute Demokraten diesem Spruch zu beugen!

Das einzige, was Dr. Schumacher und Ollenhauer wollen, ist, daß das deutsche Volk nicht selbst in den Gang der Entwicklung eingreift und auf demokratische Weise sein demokratisches Recht durchsetzt, durch Volksbefragung, Streiks und Demonstrationen Wehrgesetz und Generalvertrag zu verhindern.

Wir sind einer Meinung mit der übergroßen Mehrheit der westdeutschen Jugend, die erklärt, daß sie ihre Entscheidung über das Wehrgesetz bereits getroffen hat, nämlich der Einberufung keine Folge zu leisten.

Wir sind der Meinung, daß die deutschen Frauen und Mütter recht haben, wenn sie sagen: Genug Männer und Söhne unseres Volkes haben ihr Leben im letzten Krieg hingeben müssen; heute verteidigen wir unsere Männer und Söhne, damit sie nicht wieder in die Kasernen ziehen müssen; wir haben unsere Kinder nicht für einen neuen Krieg geboren, sondern damit gesunde Menschen aus ihnen werden.

Die Rede des Herrn Bundeskanzlers verdient zweifellos besonderes Interesse durch das, was er heute wieder nicht gesagt hat.

Seine Methode der Verschleierung ist mittlerweile großen Teilen der Bevölkerung klargeworden. Die Methode des Bundeskanzlers, Geheimkonferenzen zu führen, verwirrende Erklärungen abzugeben und sie am nächsten Tag zu dementieren und die Menschen zu verwirren, ist inzwischen schon sprichwörtlich geworden.

Meine Fraktion hat am 5. Dezember 1949 in fünf Fragen Aufklärung von Dr. Adenauer darüber verlangt, ob die Meldungen der amerikanischen Presse über eine beabsichtigte Remilitarisierung Westdeutschlands richtig seien und ob Dr. Adenauer mit anderen Stellen über die Frage der Remilitarisierung Verhandlungen geführt habe. Darauf antwortete der Kanzler vor dem Bundestag zu allen diesen Fragen mit Nein.

Am 16. Dezember 1949 erklärte Dr. Adenauer vor dem Bundestag, er habe mit niemandem und nirgendwo irgendwelche Gespräche über die Remilitarisierung geführt, und am 25. Januar dieses Jahres teilte er der ausländischen Presse mit, daß er bereits im Jahre 1948, also zu einem Zeitpunkt, zu dem der Bundesstaat überhaupt noch nicht bestanden hat, dem Nazigeneral Speidel den Auftrag gegeben hat, eine Denkschrift zur Aufstellung westdeutscher Truppenverbände auszuarbeiten.

Herr Dr. Adenauer, vielleicht muß jetzt wieder ein kleiner Journalist der Tribüne für Ihren Schnitzer herhalten.

Meine Damen und Herren, die große Gemeinsamkeit der Regierungserklärung und der Rede des Herrn Ollenhauer besteht darin, in unserm Volke den Eindruck zu erwecken, daß es keinen andern Weg gebe, als sich der Politik der amerikanischen Imperialisten unterzuordnen, und daß ein neuer Krieg unvermeidlich sei. Eine neue politische Aktivität in unserm Volke ist aber der Ausdruck dafür, daß die breiten Volksmassen, insbesondere unsere Jugendlichen, um keinen Preis gewillt sind, den Weg in Krieg und Katastrophe zu gehen.

Damit ist in Westdeutschland eine neue Lage geschaffen. Die Arbeiter werden sich ihrer Kraft bewußt. Viele Bauern und große Teile des Bürgertums bangen um das nationale Schicksal unseres Volkes und orientieren sich gleichfalls über einen Ausweg aus der Lage. Dieser Ausweg ist da. Immer mehr Menschen haben ihn erkannt und kämpfen um diesen Ausweg. Er ist ein Weg, der der Würde unseres Volkes entspricht, ein Weg der Ehre, ein Weg, auf dem sich alle ehrlichen, ihr Vaterland liebenden Deutschen finden können und finden werden. Dieser Weg ist einfach und kurz: gesamtdeutsche Beratung für die Durchführung freier, geheimer, demokratischer Wahlen in ganz Deutschland für eine Nationalversammlung.

Wenn Adenauer, Blücher und Ollenhauer erklären, man könne den Weg der Verständigung unter den Deutschen nicht gehen, so erklären sie dies nur, weil sie diesen Weg nicht gehen wollen.

Auch nur der bescheidenste Versuch auf dem Weg zu einer gesamtdeutschen Verständigung wird, dessen kann man sicher sein, unmittelbar große Ergebnisse für den Frieden, die Sicherheit

und die Einheit unseres Vaterlandes haben.

Wer nicht einmal diesen Versuch unternimmt, gibt klar zu erkennen, daß er nur die Orientierung auf den Krieg hat.

Die Regierung und die Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik haben ein Wahlgesetz beschlossen, das auf der Grundlage des Weimarer Wahlgesetzes beruht. Die Volkskammer der DDR hat aus ihrer Mitte 5 Vertreter der verschiedensten Parteien gewählt, mit dem Auftrag, unmittelbar mit den Vertretern Westdeutschlands über ein einheitliches Wahlgesetz für ganz Deutschland zu verhandeln. Dementsprechend wandte sich die Volkskammer der DDR mit dem Ersuchen an den Bundestag, ebenfalls 5 Vertreter zur Beratung über ein einheitliches Wahlgesetz zu delegieren. Regierung und Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik lassen keinen Zweifel darüber, daß die Durchführung der Wahl in ganz Deutschland unter vollkommen gleichen Bedingungen erfolgen muß. Der stellvertretende Ministerpräsident der DDR, Walter Ulbricht, erklärte auf einer Pressekonferenz vor der in- und ausländischen Presse in Berlin, daß es keinerlei Schwierigkeiten auf Seiten der DDR gebe, wenn die Vertreter der demokratischen Parteien und Organisationen Westdeutschlands in Städten und Dörfern der DDR zu den Wählern sprechen und umgekehrt in Westdeutschland. Es steht außer Zweifel, daß in einer gesamtdeutschen Beratung alle Fragen, alle Schwierigkeiten, die eventuell noch der Durchführung freier Wahlen in ganz Deutschland im Wege stehen, beseitigt werden können. Im gleichen Augenblick, in dem eine solche gesamtdeutsche Beratung stattfindet, ist der erste und entscheidende Schritt zur friedlichen Lösung aller deutschen Lebensfragen getan.

Was bedeutet eine freie und geheime Wahl zu einer deutschen Nationalversammlung? Sie bedeutet, daß aus der freien Entscheidung unseres Volkes heraus unser Vaterland der ganzen Welt seinen einheitlichen Willen zum Frieden, zur Demokratie, zur Freiheit und zur Völkerfreundschaft bekunden kann. Die Wahl zu einer Nationalversammlung, der frei gewählten Gesamtvertretung des deutschen Volkes, ist die entscheidende Grundlage für die Schaffung eines Friedensvertrages mit Deutschland, der unserem Volk seine nationale Einheit, seine nationale Unabhängigkeit und seine Rechte auf eine friedliche nationale Entwicklung garantiert. Dieser neue einheitliche, demokratische, unabhängige und friedliebende Staat wird niemals ein Spielball in den Händen imperialistischer Kriegstreiber sein. Das ganze Volk kann gewiß sein, daß, wenn es diesen Weg beschreitet, es in wachsendem Maße die Unterstützung aller friedliebenden Menschen der Welt haben und auf diese Weise ein wirklich gleichberechtigtes Glied unter allen friedliebenden Völkern darstellen wird. Für diesen Weg, den Weg des Friedens, kämpfen wir Kommunisten. Darum wollen Eisenhower, Adenauer und Lehr unsere Partei verbieten; sie wissen, daß die Kraft, die ganze Stärke unserer Partei darin besteht, daß wir dem ganzen deutschen Volk den Ausweg aus der Lage, aus der drohenden Katastrophe zeigen.

Darum sind wir bereit zur Zusammenarbeit mit allen ehrlichen patriotischen Deutschen, unabhängig von der Weltanschauung und sonstigen Differenzen. Zur Rettung unserer Nation erstreben wir ein festes Bündnis mit allen Schichten unseres Volkes, die den Frieden und die Einheit unseres Vaterlandes herbeisehnen. In Tausenden von Versammlungen und Entschließungen fordern die Arbeiter, die Gewerkschaftsmitglieder, die Bauern, die Verbände der Kriegsbeschädigten, die jungen Deutschen in den verschiedensten Organisationen: das Wehrgesetz muß fallen! Das Wehrgesetz verhindern aber heißt: Sturz der Adenauer Regierung.

Hinweg mit der Adenauer-Regierung, mit einer Regierung, die den Willen unseres Volkes mißachtet, mit einer Regierung, die alle Lebensrechte und nationalen Interessen unseres Volkes preisgibt! Fort mit einer Regierung, die im Interesse des Wehrgesetzes und des Generalvertrags

sowie des Krieges eine Militärdiktatur in Westdeutschland vorbereitet! In dieser entscheidenden Stunde gebe ich den Willen der Millionen deutscher Männer und Frauen und Jugend kund, indem ich beantrage, daß die Regierung Adenauer sofort zurückzutreten hat.

Die Adenauer-Regierung muß fallen, damit Deutschland leben kann!

## 2.8 Dr. Adenauer, Bundeskanzler:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Alle Angaben des Herrn Abgeordneten Reimann über den Inhalt des Generalvertrags waren unrichtig.

## 2.9 Majonica (CDU)

Ich glaube, daß wir deshalb ein Recht haben, als junge Menschen zu diesem Problem zu sprechen. Herr Reimann, Sie haben die deutsche Jugend angesprochen. Aber ich glaube nicht, daß die deutsche Jugend in Ihrem Lager steht, und deshalb haben wir ein Recht, zu diesem Problem Stellung zu nehmen. Wie ist nun unsere Stellung? Wir werden die Entscheidung, die zu fällen ist, nicht leichtfertig treffen, sondern wir werden zu dieser Frage in sehr großer Verantwortung und mit sorgfältiger Überlegung Stellung nehmen müssen.

Das Ja gilt nicht für eine leichtfertige Remilitarisierung — wir halten nichts von diesen Phrasen, mit denen man uns früher gefüttert hat, daß der Krieg das Stahlbad der Nation sei —, sondern wenn wir ein Ja zu dieser Entscheidung sagen, dann deshalb, weil es die Sicherung der Zukunft gerade auch der jungen Generation der Deutschen bedeutet, die wir vor den Gefahren sichern wollen, die Sie in dieser Situation heraufbeschworen haben.

Wir stehen - wir wollen es nicht verhehlen — in einer Situation des internationalen Bürgerkriegs. Auf der einen Seite Freiheit und Menschenwürde, auf der anderen Seite Unfreiheit und Menschenverachtung. In dieser Situation bedarf es eines Instruments, um die Menschenwürde, um die Zukunft unseres Volkes, um die Zukunft der Jugend dieses Volkes zu sichern, nicht eines Instruments überholter Staats- und Machtpolitik, sondern eben eines politischen Instruments zur Sicherung des Lebens, so wie wir es uns denken und wie wir es wollen.

## 2.10 Kiesinger (CDU)

Erlauben Sie mir einmal, nicht nur die Zeitungen zu lesen, sondern die Stimme eines Mannes zu zitieren, der schon im Jahre 1835 den Zeitungslesern von damals ein warnendes Wort zugerufen hat; es war der geniale junge Franzose Alexis de Tocqueville, der folgendes gesagt hat: Zwei Völker gibt es heute auf der Welt, die, von verschiedenen Ursprüngen her, sich demselben Ziel zu nähern scheinen:

Es sind die Russen und die Amerikaner. Beide haben sich sozusagen im Verborgenen entwickelt, und während die Aufmerksamkeit der Völker auf andere Gegenstände gerichtet war, haben sie sich plötzlich auf die ersten Ränge unter den Völkern gesetzt. . . . Alle anderen Völker scheinen ungefähr die ihnen von der Natur vorgezeichneten Grenzen erreicht zu haben, . . . sie aber stehen noch im Wachstum, . . . gehen leichten und raschen Schrittes einen Weg, dessen Ende das Auge noch nicht zu erkennen vermag. Um sein Ziel zu erreichen, stützt sich der eine auf das persönliche Interesse, läßt Kraft und Verstand schalten, ohne ihnen Vorschriften zu machen. Der zweite konzentriert in einem einzigen Menschen die gesamte Macht des Staates. Der eine hat

als Mittel des Handelns die Freiheit, der andere die Knechtschaft. Ihr Ursprung ist verschieden wie ihre Wege, und doch scheint jeder von ihnen nach einem geheimen Plan der Vorsehung berufen, eines Tages in seinen Händen die Geschicke der halben Welt zu halten.

Das deutsche Volk hat nach 1945 ganz gewiß seinen Willen bekundet: Nie wieder Militarismus alten Schlages! Wir können diesen Militarismus alten Schlages nicht getrennt von dem betrachten, was mit dem Jahre 1945 nach unserer festen Überzeugung auf Nimmerwiederkehr untergegangen ist. Was ist denn untergegangen? Untergegangen ist die Welt des alten nationalen Machtstaates; untergegangen ist die Welt der nationalen und machtpolitischen Anarchie und all das, was dazu gehörte. Dazu gehörte auch eine ganz bestimmte Art der Wehrverfassung, eine ganz bestimmte Art des Heeresgeistes, des Soldatengeistes und was damit zusammenhängt. Die nationalen Heere waren Instrumente der nationalstaatlichen Machtpolitik, jener Machtpolitik, die auf Expansion, Macht, Ehre, Ruhm aus war; sie hat Form, Gehalt und Geist jener Heere bestimmt. Es war Preußens Gloria, und Frankreichs Gloire, die im Jahre 1945 endgültig verschieden sind.

Wir sind in eine neue Epoche eingetreten. Daran glauben alle, denen es um die Zukunft der Menschheit heute ernst ist. Diese neue Epoche heißt nicht mehr nationalstaatliches Gegenüber, heißt nicht mehr ewiger europäischer Bürger- und Bruderkrieg, sondern sie heißt: Gemeinschaft der freien Völker.

Solange wir nicht in einer Welt leben, in der das Lämmlein friedlich neben dem Wolf grasen kann, muß eine solche Gemeinschaft darauf bedacht sein, sich zu wehren, wenn es nottut, gegen diejenigen, die sie nicht dulden wollen. Wenn also heute daran gedacht ist, daß das deutsche Volk in dem Gesamtgefüge einer internationalen, einer übernationalen, einer europäischen und darüber hinausreichenden Verteidigungsgemeinschaft einen Wehrbeitrag leistet, so ist das etwas ganz und gar Neues und hat mit „Remilitarisierung“ auch nicht das geringste zu tun.

## 2.11 Dr. Tillmanns (CDU)

Auf dieser ideologischen Grundlage ist die Politik der Sowjetunion in Deutschland, nachdem sie in unser Land einmarschiert war, begonnen worden. Sie hat zunächst geglaubt, daß sie ihre Herrschaft mit politischen Mitteln erringen und festigen könne. Sie hat deswegen die Aufrichtung der bolschewistischen Herrschaft in der Sowjetzone Deutschlands zunächst mit verhältnismäßig wenig Anwendung von Gewaltmitteln betrieben, dann aber, als sich Widerstände zeigten, immer mehr Gewalt angewandt, um die an sich feststehende Erwartung, der Kommunismus werde die Macht erringen, zu verwirklichen. Im übrigen Deutschland und in den übrigen Teilen Europas hat die sowjetische Politik in der gleichen Zeit alles getan, um die gesellschaftliche Ordnung weiter zu zerrütten — z. B. in der Deutschen Bundesrepublik durch das Hineinschicken von 9 Millionen Flüchtlingen — in der Hoffnung, daß sich in dieser Elendssituation die Frucht des Bolschewismus entwickeln werde.

Zu der Zeit, als wir im Hauptvorstand der Christlich-Demokratischen Union der Sowjetzone — Jakob Kaiser und andere Freunde — politische Verantwortung trugen, haben wir einmal mit dem damaligen Chef der politischen Verwaltung der sowjetischen Militäradministration, Oberst Tulpanow, eine hochinteressante Unterredung gehabt. In dieser Unterredung hat Herr Tulpanow versucht, uns klarzumachen, daß wir doch geradezu wahnsinnig seien, wenn wir uns mit der westlichen Welt verbündeten, denn diese westliche Welt, vor allen Dingen die Vereinigten Staaten von Amerika, würden sicher im Strudel der kapitalistischen Krisen zugrunde gehen.

Und er sagte uns damals, Ende 1946: Spätestens im Jahre 1948 kommt die große Arbeitslosigkeit, kommt die große Wirtschaftskrise in den Vereinigten Staaten, und dann gehört der Westen uns! Auf die Frage des heutigen Bundesministers für gesamtdeutsche Fragen an Herrn Tulpanow, was denn passiere, wenn diese Erwartung sich nicht erfülle, lachte Herr Tulpanow zunächst, und nach einiger Überlegung sagte er: Ja, wissen Sie, dann, dann werde ich Mitglied der Christlich-Demokratischen Union! Meine Damen und Herren, was ich hier sage, ist höchster Ernst, nur in scherzhafter Form ausgedrückt. Dann, wollte Herr Tulpanow sagen, ist euer Glaube richtig und meiner falsch!

Davon muß unsere Gesamtbetrachtung des Problems ausgehen. Die Erwartung, die Durchsetzung der Macht der Sowjets in Deutschland und Europa werde sich allein mit politischen Mitteln vollziehen, hat sich nicht erfüllt!

Seit mindestens zwei Jahren wissen die Sowjets, daß sie ihr Ziel in Deutschland mit rein politischen Mitteln nicht mehr erreichen. Die entscheidende Frage ist die, ob die Politik der Sowjetunion in der Form dieser ständigen Verstärkung des Druckes eines Tages auch zu dem Mittel der bewaffneten Intervention in Europa greift.

Die Sowjetunion wird trotz des deterministischen Charakters ihrer Doktrin eines Tages doch der Versuchung verfallen, es auch in Europa mit Gewaltmitteln zu versuchen, wenn sie glaubt, daß das für sie kein Risiko bedeutet, d. h. wenn sie glaubt, daß die Anwendung der Gewalt in Deutschland und Europa nicht zu einem neuen Weltkrieg, nicht zu einem Krieg mit den Vereinigten Staaten von Amerika führen wird. Daraus ergibt sich die gemeinsame Aufgabe der westlichen Völker, das Risiko für einen solchen Schritt der sowjetischen Politik so groß zu machen, daß sie ihn nicht tun können. Dieses gemeinsame Unternehmen ist nur möglich im Zusammenwirken mit den Vereinigten Staaten von Amerika und den Atlantikpaktmächten.

Das einzige Ziel dieser sowjetischen Politik besteht darin, die gemeinsame Verteidigung zum Auseinanderbrechen zu bringen, der Politik der Vereinigten Staaten von Amerika in Europa den Boden zu entziehen. Wenn heute gesagt wurde, daß es ausgeschlossen sei, daß sich die amerikanische Politik ändere und daß Amerika sich eines Tages von Europa zurückziehen könne, so mag das im Hinblick auf die heutigen Politiker in den Vereinigten Staaten richtig sein. Aber ich glaube, wir dürfen diese Frage nicht so leichtfertig behandeln. Wir müssen uns doch darüber klar sein, daß die heutige Politik der Vereinigten Staaten, die Europa und Deutschland in die Verteidigungsanstrengungen einbezieht, große wirtschaftliche und finanzielle Anstrengungen vom amerikanischen Volk verlangt, daß sie vor allem auch eine seelische Belastung mit sich bringt. Oder glauben Sie, daß die junge Generation in den Vereinigten Staaten von Amerika mehr Lust hat, Soldat zu spielen, als unsere Jugend?

Glauben Sie etwa, daß die Mütter in Amerika so glücklich darüber sind, daß ihre Söhne an der Weser Soldat sein sollen? Glauben Sie, daß der Schutz der USA auf die Dauer aufrechtzuerhalten ist, wenn wir nein sagen? Der ganze Sinn unseres Verteidigungsbeitrages besteht darin, diesen Schutz festzuhalten.

Selbstverständlich bemüht sich die Sowjetunion mit allen Mitteln, die gemeinsame Verteidigungsfront der freien Völker zu verhindern und es so weit zu bringen, daß die Vereinigten Staaten von Amerika ihre Politik der Verteidigung Europas aufgeben müssen. Dann wird ein Angriff der Sowjetunion auf Europa risikolos werden, weil eben der gemeinsame Schutz der westlichen Welt nicht mehr über Europa steht. Der Frieden kann nur erhalten werden, wenn wir durch gemeinsame Verteidigung verhindern, daß es dahin kommt.

Vor einem solchen Gegner müssen wir zu einer ganz anderen, Betrachtung unserer Aufgabe kommen.

Der Tag der Wiedervereinigung kommt um so eher, je geschlossener wir mit den übrigen Völkern Europas zusammenstehen. Jede Uneinigkeit hier unter uns, jedes Auseinandergehen und Gegeneinandergehen schiebt den Tag der Wiedervereinigung Deutschlands hinaus.

Man macht den Einwand, daß diese unsere Politik eine unerhörte Belastung der Menschen in der Sowjetzone bedeute. Das ist ein ernster Einwand, und wir wissen, daß das tatsächlich der Fall ist. Aber ich habe in den letzten Wochen und Monaten, in denen ich vielfach Gelegenheit hatte, mit Deutschen aus der Ostzone zu sprechen, niemand gefunden, der nicht gesagt hätte: Und wenn es für uns noch eine Zeit weiterer Opfer und Bedrängnisse wird, wir wissen, daß es nur diesen einen Weg gibt, daß ihr euch mit den übrigen Völkern der freien Welt zusammenfindet, um uns eines Tages die Freiheit zu erwirken. Ich meine, darauf sollten wir hören.

### **3 Deutscher Bundestag — 191. Sitzung. Bonn, Freitag, den 8. Februar 1952**

#### **3.1 Dr. Kather (CDU)**

Bei der Frage, die wir in diesen Tagen hier behandeln und die wir in einigen Monaten zu entscheiden haben werden, spielt die Hauptrolle die Gefahr aus dem Osten. Sie ist ausschlaggebend für die Entscheidung, die wir zu treffen haben.

Ich glaube, daß die aus dem Osten vertriebene Bevölkerung der Bundesrepublik dabei ein Wort mitzusprechen hat. Schon die Tatsache, daß 15 Millionen Deutsche aus ihrer angestammten Heimat vertrieben worden sind, zeigt eindeutig die Größe und die Furchtbarkeit dieser Gefahr.

Es sind schwere Besorgnisse, die dieses Problem für die Vertriebenen aufwirft. Da ist einmal die Frage: Was wird aus unserer Heimat? Es ist in der Debatte bisher nicht zu viel vom Saargebiet gesprochen worden, aber doch wohl etwas zu wenig von unserer Heimat, und es ist meine Aufgabe, dieses Thema hier anzuschneiden. Wir wissen, daß die Haltung der Vertriebenen zu dieser Frage im Ausland Besorgnis auslöst, ganz besonders in Frankreich, wo man sich sagt: Unsere Soldaten wollen nicht für Königsberg sterben. Die Vertriebenen sagen: Wir wollen nicht für Potsdam oder Yalta sterben, und ich glaube, der Zustimmung der überwältigenden Mehrheit aller Vertriebenen sicher zu sein, wenn ich sage: für diese Frage soll überhaupt niemand sterben!

Die Vertriebenen wünschen keinen Krieg, auch nicht um den Preis der Wiedergewinnung ihrer Heimat. Das ist keine Äußerung ad hoc. Ich verweise auf die Charta der deutschen Vertriebenen, in der es heißt: „Wir verzichten auf Rache und Vergeltung“, und dieser Verzicht, der gleichzeitig die Wiedereroberung unserer Heimat mit Waffen ablehnt, ist endgültig.

Aber ebenso endgültig ist, daß wir unser Recht auf die Heimat nicht preisgeben wollen und nicht aufhören werden, dieses Recht mit friedlichen Mitteln zu suchen.

Wir sind uns seit langem darüber einig geworden, daß der Weg zur friedlichen Wiedergewinnung der Heimat über Europa führt. Als wir vor einigen Wochen in Hannover den Bund der vertriebenen Deutschen gründeten, da stand diese Tagung unter dem Wort „Für Heimat, Deutschland und Europa“.

### 3.2 Thadden (Fraktionslos)

Nein, das ist kein gefährliches Zitat. Es ist dringend notwendig, daß das Gefühl der Gleichberechtigung auch in waffenmäßiger Hinsicht rechtzeitig und frühzeitig geschaffen wird. Wir haben einmal davon gehört, daß mangels Masse die Amerikaner vielleicht auch genötigt sein könnten, uns Sherman-Panzer hierher zu bringen. Meine Damen und Herren, seien Sie sich bitte darüber im klaren: In solche Dinger setzt sich ein deutscher Soldat, der den Krieg hinter sich gebracht hat, nicht rein, und zwar deshalb, weil, angesichts der überlegenen Qualität der russischen Panzer, er Befürchtungen hat, sich hineinzusetzen. Diese Dinge müssen vorher klar gestellt sein, ehe man verlangen kann, daß deutsche Menschen mit dem notwendigen inneren Schwung an einen Verteidigungsbeitrag herangehen.

Lassen Sie mich einen Satz noch sagen zum Thema Kriegsdienstverweigerung. Meine Damen und Herren von der SPD, Ihre Argumentation steht meines Erachtens deswegen auf wackeligen Füßen, weil, wenn man von einem Recht der Kriegsdienstverweigerung mit der Waffe aus Gewissensgründen spricht, dieses implizite die Pflicht zum Kriegsdienst voraussetzt. Hätten Ihre Leute, die im Parlamentarischen Rat bei der Schaffung des Grundgesetzes mitgewirkt haben, sich nicht diesen Zacken abgebrochen und gar nichts über dieses Thema ins Grundgesetz hineingeschrieben, dann wäre darüber zu diskutieren, ob nun eine Zweidrittelmehrheit notwendig ist oder nicht. Wir sind aber der Auffassung, daß es sich hier weniger um eine Wehrpflicht als vielmehr um ein Naturwehrrecht eines jeden Volkes handelt, und wenn es ein Naturwehrrecht eines jeden Volkes gibt, dann sollte es wohl möglich sein, hier nun die gesetzlichen Grundlagen zu schaffen, auf denen eben eine den Zeitläuften angepaßte moderne Kriegsdienstpflicht errichtet werden kann.

### 3.3 Dr. Arndt (SPD)

Die deutsche Sozialdemokratie hat sich noch zu keiner Stunde der Einsicht versagt, daß der freie Teil des deutschen Volkes eine seinen Kräften angemessene und ihm zumutbare Last der Verteidigung auf sich nehmen müsse. Gerade mein Parteifreund Schumacher hat sich als erster nicht gescheut, die keineswegs sehr populäre Forderung sogar nach einer Vermehrung der Besatzungstruppen in Deutschland zu erheben, obwohl wir wissen, welche harte Last das für die Bevölkerung bedeutet. Aber wir wissen auch, daß die Freiheit des Westens auch unsere Freiheit ist und man sich seine Freiheit nicht als ein Almosen bewahren kann. Weder aber ist damit erwiesen, daß unser Beitrag zur Verteidigung allein oder mindestens am besten in Soldaten bestünde, noch ist es stichhaltig, durch das doch so gefährliche Argument der Panik glauben zu machen, die amerikanische Sicherheitspolitik hinge von einigen deutschen Divisionen ab, die ohnehin noch Jahre brauchen würden, um eine Kampfkraft zu werden. Denn es gibt keine amerikanische Politik, die in der Lage wäre, Deutschland und Europa aufzugeben. Die Weltgeltung Amerikas, seine eigene Sicherheit und seine Position gegenüber dem Weltkommunismus lassen das nicht zu.

Meine Damen und Herren, fürchten Sie denn die Neuwahlen. da ja doch Herr Kiesinger uns gestern so gepriesen hat, wie der Herr Bundeskanzler in zweijähriger Arbeit mühsam Schritt für Schritt den Kredit der Welt zurückgewonnen habe? Warum scheuen Sie denn, sich das vom Volke bestätigen zu lassen?

Meiner Meinung nach aber hat seine Politik nicht einmal Kredit in seinem eigenen Volke gefunden, geschweige denn in der Welt.

Denn im Volk mißtraut man insbesondere dem noch in soviel unheildrohendes Dunkel gehüllten Generalvertrag, über den mein Kollege und Freund Carlo Schmid, soweit wir unterrichtet sind, noch einiges zu sagen haben wird, mißtraut man dem Generalvertrag und seinen Annexverträgen und sieht in der langen Kette der Demütigungen, vom Fall Kemritz<sup>2</sup> angefangen über das Verbot der Remontagen, die Enteignung der deutschen Auslandsvermögen, die Fremdenlegion der sogenannten Dienstgruppen bis zu den letzten Brückierungen an der Saar hin: die Ergebnislosigkeit gerade dieser Außenpolitik.

Ergebnislos deshalb, weil sie in ihrem Ansatz falsch war. Denn diese Außenpolitik hat versäumt, zwischen der Liquidierung des letzten Krieges und der Fundierung einer gemeinsamen Zukunft klar zu unterscheiden und deutlich zu machen, daß für uns die innere und äußere Freiheit sowie die soziale Fundamentierung unteilbare und unabdingbare Voraussetzungen eines bewaffneten Beitrags sein müssen, also der Wehrbeitrag für uns kein Akt der Wiedergutmachung sein kann. Jetzt müssen wir deshalb von Frankreich den Vorwurf der Erpressung hören.

### 3.4 Dr. Adenauer, Bundeskanzler

Herr Dr. Arndt hat dann die Behauptung aufgestellt, ich hätte mich durch ein Schreiben an die Hohe Kommission vom 29. August 1950 zu militärischen Leistungen bereit erklärt. Ich habe mir in der Zwischenzeit dieses Memorandum vom 29. August holen lassen

1. Die Entwicklung im Fernen Osten hat innerhalb der deutschen Bevölkerung Beunruhigung und Unsicherheit ausgelöst. Das Vertrauen, daß die westliche Welt in der Lage sein würde, Angriffshandlungen gegen Westeuropa rasch und wirksam zu begegnen, ist in einem besorgniserregenden Ausmaß im Schwinden begriffen und hat zu einer gefährlichen Lethargie der deutschen Bevölkerung geführt.
2. Der ganze Ernst der Situation ergibt sich aus der Betrachtung der in der Ostzone versammelten sowjetischen Kräfte und der dort in beschleunigtem Aufbau befindlichen Volkspolizei. Nach bestätigten Informationen befinden sich im Raum der Ostzone an sowjetischen Truppen zur Zeit 2 Armeen schneller Truppen mit zusammen 9 motorisierten Divisionen, 4 Panzerarmeen mit zusammen 13 Divisionen, insgesamt also 22 motorisierte und Panzerdivisionen.

Die Divisionen, zu 10- bis 12 000 Mann gerechnet, sind personell voll aufgefüllt und verwendungsbereit auf den Sommerübungsplätzen versammelt. Sämtliche Führungsstäbe sind vorhanden. Die Mobilmachungsausrüstung, Munition, Betriebsstoff, Fahrzeuge, Marschverpflegung usw. ist in den Händen der Truppe, die innerhalb 24 Stunden in Marsch gesetzt werden kann. Diese sowjetischen Armeen stehen auf der Linie Neustrelitz — Döberitz — Berlin — Wittenberg (Elbe) — Grimma — Harz.

Der Aufmarsch zeigt in vorderer Linie die motorisierten schnellen Truppen, dahinter in zweiter Linie die schweren Panzerverbände mit dazwischenliegenden besonderen Artillerie- und Flak-einheiten. Dieses Bild muß als ein ausgesprochener Offensivaufmarsch bezeichnet werden.

Die Zahl der einsatzbereiten Panzer muß mit 5000 bis 6000 angenommen werden.

Die sowjetische Jagdflugwaffe befindet sich in rasch zunehmender Umbewaffnung auf Turbo-Jäger modernster Bauart. Bei gleichbleibendem Tempo der Umbewaffnung muß zur Zeit mit

---

<sup>2</sup><https://www.zeit.de/1951/25/der-fall-kemritz>

300 Turbo-Jägern, Ende September mit etwa 500 gerechnet werden. Der Ausbau der Jägerflugplätze in der Ostzone für die Benutzung durch Turbo-Jäger ist bereits weitgehend durchgeführt. Im Raum südlich Berlin werden zur Zeit mehrere Flugplätze mit Startbahnen für Langstreckenbomber ausgestattet. Aus dieser Tatsache kann auf die sowjetische Absicht geschlossen werden, demnächst auch Verbände der strategischen Luftwaffe, die bisher im Innern Rußlands versammelt waren, in die Ostzone vorzuziehen.

Dies würde als weiteres ausgesprochenes Zeichen offensiver Absichten gewertet werden müssen.

Neben diesen außerordentlich starken sowjetrussischen Kräften macht der Aufbau der Volkspolizei in der Ostzone in den letzten Monaten besondere Fortschritte. Dabei ist ihre Entwicklung von der Polizei zur Polizei-Armee bemerkenswert. In den letzten Monaten wurden zirka 70 000 Mann aus der allgemeinen Polizei der Ostzone herausgelöst, in militär-ähnlichen Formationen organisiert und militärisch ausgebildet.

Diese aus dem allgemeinen Polizeiverband gelösten Einheiten sind in Bereitschaften und Schulen gegliedert. Ende Juli wurden bereits 12 000 Mann in die neue erdgraue Felduniform eingekleidet. Die Bereitschaften der Volkspolizei, von denen zur Zeit 45 in allen Einzelheiten erfaßt sind, umfassen jede etwa 1000 Mann. Sie erhalten weder polizeiliche Ausbildung noch ist ihr polizeilicher Einsatz geplant; vielmehr werden sie ausgesprochen militärisch ausgebildet.

Es sind ferner mit allen Einzelheiten erfaßt 15 Waffenschulen. Weitere Schulen befinden sich im Aufbau. Diese Schulen dienen der Ausbildung von Unterführern und Offizieren. Sie besitzen jede eine Stärke von 1000 bis 1500 Mann. Es bestehen außerdem Spezialeinheiten für die Ausbildung höherer Führer, von Propagandaoffizieren und für die Ausbildung an schweren Waffen. Diese Schulen bilden das Kernstück dieser Polizei-Armee. Die Bewaffnung der Volkspolizei-Bereitschaften besteht überwiegend aus leichten Infanteriewaffen. Eine volle Motorisierung ist geplant, jedoch mangels Materials noch nicht durchgeführt. Die Planung für die Weiterentwicklung der Volkspolizei sieht eine Gliederung in 5 Gruppenkommandos zu je 2 Gruppen, eine Panzerdivision und eine motorisierte Infanterie division vor. Die Gruppen werden nach dem vorgesehenen Organisationsschema genau das Aussehen sowjetischer Heeresdivisionen tragen.

Als Gegenkräfte stehen in Westdeutschland diesem Gegner je 2 amerikanische und britische Divisionen und einige französische Verbände gegenüber. Die Bundesregierung verfügt, wenn man von den schwachen Kräften des Zollgrenzdienstes absieht, über keine Kräfte. In der britischen Zone gibt es eine Polizei, die auf kommunaler Basis organisiert ist. Sie ist weder einheitlich ausgebildet noch einheitlich ausgerüstet. Sie besitzt keine angemessenen Waffen. Sie verfügt lediglich über eine beschränkte Zahl von Pistolen und einige Karabiner. Automatische Feuerwaffen, insbesondere Maschinenpistolen, fehlen, da sie nicht zugelassen sind. In den Ländern der amerikanischen und französischen Zone gibt es eine Polizei, die teilweise staatlich organisiert ist. Sie ist aber in kleinste Gruppen zu je 4 bis 5, höchstens 10 Mann über das jeweilige Landesgebiet verteilt. Ihre Bewaffnung und Ausbildung ist ähnlich derjenigen der Polizei in der britischen Zone. Für einen Einsatz gegen einen Eingriff der Volkspolizei sind die Polizeikräfte völlig unzureichend, da sie, zahlenmäßig schwach, weder über eine entsprechende Waffenausbildung noch über Ausbildung in geschlossenem Einsatz verfügen. Sie sind auch nicht in der Lage, einen wirksamen Schutz an der Ostzonengrenze zu bilden, die in ihrer außerordentlichen Länge besondere Anforderungen stellt. Das Problem der Sicherheit des Bundes stellt sich zunächst unter dem äußeren Gesichtspunkt. Die Verteidigung des Bundes nach außen liegt in erster Linie in den Händen der Besatzungstruppen. Der Bundeskanzler hat wiederholt um die Verstärkung dieser Besatzungstruppen gebeten und erneuert diese Bitten hiermit in dringendster

Form; denn die Verstärkung der alliierten Besatzungstruppen in Westeuropa kann allein der Bevölkerung sichtbar den Willen der Westmächte kundtun, daß Westdeutschland im Ernstfall auch verteidigt wird.

Der Bundeskanzler hat ferner wiederholt seine Bereitschaft erklärt, im Falle der Bildung einer internationalen westeuropäischen Armee einen Beitrag in Form eines deutschen Kontingents zu leisten.

### 3.5 Dr. Schäfer (FDP)

Und die allgemeine Tendenz, die erregt werden muß, das ist die Einsicht in unsere eigene geschichtliche Situation. Hier gibt es zwei Wege zu unterscheiden, zwei Gänge der Entwicklung, die sich gegenwärtig überschneiden. Es geht auf der einen Seite darum, aus dem Abgrund, in den uns ein furchtbares Schicksal gestürzt hat, herauszukommen zu einer eigenstaatlichen Entwicklung, zu einer selbständigen und freien Volksordnung nach unseren eigenen Überlegungen; auf der anderen Seite gilt es, die Sicherheit für eine solche freiheitliche Entwicklung unseres eigenen Volkes nicht nur durch Bekenntnisse und papierne Deklamationen zu erreichen, sondern sie zu sichern, indem wir sie hineinstellen in die Solidarität einer kollektiven Sicherheit der freien Welt.

An diesem Schnittpunkt der Entwicklung stehen wir, und um sie hat die Auseinandersetzung zu gehen.

### 3.6 Frau Brauksiepe (CDU)

Wenn ich in dieser Stunde dem so erregten Gespräch der Männer als Frau etwas hinzufügen möchte, dann darum, weil der Bundestag an dem inneren Kampf zwischen Herz und Verstand, der sich in den letzten Wochen in unzähligen Frauenherzen entsponnen hat, am Widerstreit der Gedanken und Gefühle nicht vorübergehen kann und weil ich der Meinung bin, daß das Ja zum kleineren Übel nicht nur von den Männern gesprochen werden muß.

Die Frauen sind zu allen Zeiten, vor allem aber an den Kreuzpunkten ihrer Geschichte, die unsichtbaren Pfeiler der Geschichte gewesen, von deren Tragfähigkeit unendlich viel abhängt, mehr, als man sich seit der letzten Bundestagsdebatte im November 1950 offenbar hier klargemacht hat. Damals wie heute verfolge ich mit steigender Erregung, wie man sich landauf, landab und wiederholt auch bei den Neinsagern dieses Hauses von der ursprünglichen Frage entfernt und wie sich diese Verlagerung von dem absoluten Ausgangspunkt in unserem Volke bereits verhängnisvoll auswirkt. Meine Herren und Damen! Man soll uns Frauen nicht fragen, welchen Beitrag wir zum Krieg zu geben bereit sind, sondern was wir für den Frieden zu geben bereit sind.

Erst wenn wir von dieser Ausgangsfrage her den tiefen Sinn der Sicherung des Friedens, vor allem aber des friedendienenden Verteidigungsinstruments aufhellen, dann werden sich auch die zaghaftesten unter den Frauen wieder ihrer Tapferkeit entsinnen, die immer dann in den Herzen der Frauen aufgebrochen ist, wenn' sie von tiefem Erbarmen mit der Not ihres Volkes erfüllt waren. Stattdessen — und das bedaure ich auf das tiefste — hat man hier versäumt, früh genug und klar \_genug der Infiltration der Angstpropaganda von der anderen Seite ein kontinuierliches und gelassenes Aufklären entgegenzusetzen, eine Informationsarbeit entgegenzusetzen, die von vornherein Klarheit auch bei den zaghaften Frauen geschaffen hätte; statt dessen hat man es

zugelassen, daß eine geradezu babylonische Sprachverwirrung um sich gegriffen hat, daß man mit gleichen Vokabeln im doppelten Sinn arbeitet, daß man mit abgewerteten Schagworten uns Frauen zu bearbeiten versuchte, und wir haben dem nicht beizeiten die ganz klare Antwort entgegengesetzt, die wir alle in Zeiten der Not fordern. Wenn wir eines Tages — wir brauchen es noch nicht heute — aber wenn wir eines Tages das Ja von allen Frauen haben wollen, das freiwillige Ja zu dem der Sicherung des Friedens dienenden Verteidigungsinstrument, das Ja auch von den 750 000 Witwen, das Ja auch von den Frauen, die heute noch auf die Heimkehrer warten, das Ja auch von all denen, die nach wie vor in die Gefangenenlager Pakete schicken, dann allerdings müssen wir anfangen, die hieb- und stichfeste Sprache, die gestern hier von vielen meiner Kollegen gesprochen wurde, mutvoll und furchtlos in die Öffentlichkeit hineinzutragen und der irreführenden KPD-Propaganda, die auch den Frieden, aber den Kirchhofsfrieden will, unsere Auffassung vom Frieden entgegenzusetzen.

Ebenso furchtlos und klar muß man den Frauen und Männern im Lande die Sinnlosigkeit der von Frau Wessel eingeschlagenen Wege klarmachen, die weiß Gott in dieser Stunde ihrem Volke einen schlechten Dienst erwiesen hat.

In dieser Stunde möchte ich dem Bundeskanzler die Versicherung geben: es gibt noch eine Phalanx von Frauen, denen die Sicherung dieser Werte heilig ist, eine Phalanx von Frauen, zusammengeschiedet mit tapferen Herzen, und dahin gehören nicht zuletzt die Mütter derer, die in Korea kämpfen.

Wenn die christlichen Frauen in den kommenden Wochen und Monaten ihr klares und freiwilliges Ja sagen sollen, dann kommt es tief und mutig und klar, wenn sie erfahren, daß die hier zu treffenden politischen Entscheidungen, die einen so hohen Mut erfordern, ihnen nach menschlichem Ermessen die Ruhepause sichern, die sie nach dem Schock und nach der Zerstörung weiß Gott verdient haben, wenn die politischen Entscheidungen, die hier getroffen werden, basieren auf dem unbeirrbaren Glauben an die Unantastbarkeit der freien Persönlichkeit und an die unzerstörbaren Werte, die eine Familie innerhalb des Volkes und der Völker wahrhaftig bedeutet. Dann werden die Frauen nicht nur mit dem Herzen ihr Ja sagen, aber auch nicht, wie so viele Männer, nur mit dem Verstand; dann werden sie, so hoffe ich, mit beherztem Verstand an die Dinge herangehen.

Meine verehrten Zuhörer! Wenn ich in diesem Augenblick diese meine Meinung zur Opferbereitschaft, zum Frieden zum Ausdruck bringe, dann als eine Frau, die in einer Stadt gewählt wurde, die zu den schwerst heimgesuchten Orten dieses Landes gehört, dann als eine Frau, die die Endphase des wahnwitzigen totalen Krieges im Ruhrkessel erlebt hat. Der totale Krieg bedeutet ja heute für die Frau nicht mehr nur, daß sie als Frau und Mutter getroffen wird, d. h. daß sie ihren Sohn oder ihren Mann verliert; im totalen Krieg wird sie selber preisgegeben. Ich sage das als eine Frau, die monatelang gewartet hat, bis sie ihren anfänglich vermißten Mann fand. Ich komme und spreche im Namen sehr vieler Frauen der Stadt, die mich gewählt hat, der Stadt, die noch in der vergangenen Woche um des Friedens und nicht um des Krieges willen, unabhängig von Konfession oder Partei, einstimmig eine Orgel für das großzügige Mahnmal der Weltfriedenskirche in Hiroshima gestiftet hat, aus dem Friedensgedanken und nicht aus dem Kriegsgedanken. Weil mich das zutiefst erfüllt, weil mich das bis in mein Innerstes bewegt, stehe ich hier auf und bringe diesen winzigen Beitrag der Frau zum Gespräch der Männer.

### 3.7 Dr.-Ing. Decker (FU)

Der psychologische Boden für eine Wiederaufrüstung ist durch die Regierung und die Besatzungsmächte denkbar unfruchtbar gemacht worden. Die Jugend kann es nicht vereinen, wie man ihr einerseits durch Verfassung und Gesetz das Recht auf Kriegsdienstverweigerung gibt und andererseits von ihr verlangt, daß sie mit Begeisterung in das Lied „Volk, ans Gewehr!“ einstimmt. Viele unserer jungen Leute fragen: Werden wir, wenn es tatsächlich zum Ernstfall kommt, Mitkämpfer finden, die Kameraden auf Leben und Tod sind, an unserer Seite aushalten und uns im Ernstfall nicht im Stich lassen? Und eine andere Frage wühlt die wehrfähige Jugend ebenso auf; die Frage:

Können wir Vertrauen zu einer obersten Führung haben, an deren Spitze ein Mann<sup>3</sup> steht, der Hunderttausende Deutscher, die sich ihm und seinem Staat im Vertrauen auf Fairneß und Recht ergeben haben, an die Russen ausgeliefert hat, wie man eine Viehherde ausliefert? Sein Staat trägt die Mitschuld daran, daß der europäischer Kultur geheiligte Boden Weimars heute von asiatischen Truppen betreten wird. Über diese ernstem Fragen sind unsere jungen Leute auch nicht durch Aussichten auf militärische Idyllen und eine Verteidigungslyrik hinwegzutäuschen, die anscheinend an die Stelle des früheren preußischen Kasernenhofdrills treten sollen.

Die Regierung kann keine Sicherheit dafür geben, daß Deutschland in einer etwaigen militärischen Auseinandersetzung mit dem Osten nicht doch eine Vorfeldstellung zugeordnet ist. Die Erklärung, daß Deutschland verteidigt werden soll, genügt uns nicht. Wir kennen vom Feldherrn Schicklgruber her auch eine „elastische Verteidigung“, und Sie wissen, was es heißt, wenn in einer „elastischen Verteidigung“ die Feuerwalze hin- und herrollt. Es ist das Ende. Es muß möglich sein, und unsere Regierung muß darauf hindrängen, daß unsere Partner eine bindende Erklärung abgeben, Deutschland so zu verteidigen, daß es möglichst wenig Schaden erleidet.

Eine innerdeutsche Voraussetzung zur Wiederaufrüstung ist in ihrer ganzen Bedeutung noch nicht genügend gewertet worden. Vor der Schaffung eines militärischen Potentials muß weitgehend für den Schutz der Frauen und Kinder gesorgt werden. Bis in die letzten Jahre sind die Bunker, die vom vorigen Krieg übernommen sind, rücksichtslos und auf Kosten der deutschen Steuerzahler gesprengt worden. Wir bedauern es, daß die Bundesregierung die Aktivität, die sie in den Maßnahmen zur Wiederaufrüstung gezeigt hat, nicht auf den Schutz der Zivilbevölkerung ausgedehnt hat. Wo sind denn heute neue Bunker? Wo sind die Schutzeinrichtungen bei Neubauten von Häusern? Wo ist die Unterrichtung und die Schulung der Bevölkerung? Wo ist eine organisierte Schar von Ärzten und Helfern, die ausgebildet ist, um radioaktive Schädigungen zu behandeln? Wir wissen, daß ein Großteil der Japaner, die durch die Atombombe radioaktiv bestrahlt worden sind, hätte gerettet werden können, wenn ausgebildete Ärzte dagewesen wären. Ich führe, zusammenfassend, die Voraussetzungen an, die für unsere Stellungnahme zu einem Verteidigungsbeitrag maßgebend sind:

1. Ein überzeugender Beweis, daß die Aufrüstung der einzige Weg zur Sicherung Europas ist und daß über die Westmächte alle anderen möglichen Mittel versucht worden sind, der Versuch aber zwecklos gewesen ist;
2. Ausbau der sozialen, wirtschaftlichen und psychologischen Abwehr;
3. volle und restlose Gleichberechtigung;
4. keine Einführung der allgemeinen Wehrpflicht;

---

<sup>3</sup>Eisenhower?

5. Klarstellung des völkerrechtlichen Status etwaiger deutscher Soldaten und der Gehorsamspflicht in der europäischen Armee;
6. sofortiger und wirksamer Ausbau des Schutzes für die Zivilbevölkerung;
7. landsmannschaftliche Gliederung und Führung eines deutschen Kontingents;
8. echte Verteidigung der Bundesrepublik an der Ostzonengrenze;
9. restlose Klärung aller verfassungsrechtlichen Fragen und
10. eingehende Kenntnis des Generalvertrags und des europäischen Verteidigungsbeitrags.

Aus dem Gefühl tiefster Verantwortung für das ganze deutsche Volk und für Europa, für Glück und Leben von Millionen müssen wir uns die volle Freiheit der Entscheidung vorbehalten, solange diese Voraussetzungen weder erfüllt noch abgelehnt sind. In der gegenwärtigen Lage müssen wir allerdings ein Nein sagen.

### 3.8 Frau Wessel (FU)

Zuvor einige Bemerkungen den Kollegen gegenüber, die gestern und heute die Freundlichkeit hatten, die Tätigkeit der „Notgemeinschaft für den Frieden Europas“ in ihren Reden zu erwähnen. Eigentlich müßte ich mich ja für diese Propaganda bedanken, denn als die Notgemeinschaft im November gegründet wurde, schrieb eine westdeutsche Zeitung: „In Bonner Parlamentskreisen mißt man der Notgemeinschaft keine große Bedeutung zu“. Aber ich kann Sie über Charakter und Umfang der Notgemeinschaft beruhigen. Sie besteht aus genau 10 Mitgliedern, die verschiedensten Parteien und Konfessionen angehören und die — das dürfen Sie glauben — nach ihrer politischen Einstellung völlig einwandfrei sind. Durch diese 10 Träger der Notgemeinschaft sind wir vor jeder Gefahr einer Unterminierung gesichert. Natürlich kann sich jeder zu den Zielen der Notgemeinschaft bekennen, wenn er sie für richtig hält. Und wenn, Herr Kollege Kiesinger, auch ehemalige Berufssoldaten bis zu den höchsten Chargen gegen die Wiederaufrüstungspolitik der Bundesregierung sind, — ist das so überraschend, und sollte sich diese Tatsache noch nicht bis zu diesem Hohen Hause herumgesprochen haben?

Wenn die Notgemeinschaft einen so starken Anklang findet, wenn bei ihren Versammlungen die größten Säle überfüllt sind, — —

Fragen Sie doch einmal sich selbst, ob es nicht die unruhig gewordenen, in Angst und Sorge lebenden Menschen sind, die von Ihnen nicht aufgeklärt worden sind, wie Kollegin Brauksiepe selber erklärt hat! Hier kann man doch nur das eine sagen: es ist die Schuld und es ist das Versäumnis der die Regierung tragenden Parteien, daß sie es nicht verstanden haben, für ihre Politik das entsprechende Echo zu finden.

Nicht zuletzt dürfte es doch nicht uninteressant sein, daß sich Menschen aus allen Parteikreisen der Notgemeinschaft zur Verfügung stellen, und, meine Herren von den Regierungsparteien, staunen Sie doch einmal! Ihre Vertreter in der Bürgerschaft sogar, Ihre Landtagsabgeordneten, Ihre Ortsparteivorsitzenden leiten die Versammlungen dieser Notgemeinschaft!

Sie haben also nicht das Recht, hier von einer Arbeit zu sprechen, die verhängnisvoll sei! Ich bin der festen Überzeugung: man wird uns noch einmal dankbar sein, weil wir den Mut gefunden haben, die Menschen vor der Propaganda der Kommunisten zu bewahren.

Aber lassen Sie mich auch noch eines sagen, Frau Kollegin Brauksiepe. Ich kann aus meiner mehr als 37jährigen politischen Vergangenheit einige Fakten anführen.

Ich, meine Damen und Herren, habe 1933 als preußische Landtagsabgeordnete den Mut gehabt, dem Ermächtigungsgesetz des Herrn Goring nicht zuzustimmen! Fragen Sie einmal die Kolleginnen und Kollegen aus Ihren Parteien, wer das gemacht hat!

Ich habe den Mut gehabt, weil ich als national unzuverlässig galt, mit nur 80 Pfennig Stundenlohn in einem Krankenhaus anzufangen, und ich war froh, wenn ich mal 100 Mark im Monat hatte! Und noch ein Letztes, Frau Kollegin Brauksiepe: Erkundigen Sie sich mal bei Frau Kultusminister Teusch, ob ich es nicht gewesen bin, ob ich nicht, als sie im Krankenhaus Neheim-Hüsten verhaftet war, zu ihr gefahren bin in der Erwartung, dann selbst verhaftet zu werden!

Ich mußte einmal etwas aus der Vergangenheit erwähnen, weil hier in Pathetik gemacht wird, auch von Kollegen, die auf Grund ihrer politischen Vergangenheit nicht so einwandfrei auftreten können.

Aber nun zum eigentlichen Thema. Bei meinen Ausführungen, die ich zum Für und Wider eines deutschen Verteidigungsbeitrags machen möchte, geht es mir nicht um das Problem der Wehrlosigkeit, sondern um die Frage, ob die Aufrüstung und Eingliederung der Bundesrepublik in den Westblock angesichts des zweigeteilten Deutschlands nicht nur für Deutschland, sondern überhaupt in der gegenwärtigen Weltsituation der rechte Weg ist, um die Freiheit und den Frieden zu sichern. Der Grundsatz des Verteidigungsrechts eines Volkes und Staates soll in keiner Weise verneint werden.

Auch muß gesagt werden, daß es begreiflich ist, wenn der Herr Bundeskanzler und deutsche Politiker den Standpunkt vertreten, Westdeutschland dürfe sich als unmittelbarer Nachbar der sowjetischen Satellitenstaaten sowie der sowjetisch besetzten Ostzone zum Zwecke der militärischen Verteidigung gegenüber dem Osten einer Aufrüstung nicht entziehen; einer Staatsführung müsse bei dieser Lage das Recht zuerkannt werden, um ihren Auftrag der Erhaltung von Recht, Freiheit und Frieden durchführen zu können. Von meinen Vorrednern ist das Für und Wider einer deutschen Aufrüstung von den verschiedensten Gesichtspunkten aus dargelegt worden. Es ist von den Vorschußleistungen gesprochen worden, die man von uns verlangt, von der uns nicht gewährten vollen Souveränität im Generalvertrag, von der Frage, ob die Wehrpflicht nach dem Grundgesetz möglich ist, von den finanziellen Lasten, die uns die Aufrüstung auferlegt und die notwendigerweise unsere sozialen Möglichkeiten beschränkt. So wesentlich alle diese Gesichtspunkte sind, so scheint mir doch das Gewicht darauf zu liegen, ob durch einen deutschen Verteidigungsbeitrag die Friedenschancen verstärkt oder die Möglichkeiten eines Krieges vermehrt werden.

In dieser ernsten und verantwortungsvollen Debatte sollten wir, meine Damen und Herren, eines als selbstverständlich voraussetzen — jedenfalls tue ich es —: daß jeder, ob er für oder wider die Aufrüstung spricht, von dem ernsthaften Bemühen erfüllt ist, dem deutschen Volke den Frieden zu erhalten, und auch wer anderer Meinung ist als der Herr Bundeskanzler, sollte jeden Vorwurf zurückweisen, daß der Herr Bundeskanzler nicht von ehrlichem Willen erfüllt ist, durch seine Politik dem deutschen Volke den Frieden zu sichern. Wir sollten nicht die Methode der Diffamierung benutzen, wenn es um die Schicksalsfrage unseres Volkes geht.

Ein weiteres möchte ich den Abgeordneten der KPD sagen. Wären Sie nicht in dieser einseitigen Weise die Satelliten der Sowjets, würden Sie nicht diese gehässige Propaganda gegen alles

machen, was im Westen geschieht, dann wäre höchstwahrscheinlich der Wille des deutschen Volkes zur Verständigung mit dem Osten stärker. Wenn Herr Reimann nach seiner gestrigen Rede dafür sorgte, daß in der Ostzone die politischen Gefangenen aus den Zuchthäusern entlassen würden, daß die in Rußland noch zurückgehaltenen Kriegsgefangenen endlich zurückkämen, hätte er mehr Berechtigung, so zu sprechen, wie es gestern geschehen ist.

Sie, Herr Reimann, werfen dem Herrn Bundeskanzler Amerikahörigkeit vor und sprechen gleichzeitig von dem „großen Stalin“. So geht es nun auch nicht, meine Herren von der KPD!

Meine Damen und Herren! „Man dürfe niemals daran denken“ — so schrieb in diesen Tagen Liddell Hart in der „Daily Mail“ — „wie gewisse Ereignisse auf einen selbst wirken; man müsse sich auch immer in das Denken des andern einfühlen.“ Gerade wir Deutschen sollten aus den Erfahrungen einer schweren Vergangenheit heraus am ehesten beurteilen können, daß in Liddell Harts Mahnung viel Wahrheit steckt. So scheint es mir notwendig zu sein, daß im Hinblick sowohl auf den Westen wie auf den Osten die Besonderheit der deutschen Lage, nämlich des zweigeteilten Deutschlands, in den Überlegungen über eine Wiederaufrüstung gesehen werden muß. Wir haben gestern gehört, daß der Herr Bundeskanzler den Standpunkt vertritt, westdeutsche Aufrüstung und Eingliederung in den Westblock sei der Weg zur Wiederherstellung der deutschen Einheit. Der „Münchener Merkur“ brachte am 31. Januar 1952 Ausführungen der Schweizer Zeitung „Die Tat“. Darin heißt es — ich möchte es mit Genehmigung des Herrn Präsidenten verlesen —: Die Westmächte haben bisher großes Gewicht darauf gelegt — und Frankreich ganz besonders —, daß die Integration Westdeutschlands in das geplante neue Europa nur als Gesamtheit konzipiert werden dürfe. . . Adenauer hat sich damit einverstanden erklärt. Er tat dies in der Absicht, Westdeutschland unlösbar mit dem Westen zu amalgamieren. Dieser Absicht brachte er ein gewaltiges Opfer dar: er verzichtete stillschweigend auf die Einheit Deutschlands, auf die Möglichkeit, den geteilten Staatskörper Deutschlands je wieder zusammenzufügen. Denn in dem Augenblick, da deutsche Truppen im Rahmen der Europa-Armee dienen und die deutsche Schwerindustrie mit den Montanindustrien des übrigen Westeuropa vereinigt ist, muß die Sowjetunion jedes Interesse an einer noch so problematischen Freigabe der sowjetischen Zone Deutschlands oder an einer Revision der Oder-Neiße-Grenze verlieren. Adenauer brachte diese Opfer um den Preis der Gleichberechtigung. Das steht in einer Zeitung, von der man nicht sagen kann, daß sie kommunistisch sei.

Hier liegt der Kernpunkt der Frage: wird es nach der Eingliederung Westdeutschlands in den Verteidigungsblock des Westens ohne die Gefahr eines Krieges, d. h. auf friedliche Weise möglich sein, die Russen zu veranlassen, ihre Zustimmung zu gesamtdeutschen Wahlen und damit zur Befreiung der 18 Millionen Menschen in der Ostzone von dem sowjetischen System zu geben? Werden nicht vielmehr die Russen — und diese Frage müssen wir uns doch auch einmal stellen — aus Angst vor einem aufgerüsteten Westdeutschland die Ostzone als Faustpfand behalten und ihrerseits nun in weit verstärktem Maße als bisher aufrüsten? Gegen westdeutsche Divisionen können ostdeutsche gesetzt und so die deutschen Menschen hier und drüben in den Rüstungsaufmarsch der Weltmächte einbezogen werden. Wir stehen hier vor der Frage, ob die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands nicht in Frage gestellt wird, wenn West- und Ostdeutschland in die Blockbildungen der Weltmächte eingruppiert sind. Die Wiedervereinigung Deutschlands ist aber nicht nur ein brennender Wunsch des deutschen Volkes, sondern würde eine akute Gefahr des Weltfriedens beseitigen.

Meine Damen und Herren! Wir haben in diesem Hohen Hause am Mittwoch die Notwendigkeit gesamtdeutscher Wahlen mit dem Ziel der Bildung einer gesamtdeutschen Regierung erneut

angesprochen. Wir sind uns dabei durchaus der Schwierigkeiten bewußt, die der Erreichung dieses Ziels entgegenstehen. Daß es nicht erreicht werden kann ohne die Zustimmung, d. h. gegen den Willen Rußlands, ist nun einmal eine Realität, die gesehen werden sollte.

Ebenso scheint es mir eine Realität zu sein, daß Rußland aus Angstgefühl und Sicherheitsbedürfnis heraus nicht ohne weiteres bereit sein wird, seine Zustimmung zu gesamtdeutschen Wahlen und damit zur Preisgabe seines Systems in der Ostzone zu geben, wenn Westdeutschland jetzt aufrüstet. Also steht die Frage so: Ist Rußland bereit, eine gesamtdeutsche Regierung aus freien Wahlen entstehen zu lassen und damit das kommunistische System in Deutschland zu opfern — hören Sie gut zu, Herr Renner —, wenn der Westen als Preis dafür den Verzicht auf westdeutsche Aufrüstung anbietet? Das müßte aber auch bei den Bemühungen, festzustellen — darauf kommt es doch an —, ob eine Verständigung mit Rußland zu erreichen ist, ausgesprochen werden.

Meine Damen und Herren, die Wiedergewinnung von 18 Millionen Deutschen für die Ordnung der freiheitlichen Demokratie für den Westen scheint mir ein größerer Vorteil für die Erhaltung und Sicherung des Friedens zu sein, als es die Eingliederung von West- und Ostdeutschland in den Rüstungswettkampf der beiden Mächtegruppen bieten kann.

Entsteht aber heute eine westdeutsche Armee, dann scheint mir diese Chance der Zukunft von vornherein ausgeschlossen zu sein. Gegenüber dem Argument, daß ein unbewaffnetes Deutschland, meine Damen und Herren - ich gehöre nicht zu den Neutralisten, um das einmal festzustellen! - daß ein unbewaffnetes Deutschland mit sehr viel — — Gegenüber dem Argument, daß ein unbewaffnetes Deutschland nach Durchführung gesamtdeutscher Wahlen ein Opfer des Bolschewismus werden könnte, ist zu antworten: Eine gesamtdeutsche Regierung bedeutet keine Neutralisierung, denn Deutschland wird auch unter einer gesamtdeutschen Regierung bis zu einem Friedensvertrag besetztes Land bleiben. Alle Fragen der Sicherung Deutschlands und seiner Nachbarn werden erst dann akut, wenn eine Entspannung unter den Weltmächten den Abschluß eines gemeinsamen Friedensvertrags mit Deutschland und eine gemeinsame Räumung seiner Gebiete erlaubt.

Wenn es mit Übereinstimmung aller vier Besatzungsmächte zu einer Räumung Deutschlands kommt, dann entsteht die Frage des Schutzes und seiner Sicherung gegen eine Antastung seiner freiheitlichen Ordnung oder seiner Gebiete. Wenn aber die vier Besatzungsmächte — ich sage: die vier Besatzungsmächte — sich über eine gemeinsame Räumung Deutschlands verständigt haben, dann sieht die Welt anders aus, und nicht mehr so gefährlich wie heute. Sie werden mir vielleicht sagen — das möchte ich Ihnen auch noch zugeben —, diese meine Ausführungen berücksichtigten nicht genügend die Realität eines kommunistischen Systems mit seinen weltumspannenden revolutionären Zielen. Die „Hamburger Freie Presse“ schrieb am 16. November 1951: Es gibt in der Tat nur zwei Wege zur Beseitigung der Gefahr eines Krieges. Der eine heißt radikaler Abbau der Rüstungen, um die Gefahr der Selbstentladung, die in diesen Rüstungen liegt, zu vermindern, der andere heißt Wiederherstellung eines Vertrauens, gegründet auf der Erkenntnis, daß die Erde Raum genug hat nicht nur für eine Weltmacht und nicht nur für eine Weltideologie.

Meine Damen und Herren, ich komme zum Schluß. Der Tenor dieser Debatte heißt doch von uns allen: sich retten vor einem Krieg! Das ist es, worum es in der Sache Deutschlands und Europas heute geht.

Denn Europa hat keine Zukunft als nur eine Zukunft in Frieden. Zu dieser Erkenntnis kommt

noch eine zweite, mit der ich schließen möchte: Krieg löst nicht die Streitfragen der Völker! Abraham Lincoln schrieb am 4. März 1861: Gesetzt, ihr entschließt euch zum Kriege. Ihr könnt nicht immer weiter kämpfen und wenn ihr — nach mancherlei Verlust auf beiden Seiten und keinerlei Gewinn hüben und drüben — den Kampf einstellt, dann stehen dieselben alten Fragen nach den Bedingungen des Zusammenlebens wieder vor euch!

### 3.9 Dr. Bertram (FU)

Aber die Frage der Wehrverfassung ist entscheidend! Wenn Herr Blank in seiner Rundfunkrede Äußerungen über die Uniform machte, dann sind das Dinge, die für einen Kammerunteroffizier sehr wichtig sind, für uns hier aber unwichtig. Aber die Frage, welche Wehrverfassung wir bekommen, rührt an das Fundament unseres Staates, und deshalb werden Sie mir gestatten müssen, dazu Ausführungen zu machen.

Der Einfluß der deutschen politischen Gewalten auf die in Deutschland stationierten Truppenkörper wäre von ihrer Entstehung an äußerst gering, weil das gesamte Rekrutierungs- und Ersatzwesen von einer ausländischen Zentrale aus gesteuert würde. Niemand weiß ja, wie sich dieser Machtblock entwickeln wird, wenn nicht der Bundestag selber die hohen Offiziere auswählt und auf das ganze Ersatzwesen durch die Einschaltung demokratischer Kontrollorgane — wie beispielsweise bei den Polizeiausschüssen bei den Regierungspräsidenten der britischen Zone — seinen Einfluß ausüben wird.

Wenn wir die hohen Offiziere nicht selber wählen, dann bin ich fest davon überzeugt, — Ich weiß nicht, ob Sie im letzten Kriege dabei- gewesen sind. Ich kann nur sagen, daß wir bei der Auswahl der hohen Offiziere ein Problem vor uns haben, das sehr ernst und sehr wohl überlegt sein muß. Wenn wir nicht ferner beim ganzen Ersatzwesen demokratische Kontrollorgane einschalten, dann ist die Gefahr einer Verselbständigung dieser kommenden Wehrmacht, eines Aus- der- Hand-Gleitens aus den demokratischen Händen, außerordentlich stark gegeben.

### 3.10 Dr. Etzel (Bamberg) (FU)

### 3.11 Dr. Jaeger (CSU)

Es dient nicht den Interessen der jungen Generation; denn sie fragt: Wie schaut nun eigentlich der Barras aus, zu dem ihr uns vielleicht rufen müßt? Darauf werden wir ihr auch eine Antwort geben müssen. Dann möchte ich erklären: Das innere Gefüge der deutschen Streitkräfte gehört für meine politischen Freunde zu den Voraussetzungen des Verteidigungsbeitrags, weil wir es gar nicht verantworten könnten, die deutsche Jugend noch einmal jenem Kommiß auszuliefern, den zum großen Teil wir alle erlebt haben. Ich habe ihn sechs Jahre lang erlebt.

Und der Kern der Frage ist auch, ob dem Notwehrrecht des einzelnen nicht auch ein Notwehrrecht des Volkes, ob der Notwehrpflicht des Familienvaters, wenn Frau und Kinder bedroht sind, nicht auch eine Notwehrpflicht der jungen Generation entspricht, die für ihre Mütter, ihre Schwestern, ihre Bräute, für Frauen und Kinder auch ein Jahr wird opfern müssen, um ihnen Leben und Frieden zu erhalten. Man versteckt sich hinter verfassungsrechtlichen Bedenken. —

### 3.12 Loritz (Fraktionslos)

Ich möchte nicht, wie die meisten meiner Vorredner, meine Rede vom Blatt ablesen, sondern Ihnen in freier Rede sagen, was das Volk zu dem ganzen Problem der Wiederaufrüstung denkt. Wenn Sie Demokraten sein wollen, dann, bitte, fragen Sie doch das Volk in geheimer Abstimmung; dann werden Sie sehen, ob das Volk wirklich, wie mein Herr Vorredner behauptet hat, zu 80 % zugunsten einer Wiederaufrüstung stimmen oder ob es, wie ich behaupte, sich zu 80 und 90 % gegen die Wiederaufrüstung aussprechen würde.

Wir von der WAV haben schon vor Jahren verlangt, daß über die wichtigsten Fragen, von denen Wohl und Wehe des ganzen Volkes auf Jahrzehnte und Jahrhunderte hinaus abhängt, das Volk in geheimer Abstimmung gefragt wird und nicht bloß ein paar Hundert Abgeordnete darüber entscheiden dürfen wie Autokraten und Diktatoren.

### 3.13 Frau Thiele (KPD)

Ich möchte mich zu Anfang an Frau Brauksiepe wenden. Frau Brauksiepe, ich bewundere eigentlich Ihren Mut, wie Sie sich hier hinstellen können und Rekrutierung der Jugend, Kriegsvorbereitung, ja sogar Opferbereitschaft der Frauen propagieren, im gleichen Jargon, wie wir das noch allzu deutlich von der NS-Frauenschaft einer Scholtz-Klink in Erinnerung haben. Ich weiß nicht, ob Ihnen diese Sprache noch sehr geläufig ist. Hier fehlte nämlich nur noch ein Wort, nämlich: „in stolzer Trauer“.

Die Frauen wissen heute, daß sie die Kraft haben, einen neuen Krieg zu verhindern. Sie wissen aber auch, daß sie dabei nicht allein sind. Denn neben den Millionen deutscher Mütter stehen Millionen und aber Millionen \_Mütter aller Völker, um den Frieden zu erhalten, den Frieden zu verteidigen.

Neben den deutschen Müttern stehen die amerikanischen Mütter, die heute um ihre Kinder in Korea bangen, stehen die Mütter in Vietnam und in Frankreich, in Italien und in der 'Sowjetunion und in allen Ländern der Welt. Sie wollen den Frieden um jeden Preis erhalten. Ich sage Ihnen, meine Herren, spielen Sie nicht mit den Gefühlen der Frauen und Mütter!

ung, die Pläne der Kriegsvorbereiter, die Pläne der Kriegsbrandstiftei ablehnt und um den Frieden kämpfen wird!

### 3.14 Hedler (Fraktionslos)

Dem Hohen Hause ist noch immer nicht der Text des Generalvertrags, der das Ruhrstatut ersetzen soll, bekannt; doch lassen die Presseverlautbarungen, die Äußerungen verantwortlicher ausländischer Staatsmänner und auch die kurzen Hinweise des Herrn Bundeskanzlers über den Inhalt des Vertrags ganz klar erkennen, daß Deutschland unter den gegebenen Verhältnissen einem Verteidigungsbeitrag seine Zustimmung nicht geben darf. Ich bin mir dessen bewußt, daß Deutschland mit dem Westen zusammenkommen muß, wenn der Bedrohung aus dem Osten ein Ende bereitet werden soll. Dieses Zusammenkommen hat aber zur Bedingung, daß erst einmal gewisse Voraussetzungen seitens der Alliierten geschaffen werden. Hierzu gehört vor allem die sofortige Freilassung aller deutschen Menschen, ob Soldaten oder Zivilisten, die sich noch immer, 6 Jahre nach Abschluß der Kämpfe, in Ketten, in Zuchthäusern oder in Gefangenenlagern befinden. Es kann und darf keine Waffenkameradschaft mit den Truppen der Weststaaten

geben, solange noch ein einziger deutscher Soldat seiner Freiheit beraubt ist. Dies ist die eindeutige Meinung der deutschen Frontgeneration. Ebenso ist die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands eine zwingende Notwendigkeit, denn es darf nicht dahin kommen, daß Deutsche gegen Deutsche kämpfen. Der Abschluß eines für Deutschland ehrenhaften Friedensvertrages ist eine weitere Voraussetzung für die Zustimmung zu einem Verteidigungsbeitrag.

Wenn dann die Alliierten die von mir erwähnten anderen Voraussetzungen erfüllt haben, als Folgerung aus der Erkenntnis des englischen Ministerpräsidenten Churchill nach 1945, daß man das falsche Schwein geschlachtet habe, dürfte jede Bedrohung aus dem Osten ihren Schrecken verloren haben. Bevor diese Voraussetzungen aber nicht erfüllt sind, werde ich, eingedenk der Verantwortung vor dem deutschen Volk und im Bewußtsein der Verantwortung gegenüber den noch immer in Gefängnissen und Lagern schmachtenden deutschen Menschen, mit aller Entschiedenheit einem Verteidigungsbeitrag meine Zustimmung versagen.

### 3.15 Dr. Schmid (Tübingen) (SPD)

Es ist viel davon gesprochen worden, was uns die geplanten Verträge alles Gutes bringen: Sicherheit, Gleichberechtigung, Anerkennung des deutschen Einheitsstrebens als eines politischen Zieles auch der Westmächte. Sicher stehen diese Worte in den Verträgen. Was uns aber in erster Linie interessieren sollte, ist doch: Was haben denn unsere Partner an *k o n k r e t* en Leistungen für die Verwirklichung dieser Dinge versprochen, und was haben wir Deutschen nach diesen Verträgen konkret zu leisten — noch zu leisten oder zusätzlich zum Bisherigen zu leisten — und was bleibt uns auch nach diesen Verträgen vorenthalten, was die anderen für sich selber als das Normale beibehalten wollen?

Ehe man über den Wehrbeitrag oder den Verteidigungsbeitrag spricht, sollte man darüber sprechen, ob das Grundgesetz dieser Bundesrepublik die Möglichkeit gibt, eine Wehrverfassung so oder so zu geben. Wir Sozialdemokraten bestreiten das. Wir sind der Meinung, daß unter der Herrschaft des Grundgesetzes — so wie es heute ist — die Aufstellung einer Wehrmacht und einer Wehrverfassung nicht möglich sei. Wir sind der Meinung, daß dazu die Verfassung ergänzt werden müßte. Die Regierung bestreitet die Richtigkeit unseres Standpunktes.

Ihre Berater, Herr Bundeskanzler, scheinen davon auszugehen, daß man einem System kollektiver Sicherheit wirksam und sinnvoll nur durch Einbringen einer Wehrmacht beitreten könne.

Aber die meisten Systeme dieser Art haben sich bisher im wesentlichen mit politischen und ökonomischen Sanktionen begnügt. Man kann einem solchen System in sehr wirksamer Weise auch durch Einbringung seines Wirtschaftspotentials beitreten, z. B. auch durch Gestattung des Durchmarschrechts und vielleicht sogar dadurch, daß man sein Gebiet zur Verfügung stellt.

Sie werden mir zustimmen: in Schicksalsfragen sollte man seine Zuständigkeit nicht über die Hintertreppen der Auslegungskünstler beziehen wollen! Das Grundgesetz schweigt, und das mit Grund; denn wir wollten, als wir im Parlamentarischen Rat zusammensaßen, einen waffenlosen Staat.

Man hat uns gestern auch gesagt, daß es ein besonderer Vorzug des Generalvertrages sei, daß dieser Vertrag die Signatarmächte verpflichtet habe, die Herstellung der Einheit Deutschlands zum Ziel auch ihrer Politik zu machen. Wir wollen diese Feststellung nicht unterschätzen; aber wir müssen doch fragen: Was verstehen denn die einzelnen Partner unter einem vereinigten, einheitlichen Deutschland, und zu welchen konkreten Dingen verpflichten sie sich, zum Beispiel

welches Deutschland ist für sie das ganze Deutschland? Innerhalb welcher Grenzen soll dieses Deutschland vereinigt werden? Die Klausel in dem Generalvertrag ist so allgemein, daß sie, wie ich fürchte, im Grenzfalle leider zu nicht sehr viel verpflichten wird. Sie mag manche beruhigen; an den Realitäten unserer politischen Situation wird sie nicht sehr viel ändern. Ja, wenn sich unsere Partner verpflichtet hätten, die Einheit Deutschlands innerhalb dieser oder jener Grenzen zu betreiben, und sich weiter dazu verpflichtet hätten, durch diese oder jene politischen Maßnahmen darauf hinzuwirken, dann wäre das eine Sache gewesen!

Weiter stellt man uns im Generalvertrag eine Friedensregelung, eine ausgehandelte Friedensregelung in Aussicht. Da ist doch die Frage erlaubt: Wer soll denn mit wem diese Friedensregelung vereinbaren? Der Westen mit uns im Westen Deutschlands? Rußland vielleicht mit der sogenannten Deutschen Demokratischen Republik?!

Also können doch unsere Partner im Generalvertrag diese Friedensvertragsklausel nur realisieren, wenn die Russen mit von der Partie sind. Sie werden die Russen dafür gewinnen müssen. Und die Russen werden dafür Bedingungen stellen. Das wird dann den Start geben. Wenn man aber das weiß — und anders kann man es doch wohl nicht sehen —, was ist dann die Klausel praktisch viel wert?!

Man sagt uns weiter, ein besonderer Vorzug des Generalvertrags und der Zusatzverträge sei, daß die in Deutschland stehenden Truppen der bisherigen oder heutigen Besatzungsmächte in dem Vertrag angesprochen werden als Verteidigungstruppen. Nun, was sind denn diese Truppen heute? Man sagt uns doch auch jetzt, sie stünden hier als Verteidigungstruppen! Und man sucht uns die Besatzungskosten schmackhaft zu machen, indem man sagt, das seien unsere finanziellen Verteidigungsbeiträge!

Auch Sie, meine Damen und Herren, haben gesagt, daß für Sie ein Ja zu dem europäischen Verteidigungsbeitrag nur möglich sei, wenn der Beitritt der Deutschen zu diesem großen politischen System im Zeichen völliger Gleichberechtigung erfolge, und daß Sie nicht beitreten werden, wenn die Deutschen dabei irgendwie deklassiert sind.

Gleichberechtigung, was heißt das? Darüber scheint man verschieden denken zu können. Die einen glauben, Gleichberechtigung heißt gleiche Behandlung. Der britische Hohe Kommissar scheint anderer Auffassung zu sein. Er hat sich jüngst dahin ausgesprochen — so erschien es in der Presse —, daß Gleichberechtigung nicht verwechselt werden dürfe mit gleicher Behandlung.

Wenn man sagt: Ja, die Notwendigkeit unterschiedlicher Behandlung ergibt sich aus gewissen Situationen, — nun, dann will man diese Situation doch ganz offensichtlich und man will sie ganz offensichtlich behalten; dann will man doch ganz offensichtlich das Verhältnis von Sieger und Besiegtem zu etwas wie einer Naturverschiedenheit machen! Wir glauben nicht, daß das eine gute Methode ist.

Es ist unklug, so etwas zu verlangen; denn Demokratie ist doch letzten Endes nichts anderes als der politische Ausdruck dafür, welchen Grad von Selbstachtung ein Volk für sich hat und haben kann! Deswegen sollte man um der Demokratie in Deutschland willen dem deutschen Volke solche Dinge nicht zumuten.

Fundamentale Bindungen sind nur möglich, wenn man frei ist. Wenn man sie eingeht im Zustande der Unfreiheit, d. h. bei mangelnder Selbstbestimmung, fließt doch mit Notwendigkeit in die Bindungen, die man eingeht, etwas vom Status der Unfreiheit des Ausgangspunktes mit ein. Ehe man frei ist, lassen sich nur Verträge provisorischen Charakters schließen, Verträge

über einen *modus vivendi*, aber auch diese nicht im Junktim mit Dauerbindungen.

Das Provisorium erlaubt nicht mehr als den *modus vivendi*. Es erlaubt nicht Status-Verträge. Und dieses Verteidigungsabkommen ist doch ein Vertrag, durch den der Status Deutschlands bestimmt wird, weit, weit über einen *modus vivendi* hinaus. Dieser Vertrag muß doch Rückwirkungen auf Gesamtdeutschland und auf die Möglichkeit, seine Einheit zu verwirklichen, haben. Da frage ich: Kann denn der Teil des Ganzen das Ganze verpflichten? Und wenn sich der Teil auf die Dauer sollte verpflichten können, setzt denn das nicht das Ganze in Gefahr? Löst er sich denn damit nicht — auch wenn er es nicht will! — faktisch vom Ganzen ab?

Ich glaube, damit ist klargestellt, daß die Besatzungsmächte das Besatzungsregime nicht nur der Form nach, sondern auch den Tatsachen nach aufrechterhalten wollen. Es sind in diesen Verträgen einige Klauseln, die mich bedenklich machen, die Notstandsklauseln besonders. Die eine davon sieht für den Kriegsfall vor, daß die Besatzungsmächte Hoheitsrechte an sich ziehen können. Ich glaube, diese Klausel ist nicht nötig; denn auf dem Schlachtfeld kommandiert der General ja mehr als bloß seine Truppen.

Zu der andern Klausel, dem Notwehrfall, braucht man, glaube ich, auch nicht sehr viel zu sagen. Aber die politische Notstandsklausel erscheint mir doch höchst bedenklich, und zwar nicht nur deswegen, weil wir fragen müssen: Wer wird da entscheiden?

Da gibt es doch viele Möglichkeiten für kleine Schikanen, aus denen sich böse Dinge entwickeln können: Sperrstundenverhängung, Übernahme örtlicher Polizeigewalt und ähnliches! Das alles ist doch keine saubere Regelung! Und die größte Gefahr sehe ich darin, daß diese Notstandsklausel unter Umständen einmal in Anspruch genommen werden könnte, wenn Kräfteverschiebungen bei Wahlen die Befürchtung aufkommen lassen, die neue Mehrheit im Parlament könne eine andere als die von gewissen Mächten gewünschte Politik betreiben.

Es ist doch nicht das erstemal, daß man uns sagt: Demokraten seid ihr, wenn ihr unter Demokratie ein Handeln versteht, das wir für gut und zuträglich halten; und wenn ihr darunter ein Handeln versteht, das wir für uns nicht für zuträglich halten, dann seid ihr keine Demokraten.

Wir kennen den Status der Europa-Armee noch nicht; von dem Status der britischen und der amerikanischen Truppen kennen wir einiges. Und nun frage ich: Stehen diese britischen und amerikanischen Truppen künftig in Deutschland mit denselben Rechten, mit denen sie in Frankreich, in Großbritannien, in Italien usw. stehen? Die Rechte, nach denen sie dort leben, findet man in dem Abkommen der Atlantikpaktmächte vom 19. Juni 1951. Da ist es nun ganz interessant, zu sehen, wie sich die Atlantikpaktmächte gegenseitig behandeln. Da finden Sie in Art. 2 des Abkommens, daß die Gesetze des Empfangsstaates für die Truppen des Entsendungsstaates gelten und daß diesen Truppen jede politische Tätigkeit im Empfangsstaat verboten ist. Das Landesrecht des Empfangsstaates hat also den absoluten Vorrang. Jedes Interventionsrecht ist da ausgeschlossen, auch auf der niedrigsten örtlichen Stufe. Aber wenn ich recht berichtet bin, soll das bei uns anders werden; da sollen die fremden Truppen ihr Recht mitbringen und nach dem Rechte des Entsendungslandes leben.

Die Folge davon ist, daß sie von unserer Rechtsordnung, auch vom Zivilrecht, eximiert sind und man sie nicht einmal vor Gericht verklagen können, selbst dann nicht, wenn sie Delikte begangen haben. Nehmen Sie den Art. 7 dieses Atlantikabkommens, Abs. 1 b: Die Gerichtsbehörden des Empfangsstaates sind zuständig für alle innerhalb des Gebiets des Empfangsstaats begangenen und nach seinem Recht strafbaren Handlungen, wenn sie von Angehörigen der Truppe oder des Wehrmachtgefolges begangen sind; die Gerichtsbarkeit des Empfangsstaates

besteht für alle nach dem Recht des Entsendungsstaats nicht strafbaren Handlungen gegen die Sicherheit des Empfangsstaats. Hochverrat oder Landesverrat kann also von den Gerichten des Empfangsstaats an Mitgliedern der Besatzungsmacht oder ihres Gefolges bestraft werden. Genau das Gegenteil von dem, was bei uns in Deutschland in Anspruch genommen wird! Ich denke nur an den Fall Kemritz und an anderes.

Die Gerichtsbarkeit des Empfangsstaats soll bei einer Reihe von Fällen den Vorrang vor der Gerichtsbarkeit der Militärgerichte haben, und die Gerichte des Entsendungsstaates, die Militärgerichte also, sollen nach diesem Abkommen keine Zuständigkeit haben, über Staatsangehörige des Empfangsstaates zu richten, in keinem einzigen Fall, auch nicht über Ausländer, die ihren Wohnsitz im Empfangsstaat haben. In Deutschland aber besteht offenbar die Gerichtsbarkeit auch über Deutsche, wenigstens in gewissen Fällen bei Gefährdung der Sicherheit oder der Person oder des Eigentums der Besatzungstruppen. Ich habe mir sagen lassen, daß die Besatzungsmächte sogar für sich das Recht der Evokation beanspruchen, also das Recht, einem deutschen Gericht einen Fall wegzunehmen und ihn vor ihr Gericht zu ziehen oder niederzuschlagen, also das, was im Fall Kemritz getan worden ist.

Nach dem Atlantikvertrag kann die Polizei des Empfangsstaates auch gegen Angehörige der Besatzungstruppen vorgehen; sie hat nur die Meldepflicht. Der Entsendungsstaat ist sogar verpflichtet, Truppenangehörige in das Gewahrsam des Empfangsstaates zu geben, wenn Anklage erhoben ist. In Deutschland umgekehrt!

Von besonderer Wichtigkeit in diesem Vertragssystem ist der sogenannte Übergangsvertrag, der in zwölf Teile zerfallen soll. Ich kann auch nur auf einige Bestimmungen eingehen und bin — was die Richtigkeit dessen, was ich sage, angeht auf die Zuverlässigkeit der wenigen Quellen angewiesen, die mir zur Verfügung standen. Die Pflichten und Rechte, die in der Vergangenheit durch Handlungen der Alliierten entstanden sind, sollen anerkannt werden. Das bedeutet doch nichts anderes als die Zementierung bisheriger Maßnahmen der Besatzungsmächte. Insbesondere, fürchte ich, wird man darunter die Weitergeltung der von den Alliierten über das Bundesgebiet abgeschlossenen Verträge verstehen. Ferner soll die Gesetzgebung der Besatzungsmächte weiterdauern. Ein Teil wird zwar zur Diskretion der Bundesrepublik gestellt, ein anderer Teil aber, der das Instrument für die Durchführung der wichtigsten Besatzungszwecke war, wird auch künftig nicht ohne Zustimmung der Besatzungsmächte abgeändert werden können. Das bedeutet doch die vertragliche Übernahme von Besatzungsrecht, also von Instrumenten der Machtpolitik der Sieger von gestern. Das Gesetz Nr. 63 z. B. soll aufrechterhalten bleiben, der Schutz deutscher Spitzel, die im Dienst der Besatzungsmacht gestanden haben; die Dekartellisierungs- und Dekonzentrierungsgesetzgebung, also das berühmte Gesetz Nr. 27, soll durchgeführt werden. Da hat denn doch ganz offenbar der französische Wirtschaftsminister nicht so ganz unrecht gehabt, als er bei seiner Rede in der Pariser Kammer zum Schumanplan sagte, daß auch das Gesetz Nr. 27 auf Grund internationaler Vereinbarungen gelten solle.

Weiter sollen gewisse Dienststellen — Agenturen — aufrechterhalten bleiben, die der Überwachung bestimmter Besatzungszwecke dienen sollen. Es soll das alliierte Berufungsgericht in Restitutionssachen beibehalten werden. Und was besonders verhängnisvoll ist, es stehen auch Vorbehalte bezüglich der Regelung der Reparationen in diesen Verträgen. Es soll nämlich das Recht zugegeben werden, über die noch nicht liquidierten Auslandsguthaben in Portugal, Spanien, Österreich und der Schweiz zu verfügen.

Gleichzeitig sollen die Auslandsschulden übernommen und das deutsche Auslandsvermögen preisgegeben werden.

Auf der anderen Seite soll alliierten Staatsangehörigen gehöriges Eigentum in Deutschland auf Jahre hinaus privilegiert werden; es soll nicht dem Lastenausgleich unterworfen werden.

Meine Damen und Herren, das ist doch eine Unmöglichkeit! Die Herren haben doch ihr Eigentum in Deutschland einmal begründet, als sie glaubten, auf deutschem Boden für sich Chancen zu finden. Wer die Chance in Anspruch nimmt, muß auch das Risiko auf sich nehmen, auch das politische Risiko.

Eine Tür ist entweder offen, oder sie ist zu. Man ist entweder besetztes Land oder nichtbesetztes Land.

Herr Euler, Sie haben gestern das Junktim zwischen Verteidigungsvertrag und Generalvertrag begrüßt. Tun Sie das auch heute noch nach der Erklärung des amerikanischen Staatssekretärs für das Äußere, Dean Acheson, der gesagt hat, wir bekämen den Generalvertrag nur gegen Soldaten? Das war doch der Sinn dessen, was er gesagt hat. Man hat also da ganz offen kein Interesse an und für sich an einem freien und unabhängigen Deutschland, sondern offenbar ein Interesse an einem freien Deutschland nur dann, wenn dieses Deutschland bereit ist, Soldaten zu stellen. Das war keine gute Schützenhilfe, die da von Washington geleistet worden ist, Herr Euler.

Der Generalvertrag sagt, daß die Eingliederung Deutschlands in eine europäische Gemeinschaft erfolgen solle, die ihrerseits der atlantischen Gemeinschaft angegliedert wird. Die europäische Gemeinschaft ist der atlantischen Gemeinschaft als Ganzes anzugliedern. Dazuhin aber sind außer Deutschland die Partner der europäischen Gemeinschaft als Einzelmitglieder in dieser Atlantischen Gemeinschaft, in der NATO. Deutschland also vermag auf die Atlantische Gemeinschaft nicht zu wirken und ist nur passiv beteiligt. Das heißt, es darf ihre Beschlüsse ausführen, es ist Material für Beschlüsse anderer! Daß deutsche Offiziere auch in hohe Stäbe kommen können, das schafft doch noch keine Gleichberechtigung. Auch wenn Sie an die Spitze eines Regiments der Fremdenlegion einen Deutschen als Oberst stellen, bleibt das doch noch ein Regiment der Fremdenlegion.

Entscheidend ist doch nicht, wer die Einheiten kommandiert, sondern, wer als letzter über den Einsatz der Truppe verfügt. Das tun die Organe der europäischen Verteidigungsgemeinschaft nicht; sie heben die Truppen aus, sie bilden sie aus und sie stellen sie dem atlantischen System zur Verfügung. Die Verfügung liegt bei den Organen des atlantischen Systems, in dem Deutschland nicht vertreten ist, aber Frankreich, Belgien, Holland, Luxemburg und Italien.

Was die militärische Verfügungsmacht anbetrifft, so ist das entscheidende militärische Organ im Atlantiksystem das sogenannte permanente Komitee, das Dreier-Komitee, ein Amerikaner, ein Engländer und ein Franzose. Dort fallen die militärischen Entscheidungen, die wichtigen, die echten Entscheidungen. Ein Staat, der dort nicht vertreten ist, ist letzten Endes an der eigentlichen Verfügung über das Schicksal der Truppen, die er stellt, nicht beteiligt.

Nein, aber ein Staat wie Deutschland, der doch nicht nur einer der größten Partner ist, sondern schon durch seine geographische Lage der Partner ist, auf den es am meisten ankommt, sollte darin vertreten sein.

Wenn man aber echte Partnerschaft will, muß man bereit sein, das natürliche Gefälle, das zu Lasten eines Partners besteht, durch zusätzliche Leistungen derer auszugleichen, die das können.

Man hat gesagt: In Korea wird geschossen, in Indochina wird geschossen, in Agypten, in Tunis, überall ist die Hand des Kreml zu spüren.

Jawohl, überall dort ist die Hand des Kreml zu spüren. Dort führt der Kreml den Kalten Krieg auf diese Weise, und er kann das, weil er sich dort des elementaren Bedürfnisses sozial deklassierter Bevölkerungen bedienen kann, die sich der Herrschaft der Latifundienbesitzer entziehen wollen, und weil er sich dort des elementaren Freiheitsimpulses von Bevölkerungen bedienen kann, die endlich die Kolonialherrschaft loswerden wollen.

Wir müssen doch zunächst einmal die Realitäten anschauen. Die erste Realität, vor der wir stehen, ist der Kalte Krieg. Diesen kalten Krieg müssen wir gewinnen, und wir gefährden die Möglichkeit, ihn zu gewinnen, wenn wir den Glauben des Volkes erschüttern, daß sein Wille respektiert wird. Denn nur dann, wenn das Volk weiß, daß man seinen Willen respektiert, wird es die moralische Widerstandskraft aufbringen, ohne die der Kalte Krieg nicht gewonnen werden kann. Wir gefährden die Möglichkeit, ihn zu gewinnen, wenn wir uns finanziell ruinieren und wenn wir vor lauter Divisionen vergessen, Herr Kollege, daß alle Soldaten nichts helfen werden, wenn das Volk nicht von innen her gegen den demoralisierenden Sog immunisiert wird, der vom Osten her nach ihm greift.

### **3.16 Dr. Adenauer, Bundeskanzler**

Meine verehrten Anwesenden! Mir ist durch Abmachungen mit den drei anderen Signatarmächten des Generalvertrags die Möglichkeit genommen, mich über die Einzelheiten hier auszulassen.

Eine solche Abmachung, wie ich sie eben gekennzeichnet habe, liegt absolut in der Natur der Sache und ist durch auch in unserem Interesse liegende Notwendigkeiten begründet.

Denn ich habe Ihnen doch schon gestern gesagt: das Ganze ist ein großes Werk, das noch nicht fertig ist und das man erst beurteilen kann, wenn es' Ihnen fertig vorgelegt wird.

Dann, glaube ich, ist auch der Zeitpunkt gekommen, an dem man zu dem, was vorläufig vereinbart ist, positiv oder negativ Stellung nehmen kann.

Aber wie das heute vom Herrn Abgeordneten Schmid beliebt worden ist, ist es ein völlig unmögliches und untragbares und in der parlamentarischen Geschichte niemals vorgekommenes Verfahren.

### **3.17 Dr. Schmid (Tübingen) (SPD)**

### **3.18 Dr. Adenauer, Bundeskanzler**

### **3.19 Dr. von Merkatz (DP)**

Ich brauche mich nicht in die Militärphilosophie zu verlieren, aber ich - möchte das Wort vom Militarismus, das letztthin bereits aus einer Kriegspropaganda des ersten Weltkrieges stammt, in ernsthaften Diskussionen möglichst überhaupt nicht mehr hören; denn wenn es Leute gegeben hat, die vom wilden Soldaten gebissen waren — das hat es in anderen Armeen auch gegeben.

Dann kommt die berühmte Geschichte vom Vorrang der Sozialpolitik. Hat man denn so wenig einsichtig die Finanzpolitik der gegenwärtigen Bundesregierung verfolgt, daß man nicht sieht,

daß die Finanzpolitik darauf gerichtet war, in einem zähen Ringen und mit der notwendigen Voraussicht die Sozial- und Wirtschaftspolitik der Bundesrepublik zu sichern?

Hinter dem Argument: „Erst die Sozialpolitik, dann alles andere!“ verbirgt sich ja immer wieder die Diffamierung, gegen die wir uns wenden müssen, die Bundesregierung treibe keine wirksame Sozialpolitik.

Aber was heißt denn das: „erst einmal den letzten Krieg liquidieren“?

Im Rahmen der Verfassungsfragen hat Herr Kollege Etzel etwas sehr Gefährliches gesagt. Er hat auf die Frage Bezug genommen, welchen Status denn ein Soldat der europäischen Verteidigungsorganisation haben wird, und er hat dann völlig abwegige Schlüsse aus der Kapitulation und aus den Kontrollratsgesetzen sowie aus dem ehemaligen Viermächte-Regime gezogen.

Ich halte mich für verpflichtet, dazu Stellung zu nehmen, damit nicht etwa ein russischer Vertreter eines Tages im Sicherheitsrat etwas vorbringt, was der Kollege Etzel bestimmt so gar nicht gemeint hat und auch gar nicht hat sagen wollen. Ein Soldat der europäischen Verteidigungsgemeinschaft ist eben nicht Soldat einer Nation, sondern Soldat der Gemeinschaft. Die Verteidigungsgemeinschaft ist zwar kein europäischer Bundesstaat, sondern eine Verwaltungsorganisation. Kriegerrechtlich ist damit aber der Status eines Soldaten dieser Organisation vollkommen festgelegt.

Wenn ich mich auf den Standpunkt der europäischen Gemeinschaft stelle, brauche ich nicht dazu Stellung zu nehmen, was Potsdam und Yalta gewesen sind, ob das Verträge waren oder nicht. Dann mag sich der Jurist ausdenken, was es bedeutet, wenn sie nicht ratifiziert worden sind. Das nur nebenbei. Die Diskussion der Frage, was die militärische Kapitulationsurkunde war, behalten wir uns, wie gesagt, vor, am besten im Rechtsausschuß, wenn es einmal notwendig wird.

Ich weiß nicht, aber ich glaube, der Herr Bundeskanzler hat in seiner Rede schon gesagt, was damals die akute Gefahr war, und auch die Opposition hat ausgeführt, worin die akute Gefahr bestand. Das ist im Jahre 1950 die Neutralisierung gewesen. Nun, meine Damen und Herren, die Begriffe „Neutralität“, „Neutralisierung“ und „Verteidigungsbeitrag“ gehen etwas durcheinander, da muß man zunächst mal einiges klarstellen. Daran, daß wir erklären, wir wollen neutral sein, kehrt sich kein Mensch, der die Macht hat, diese Neutralität zu verletzen. Es gibt, wie Sie wissen, die vier Fälle der denkbaren Neutralität, aber ich will sie hier jetzt nicht im einzelnen aufzählen. Der Kernpunkt ist jedenfalls immer, daß man diesen Willen, neutral zu bleiben, respektiert. Sehen Sie sich nun das Kräfteverhältnis an! Aber was bedeutet Neutralisierung? Genau das, was der Russe haben will! Dann brauchte er gar keinen Krieg zu führen, um ganz Deutschland in seinen Machtbereich einzubeziehen; denn damit hätte er dieses Ziel ohnehin schon erreicht. Aber noch etwas bedeutet es: nicht etwa, daß dieses Gebiet dann nicht vom Krieg überzogen wird, sondern ich behaupte: die Neutralisierung zieht den Krieg geradezu herbei.

Denn jede kleinste Verschiebung der Macht zugunsten der Sowjetunion oder zugunsten der Westmächte trägt dann die Gefahr in sich, daß angesichts einer solchen Neutralisierung die eine oder die andere Seite zur Intervention schreitet. Im übrigen zementiert — dieses scheußliche Wort ist neuerdings bei uns aufgekommen, offenbar aus einer Art Bunkersprache — doch die Neutralisierung einen Zustand absoluter Ohnmacht und damit die Notwendigkeit, dann Befehlsempfänger bei allen vier Mächten zu sein. Und zum dritten bedeutet Neutralisierung nicht etwa eine Garantie des Friedens, sondern geradezu die Gewährleistung dafür, daß jeder Streit zwischen den vier Mächten auf unserem Rücken ausgetragen wird.

Diese Gefahr angesichts der Methoden des Kalten Krieges, der Fünften Kolonne, abzuwenden, ist doch zunächst einmal das Politische.

### 3.20 Goetzendorff (Fraktionslos)

Alle noch so spitzfindigen und tiefgründigen Debatten können uns nicht darüber hinwegtäuschen, daß wir in einem Lande leben, in dem die Reichen immer reicher und die Armen immer ärmer werden, einem Lande, in dem die Skala der unerhörten sozialen Spannungen von der Königsallee in Düsseldorf bis zu den Elendslagern der Vertriebenen im Bayerischen Wald reicht.

Diesem zerbombten, entnazifizierten und ausgepowerten deutschen Volk, das in seiner jüngsten Vergangenheit so unerhörte Blutopfer gebracht hat, mutet man wieder zu, einen Verteidigungsbeitrag zu leisten, einen Beitrag, der nicht nur in Geld, sondern in deutschen Menschenleben besteht, wenn irgendwo auf der Welt wieder einmal ein Massengrab droht. Ich bin überzeugt, daß sich in diesen Tagen viele junge Deutsche fragen werden, ob es sich überhaupt lohnt, für diese Bundesrepublik zu sterben.

Ich bin überzeugt, daß sich das viele junge Menschen überlegen werden, insbesondere wenn sie in der Presse lesen, daß Vertreter der Bundesregierung der Ansicht seien, es könnten nur etwa 9 bis 10 Milliarden jährlich für den Verteidigungsbeitrag aufgewandt werden, und wenn sie dabei bedenken, daß man ihnen seit Jahren den Lastenausgleich vorenthält, der ein Geringeres erfordert hätte als das, was man jetzt pro Jahr aufzuwenden gedenkt. Es kann keine Frage sein, daß, bevor eine Entscheidung über den Verteidigungsbeitrag fällt, das soziale Gefälle in diesem Lande planiert werden muß. Die andere unverzichtbare Bedingung ist die Forderung nach voller Gleichberechtigung des deutschen Volkes, nicht nur in der europäischen Gemeinschaft, sondern auch im Atlantikpakt. Wenn von uns gefordert wird, daß wir im Ernstfall gemeinsam mit den Soldaten der anderen freien Völker sterben sollen, dann setzt dies die Ausmerzung jeder Diskriminierung voraus.

Es gibt Kreise, die glauben, aus der Sehnsucht der Vertriebenen nach ihrer Heimat ein politisches Geschäft machen zu können. Denen sei gesagt, daß die Ostdeutschen hellhörig geworden sind. Sie wissen, daß die Rückkehr in die gestohlene Heimat nicht durch einen Krieg mit ungewissem Ausgang erstrebt werden kann. Sie wollen nicht an einem Kreuzzug gegen den Bolschewismus teilnehmen, um an der Heimat vorbei in die sibirischen Gefangenenlager zu marschieren. Sie haben nicht vergessen, daß Amerikaner und Engländer bei dem verbrecherischen Akt von Potsdam Pate gestanden haben, und sie fordern: bevor der Verteidigungsbeitrag ernsthaft diskutiert wird, müssen sich die freien Völker von Yalta und Potsdam nicht nur rhetorisch, sondern durch vertragliche Zusicherung distanzieren. Nicht der Herr Bundeskanzler wird in einem künftigen Krieg als Kanonenfutter in den Schützengraben gehen, sondern jene Deutschen, die heute befürchten, daß über ihren Kopf hinweg entschieden wird.

### 3.21 Dr. Schröder (Düsseldorf) (CDU)

Ich möchte ganz kurz zusammenfassen, was wir als eine notwendige Voraussetzung für den Abschluß des Generalvertrags und seiner Übergangsbestimmungen ansehen. Dazu gehört nach unserer Auffassung erstens ein klares Ende des Besatzungsregimes, und dazu gehört nach unserer Meinung, daß der Truppenvertrag einem üblichen internationalen Standard entsprechen muß. einem Standard, für den es Beispiele in dem NATO-Statut, in dem europäischen Truppenstatut und schließlich auch in den Vergleichen mit Regelungen aus dem zweiten Weltkrieg

gibt.

Wir sind zweitens der Auffassung, daß irgendeine Souveränitätsbeeinträchtigung nur insoweit noch möglich sein kann, um eine Viermächtelösung der Wiedervereinigung Deutschlands nicht provokatorisch zu inhibieren und den Berliner Status nicht zu gefährden.

Wir sind auf dieser Basis drittens der Auffassung, daß man alle besatzungsrechtlichen Versteinerungen beiseite lassen sollte, die durch den Grundgedanken des Generalvertrags nicht gedeckt sind. Um die praktische Aktualität — oder ich möchte sagen: Nicht-Aktualität — dieses Beispiels zu zeigen, möchte ich sagen: wir werden es keinem jungen Deutschen zumuten, einen Panzer zu besteigen, solange die Alliierten sich etwa noch eine Kontrolle der deutschen Gewerbefreiheit vorbehalten sollten.

Als vierten Punkt darf ich herausstellen, daß wir alle einseitigen Erzeugungs- und Forschungsverbote ablehnen müssen, weil sie auf der Basis einer Gemeinschaftsaufgabe unerträglich sein würden als der Ausdruck einer minderen Rechtsstellung. Nach unserer Meinung muß das Ende des Besatzungsregimes und das Ende der Besatzungskontrollen zusammenfallen. Auch auf dem an sich sehr schwierigen und in diesem Hause häufiger behandelten Gebiet der Entflechtungen dürften sich entsprechende Lösungen finden lassen.

Fünftens kann man nicht gleichzeitig ein deutsches europäisches Kontingent und daneben die bisherigen Dienstgruppen haben, wobei wir bereit sind, anzuerkennen, daß die Beseitigung dieser Dienstgruppen stufenweise und parallel zum Aufbau des deutschen Kontingents vollzogen werden sollte.

Sechstens ist zum finanziellen Verteidigungsbeitrag anzumerken, daß er einseitige Besatzungskosten ausschließt, daß keine getrennten Zahlungen für eine europäische Armee und amerikanisch-britische Truppen in Frage kommen werden und daß bei der Festlegung unseres finanziellen Verteidigungsbeitrags berücksichtigt werden muß, mit welchem Übermaß von sozialen Lasten die Bundesrepublik durch das Problem der Vertriebenen und die besondere Fürsorge für Berlin belastet ist.

Wir müssen siebentens paritätisch besetzte Schiedsgerichte und gemischte Gerichte, soweit sie vorgesehen sind, anstreben.

Achtens brauchen wir eine Anpassung des Berliner Besatzungsstatus an die neue Lage in der Bundesrepublik und eine Festigung der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und Berlin, die bisher noch durch besatzungsrechtliche Kontrollen erschwert war.

Meine Damen und Herren! Ich bin der Überzeugung, daß wir in allen diesen acht Punkten positive Ergebnisse in den Verhandlungen werden erzielen können, weil ich glaube, daß diese Verhandlungen in einem allgemeinen europäischen Interesse positiv verlaufen müssen.

Aber erlauben Sie mir in die sem Zusammenhang eine Bitte an die westliche Welt: zu verstehen, daß viele gute Absichten und Reformideen bei uns nur Eingang finden können, wenn sie nicht von vornherein mit dem Makel des Siegerrechts belastet werden.

Ich hatte am vergangenen Sonntag Gelegenheit, einer Einladung folgend in einer Betriebsräte- und DGB-Funktionärversammlung zu sprechen, in der ein Vorstandsmitglied des Deutschen Gewerkschaftsbundes das Hauptreferat hielt. Es ist die erste Versammlung, an der ich in meinem Leben teilgenommen habe, die nicht ordnungsgemäß zu Ende geführt werden konnte, und zwar deshalb nicht, weil dort von einer offensichtlich radikalen und ferngesteuerten Gruppe die

schärfsten Anträge gestellt wurden, die in diesem Augenblick überhaupt nur denkbar waren: Rücktritt des Bundesvorstandes, und schließlich wurde die Ausrufung des Generalstreiks für den Fall gefordert, daß ein Wehrgesetz verabschiedet werden sollte. Über diese Dinge mit der äußersten Linken dieses Hauses zu sprechen ist selbstverständlich von vornherein hoffnungslos.

Aber den Kollegen, die neben dieser äußersten Linken sitzen, möchte ich dazu sagen, daß links und rechts von mir in dieser Versammlung Männer aus ihren Reihen saßen, die entsetzt in den Ruf ausbrachen: Unsere Leute gehen ja mit! — Meine Damen und Herren, das sollte Sie sehr, sehr nachdenklich stimmen.

Ich möchte in diesem Zusammenhange offen anerkennen und aussprechen, daß ich große Achtung vor dem Mut des Bundesvorstandes und des Bundesausschusses der deutschen Gewerkschaften habe, die in dieser Lage ein klares Wort demokratischer Verantwortung als Führer einer großen demokratischen Organisation gesprochen haben.

### 3.22 Dr. Richter: (Niedersachsen) (Fraktionslos)

Aber wenn wir schon über die Remilitarisierung hier sprechen und Sie sich so für diese Sache einsetzen, dann mache ich Ihnen nur den einen Vorschlag: Stellen Sie doch den Antrag, daß der Bundestag als kriegsstarkes Bataillon vorneweg geht! Ich würde allerdings unter dem Kommando, das wir heute haben, dann für mich die Kleiderkammer ausbitten. Ich war im letzten Kriege nämlich vorn und möchte in diesem Krieg nicht für eine Firlefanzeri meine Haut zu Markte tragen.

Ich erinnere an die zahllosen Prozesse, ich erinnere daran, daß heute noch Deutsche, die nichts anderes —, getan haben als ihre soldatische Pflicht, in Gefängnissen sitzen können. — Darüber hinaus weise ich darauf hin, daß schon an einem Eid jede westdeutsche Wehrmacht zerbrechen muß.

Die Entscheidung ist heute: sollen wir uns in eine West- oder Ostkonzeption bedingungslos — wie es ja letzten Endes sein wird — eingliedern lassen oder nicht? Wir sind durchaus nicht die „Ohne uns“, und ich möchte darauf hinweisen, daß ich zu einer Zeit, als Sie überhaupt kein Gewehr gedanklich aufzunehmen in der Lage waren, mich bereits für eine deutsche Nationalarmee eingesetzt habe.

Eine heutige Eingliederung erscheint uns schon deswegen als vollkommen verfehlt, weil einmal die Regierung immer wieder betont hat, daß sie nur ein ganz bestimmtes Deutschland als Deutschland versteht und gewisse urdeutsche Gebiete eben nicht zu diesem Deutschland rechnet, und weil darüber hinaus auch der Herr Bundeskanzler in London erklärt hat, daß man zwar die Oder-Neiße-Linie nicht anerkennen wolle, daß man aber doch über diese Fragen reden könne, wenn man wisse, wie Polen gegenüber dem Westen eingestellt sei. Das heißt, man macht heute schon den Polen und nicht nur ihnen irgendwelche verlockenden Angebote oder zum mindesten irgendwelche verlockenden Aussichten. Man sagt ihnen, ihr könnt, wenn es darauf ankommt, damit rechnen, daß wir auf irgendwelche Gebiete verzichten.

Sie brauchen sich gar keine Mühe zu geben. Ich habe hier eine Zeitung, die Sie von der CDU als gute christliche Menschen kennen müßten, eine katholische Zeitung, nämlich die „Deutsche Tagespost“, in der ein Ausspruch Montgomerys steht, der erklärt hat, daß selbst einer längeren Besetzung Westeuropas durch die Sowjets schon aus psychologischen Gründen ein Operationsplan der Westmächte zugrunde gelegt werden dürfe. Ich glaube, damit ist alles gesagt. Man will

uns erst von der einen Seite befreien; dann werden wir von der andern Seite wieder befreit, und so geht es hin und her à la Korea, und diejenigen, die dann die wirklich Leidtragenden sind, sind vielleicht nicht Sie, aber draußen das deutsche Volk. Weil wir uns für das deutsche Volk einsetzen und nicht wollen, daß es unnütz Blut lassen soll, daß es wieder einmal seine Haut für fremde Interessen zu Markt tragen soll, deshalb wenden wir uns mit aller Entschiedenheit gegen Ihre Absichten.

### 3.23 Dr. Ehlers (CDU)

Es ist noch niemals, glaube ich, in der Geschichte der Bundesrepublik und seit langer Zeit auch in der Geschichte des deutschen Volkes vorgekommen, daß eine politische Entscheidung so unmittelbar und stark in den religiösen Bereich vorgestoßen ist.

Ich muß sagen — und das, glaube ich, meine Damen und Herren, darf ich hier sagen, weil es niemandem in seiner persönlichen religiösen Überzeugung zu nahe tritt —: wir sind gehalten, diese Bedenken und Sorgen der Christen in unserem Volk und in allen anderen Völkern mit großer Aufmerksamkeit zu hören.

Lassen Sie mich darum zu einigen Argumenten etwas sagen, die in diesem Zusammenhang immer wieder vorgebracht werden. Wir hören bis zum Überdruß — und manche dieser Dinge werden selbst im christlichen Bereich bis zum Überdruß gesagt —, das Wort Gottes habe uns die Waffen aus der Hand geschlagen, damit wir sie niemals wieder aufnehmen könnten. Daß Gott uns die Waffen aus der Hand geschlagen hat, das allerdings ist richtig, und das ist unsere gemeinsame Überzeugung.

Ich bin glücklich darüber, daß quer durch dieses Haus hindurch darüber Einigkeit besteht, und es möge uns niemand — keiner dem andern — unterstellen, daß wir noch einmal 1933 oder 1935 oder 1939 oder 1941 wollten! Niemand!

Aber wenn wir dann diesen Willen Gottes ernst nehmen, dann, meine ich, sind wir auch gefordert, nicht aus falschen Erwägungen unserem Volke grundsätzlich das zu verwehren, was anderen Völkern mit Selbstverständlichkeit zugestanden werden muß. Denn diese Völker leben wie wir in einer Welt, die weder durch unseren Willen noch offenbar durch die Politik der anderen plötzlich zu einem Hort des Friedens geworden ist.

Meine Freunde, ich darf dann wohl vielleicht bei allem, was so negativ über Amerika gesagt wird, auch einmal feststellen, daß nach meinem Eindruck das, was die amerikanischen Christen von 1945 bis heute getan haben, der stärkste Beitrag zum Frieden der Welt ist, den es überhaupt geben kann.

Und wenn wir die Interessen Deutschlands zuerst vertreten, dann werden wir das mit Nachdruck, aber auch mit Verantwortungsgefühl tun müssen, weil wir alle Augenblicke spüren, daß ja selbst die Vertretung gemeinsamer europäischer Interessen offenbar eine hockst schwierige Angelegenheit ist. Herr Kollege Arndt, in diesem Zusammenhang muß ich doch meine Betrübnis über ein Wort ausdrücken, das Sie gesprochen haben, nämlich den Satz: „Amerika kann Deutschland nicht aufgeben.“ Herr Kollege Arndt, ich fürchte, es kann es.

Aber selbst wenn es es nicht könnte, scheint es mir unklug zu sein, eine nach Ihrer Meinung bestehende Zwangslage Amerikas, sich selbst an der Elbe verteidigen zu müssen, so auszunutzen, wie Sie es hier vorschlagen.

Wir haben gerade in diesen Tagen einen Bericht des Herrn Kirchenpräsidenten D. Stempel aus Speyer bekommen, der sämtliche deutschen Gefangenen in Frankreich, in Belgien und in Holland hat besuchen und darüber nicht sehr viel Gutes hat berichten können. Wir meinen, daß diese Dinge aus Rechtsgefühl — ich will nicht an Staaten appellieren, in einer christlichen Verantwortung zu handeln — und aus politischer Klugheit in Ordnung gebracht werden müssen.

Wir werden uns allerdings nicht durch den Lärm einer gewissen Propaganda darüber hinwegtäuschen lassen, daß die eigentlich uns bedrängenden Nöte in dieser Frage nicht aus dem Westen, sondern aus dem Osten herrühren.

Ich sage das, meine verehrten Damen und Herren, weil ich den Eindruck habe, daß viele Leute — auch im Raum der Kirche — mit einer merkwürdigen Diskreditierung des Westens ihre Politik betreiben. Wir sind die letzten — wenn man am dichtesten dran ist, merkt man es ja am leichtesten —, die nicht wüßten, was in unserem Staat und im Westen faul ist. Aber wir sollten uns keinen Augenblick durch eine falsche und scheinbare Gerechtigkeit zu der Meinung bringen lassen, daß das, was im Osten ist, im Vergleich zum Westen überhaupt nur erwägenswert sei.

Ein weiteres zum Thema des Pazifismus. Ich glaube nur, daß wir das etwas näher untersuchen müssen. Es gehen mir zuviel Leute im Lande herum und wenden ein Gebot — „Du sollst nicht töten!“ — sehr primitiv auf die politischen Verhältnisse der Welt an, weil es ihnen gerade so paßt.

Wir haben uns dahin entschieden, das Gewissen, auch das vielleicht irrende Gewissen ernst zu nehmen. Ich meine, daß wir niemanden im Volke dem Druck aussetzen können, daß das unter irgendeinem anderen Vorzeichen einmal anders entschieden werden könnte.

Ich muß aber zwei Dinge hinzufügen, damit das nicht unklar bleibt. Zwischen der Nötigung des an Gott gebundenen Gewissens und dem von Gott gesetzten Anspruch des Staates ist der Raum, in dem wir unsere Position zu bestimmen haben. Der Staat und die Kirche haben das Gewissen, auch das irrende Gewissen zu schützen. Sie haben aber ebenso klar herauszustellen, daß das selbstsüchtige Ich, das sich selbst zur Norm setzt und das die Lasten der Ordnung, deren Schutz es in Anspruch nimmt; ablehnt, nicht von Staat und Kirche geschützt werden dürfte.

Meine Damen und Herren, wir sind heute ja noch nicht so weit; aber ich habe mich gerade mit Erfolg darüber belehren lassen, daß die eigentliche Form des soldatischen Dienstes im Staat, die vor dem christlichen Gewissen bestehen könne, nicht das Söldnersystem, sondern die allgemeine Wehrpflicht sei.

Ich habe mich in den letzten Wochen gefragt, ob irgend jemand, der die Eventualität nur so sieht: entweder Wiederbewaffnung oder deutsche Einheit, uns einen Weg weisen würde, der heute und hier in einer anderen und wirkungsvolleren Weise die Wiederherstellung der deutschen Einheit ermöglichte. Ich habe von keinem Weg gehört, keinem einzigen!

Meine Damen und Herren, wir können die Frage der Einheit nicht ohne das Wort Freiheit aussprechen. Die Freiheit ist nicht nur ein politisches Postulat, sondern die Freiheit ist eine Forderung des Glaubens, weil die Würde des Menschen davon abhängt, daß er frei ist. Darum kämpfen wir für die Freiheit.

Eine Einheit, die die Freiheit opfert, ist irreparabel, aber eine Freiheit, die die Einheit, weil denn kein anderer Weg gewiesen ist, notgedrungen zeitweise suspendiert, gibt die Entscheidung über das, was geschehen muß, künftig in unsere Hand.

Wir erkennen jede echte Sorge an; sie ist die unsrige. Wir achten jedes Gewissen, weil wir fordern, daß unsere Gewissen geachtet werden. Aber wir lehnen alles ab, was direkt oder auf einem Umwege die deutsche Freiheit stürzt, weil dann nicht nur wir, sondern Europa und vielleicht noch mehr stürzen. Ich habe in einem Vortrag der Notgemeinschaft den so primitiven Satz gelesen: „Wer nicht schießen will, muß sprechen.“

Meine Damen und Herren, es hat leider noch niemals geholfen, daß man gegen Kanonen und Panzer angeredet hat.

### 3.24 Fröhlich (BHE-DG)

Wir sind uns in der Beurteilung der politischen Lage, wie sie hier an dieser Stelle vom Herrn Bundeskanzler dargestellt worden ist, vollkommen einig. Es ist auffallend, daß es die Sowjetunion gerade in einer Zeit — nach dem Zusammenbruch von 1945 —, in der die westlichen Siegermächte bis auf ein Minimum ihre Streitkräfte abrüsteten, unternommen hat, sich ein militärisches Potential zu schaffen, das nicht nur der Verteidigung dient, sondern ein Überpotential, das nach meiner Auffassung nur den Sinn haben kann, zu gegebener Zeit den kalten Krieg durch einen heißen zu ersetzen. Alle, die der Meinung sind, daß eine solche Gefahr nicht besteht, weil die Sowjetunion bisher von dem Mittel des heißen Krieges keinen Gebrauch gemacht hat, irren sich. Ich glaube, wir müssen zu jeder Zeit damit rechnen, daß die Sowjetunion dieses Überpotential einsetzt. Nach unserer Auffassung wäre es unverantwortlich, wenn man dieser Gefahr gegenüber die Hände in den Schoß legen würde.

Es wäre gegenüber dem, was wir nach 1945 in unsäglichen Mühen und Opfern schon wieder erreicht haben, unverantwortlich!

Heute ist viel über die Einheit Deutschlands gesprochen worden. Wir Ostdeutsche haben es nicht nötig, hierüber noch irgend etwas zu sagen. Aber eines glaube ich aussprechen zu müssen: Es bilde sich keiner unserer Landsleute aus dem deutschen Osten ein, daß uns die Ostgebiete durch Bitten und Betteln von allein in den Schoß fallen!

Wenn wir überhaupt den Glauben haben, daß uns diese Gebiete im Frieden zurückgegeben werden, dann nur so, daß die Kräfte der freien Völker des Westens zusammengefaßt werden, um dann in einer gleichstarken Position mit der anderen Seite zu Verhandlungen zu kommen, die uns unserem Ziele eher näherbringen würden als aus einer Phase der Ohnmacht heraus.

Es wäre nicht gut, wenn auf diese Art und Weise die Integration Europas gehemmt oder auf unbestimmte Zeit hinausgeschoben würde. Nun zur Frage des Wehrbeitrags. Es ist eine Tatsache, daß ein großer Teil der deutschen Bevölkerung heute einen Wehrbeitrag ablehnt. Es ist auffallend, daß im besonderen die deutsche Jugend noch nicht eine innere Bereitschaft zeigt, einen Wehrbeitrag zu leisten. Ob uns das angenehm oder unangenehm ist: es ist notwendig, in aller Sachlichkeit diese Feststellung zu treffen. Ich glaube, der Grund für diese Abneigung heute ist zum großen Teil darin zu suchen, daß die Besatzungsmächte nach dem Zusammenbruch von 1945 die deutschen Soldaten und das deutsche Volk bitter enttäuscht haben, daß sie oftmals die gleichen Mittel gegen die Deutschen anwandten, für deren Anwendung Deutsche bitter hart bestraft worden sind. Aus diesem Grunde bestehen tiefe Ressentiments innerhalb unserer deutschen Jugend. Wir haben uns damit abzufinden. Es wird notwendig sein, diese Ressentiments langsam, aber sicher abzubauen.

Es ist richtig; der Politiker kann auf der Basis von Ressentiments keine Politik machen. Aber

ich glaube, wir würden zuviel verlangen, wenn wir das von allen andern erwarten würden.

Ich erinnere auch an die von den Westmächten, unseren zukünftigen Partnern, noch zurückgehaltenen deutschen Kriegsgefangenen.

Ich erinnere mich sehr wohl an die Zeit nach dem Zusammenbruch, als wir Soldaten versucht haben, uns eine neue Existenz zu gründen. Für viele war es um so schwieriger, als sie nach diesem harten Kriegsausgang auch noch ihre Heimat und damit jegliche Unterstützung verloren hatten. Wir haben es damals erlebt, daß die Besatzungsmächte den deutschen Soldaten oft verhöhnt und seine Ehre beschmutzt haben. Es waren aber nicht nur die Besatzungsmächte, sondern bedauerlicherweise auch manche deutschen Dienststellen. Ich habe es selber erlebt, daß mir in dieser Zeit die Besatzungsmacht die einfache Arbeit mit einem Monatsverdienst von 150 Mark für meine fünfköpfige Familie erlaubte, während der Leiter eines Arbeitsamtes erklärt hat: Sie haben kein Recht auf Arbeit, Sie sind ein Militarist.

Das ist kein Einzelfall. Es ist Hunderttausenden so gegangen. Diese Herrschaften haben nach 1945 Beförderungen erlebt, die es in der deutschen Wehrmacht nie gegeben hat. Bei uns in der Wehrmacht war es nicht möglich, es in fünf Jahren bis zum Stabsoffizier zu bringen. Aber diesen Herrschaften ist es gelungen, in fünf Jahren bis zum Regierungsrat zu kommen. Ob sie das verdient haben, ist eine andere Frage.

Es kamen dann noch die unglückselige Entnazifizierung und weitere Maßnahmen der Entmilitarisierung hinzu. Ich erinnere mich da an ein Spruchkammerurteil, in dem stand: Er wird zu zwei Jahren Sonderarbeit verurteilt; von einer Geldstrafe wird nur deshalb abgesehen, weil er Heimatvertriebener ist und weil ihm Anschuldigungen nach Paragraph sowieso — als Militarist — nicht nachgewiesen werden können. Das heißt also: Du wirst wegen Diebstahls verurteilt; aber wir können dir nicht nachweisen, daß du gestohlen hast.

Wir haben festgestellt, daß in dem zukünftigen Vertrag über den Wehrbeitrag erfreulicherweise mehrfach festgelegt ist, diskriminierende Maßnahmen gegenüber der Bundesrepublik könnten nicht mehr Anwendung finden. Ich glaube aber, sagen zu müssen, daß das für uns auch die Verpflichtung in sich schließt, alle diskriminierenden Maßnahmen gegen deutsche Soldaten, die heutenoch in unseren Gesetzen verankert sind, nunmehr schnellstens zu beseitigen. Diese Bitte richte ich an die Bundesregierung.

Wir können nicht auf der einen Seite verlangen, daß wir in der europäischen Verteidigungsgemeinschaft nicht benachteiligt werden; wir müssen daraus aber auch die Konsequenzen ziehen: wir selbst müssen diese Diskriminierungen des deutschen Soldaten in allen Gesetzen beseitigen. Ich erinnere da noch an manches Unerfreuliche, was in dem Gesetz zu Art. 131 steht: Nichtanerkennung von Beförderungen, Nichtanerkennung der Zeit der Gefangenschaft usw.

Das hat materielle Gründe; aber, Herr Kollege, wenn man daran denkt, daß wir heute 10 Milliarden für den Wehrbeitrag angeboten haben, dann wäre es damals vielleicht auch möglich gewesen, hier etwas mehr zu tun und diese Dinge wegzulassen.

### 3.25 Dr. Mühlendorf (DP)

Herr Kollege Dr. Schmid sagte, man könne auch auf andere Art einen Verteidigungsbeitrag leisten als auf militärische Weise: Durchmarschrecht, Stützpunkte zur Verfügung stellen oder Material liefern.

Meine Damen und Herren, das vereinbart sich sehr schlecht mit den Thesen und Bekenntnissen und mit den Postulaten, die Herr Dr. Kurt Schumacher in seinem Buche „Nach dem Zusammenbruch“, 1948 in Hamburg verlegt, aufgestellt hat. Auf Seite 73 sagt er: Wir bejahen ohne Vorbehalt die praktische Zusammenarbeit mit der KPD. Auf Seite 70 heißt es: Wir wünschen keine antikommunistische und noch weniger antirussische Spitze unserer Politik.

Und auf Seite 97: Was wir brauchen, sind engere, normale Beziehungen zu Sowjetrußland. Ich weiß nicht, meine Damen und Herren von der SPD, wie sich diese Thesen mit den Konzessionen vereinbaren lassen, die Sie jetzt den Westmächten zu machen bereit wären, indem Sie ihnen Durchmarschrecht geben oder Material liefern wollen.

Neutralisierung Deutschlands! — Ein verführerisches Wort, das uns die Möglichkeit vorgaukelt, in Ruhe und Frieden unserer Arbeit nachzugehen, für unsere Familie und für unsere Kinder und auch für die Zukunft Deutschlands zu sorgen. Diese Neutralität ist in dem Zustande, in dem sich die westdeutsche Bundesrepublik befindet, eine Fiktion. Nur eine bewaffnete Neutralität hat Aussicht auf Verwirklichung. Und unsere Neutralität würde deshalb auch nur so lange dauern, als keine Konflikte zwischen West und Ost eintreten. Man berufe sich nicht auf das Beispiel der Schweiz! Ihre geographische Lage und ihre gute Wehrmacht und andere politische Gründe erhalten ihr die Selbständigkeit. An dieser Stelle möchte ich, weil ich weiß, daß mein deutsches Volk allzu sehr bereit ist zu vergessen, was gewesen ist, an einige historische Ereignisse erinnern, die für uns eine sehr ernste Mahnung sein sollten. Ich erinnere an die Neutralität Belgiens 1914 und 1939, ich 'erinnere an die Neutralität der Niederlande und Dänemarks 1940, die feierlich verbrieft und besiegelt war, und ich erinnere an die Situation Polens 1939, das mit Deutschland einen Nichtangriffspakt geschlossen hatte und wenige Monate später von Hitlerdeutschland und von der anderen Seite von Sowjetrußland überrannt wurde; und ich erinnere an das Schicksal der Tschechoslowakei nach 1945, wo gute tschechische Patrioten des Glaubens waren, durch eine Neutralität, durch ein freundnachbarliches Verhalten zu Sowjetrußland ihr Vaterland, die Existenz ihres Volkes erhalten zu können. Benesch verschwand in der Versenkung, Masaryk besiegelte den Bankrott seines patriotischen Wollens mit dem Freitod, und die Tschechoslowakei als Nation und Volk wurde zum Satellitenstaat.

Deutschlands Lage zwischen Ost und West zwingt uns zu einer klaren Entscheidung. Um die Zukunft des deutschen Volkes' in Frieden und Freiheit zu sichern, muß Deutschland seinen Beitrag zur europäischen Verteidigungsgemeinschaft leisten; und Deutschland kann diesen Beitrag nach Auffassung meiner Freunde nur dann leisten, wenn folgende Voraussetzungen gewährleistet sind, die ich hier im Auftrage meiner Fraktion bekanntzugeben habe:

1. Ein wirksames Mitsprache- und Mitbestimmungsrecht für die Bundesrepublik in allen Gremien, insbesondere beim Atlantikpakt, von dessen politischen und strategischen Entscheidungen die Bundesrepublik stärker als andere europäische Länder betroffen wird;
2. eine befriedigende Lösung des Problems der sogenannten Kriegsverbrecher;
3. die Anerkennung der besonderen Belastungen der Bundesrepublik bei Bemessung des finanziellen deutschen Verteidigungsbeitrages und Festsetzung dieses Beitrages in einer Form, die es der Bundesrepublik gestattet, eine der Lösung der bestehenden Spannungen dienende Wirtschafts- und Sozialpolitik fortzusetzen;
4. Fortfall sämtlicher die Bundesrepublik beschränkenden, insbesondere aller sie diskriminierenden alliierten Bestimmungen. Nur solche Sonderregelungen, die zum Schutze Deutschlands mit Rücksicht auf seine geographische und politische Lage unerlässlich sind, sind

auch tragbar.

### 3.26 Frommhold (Fraktionslos)

Man muß sich meines Erachtens im Zusammenhang mit der gestrigen und heutigen Aussprache nicht nur aus psychologischen Gründen mit einem Überbleibsel aus dem Zeitalter der Okkupationspolitik auseinandersetzen, nämlich mit den Prozessen, die als Folge eines verlorenen totalen Krieges gegen deutsche Soldaten geführt worden sind. Es erscheint mir unumgänglich, einige Betrachtungen über die Beziehungen von Befehl und Gehorsam und über den vielzitierten Begriff des neuen Soldatentyps in einer künftigen Europa-Armee anzustellen. Es gibt Leute, die der Auffassung sind, aus politischem Taktgefühl sollte die Frage der Kriegsverbrecher nicht angeschnitten werden. Aber der Takt hört dann auf, wenn vielleicht in absehbarer Zeit deutsche Kompanien am Zuchthaus Werl vorbeimarschieren sollten, hinter dessen Mauern, mit polnischen Kriminellen unter einem Dach der Feldmarschall von Manstein sitzt, der von vielen Seiten als einer der größten lebenden Strategen bezeichnet wird und dessen soldatische Ehrenhaftigkeit selbst von seinen früheren Gegnern nicht bestritten wird.

Es ist hier viel davon gesprochen worden, daß es keine Diskriminierung des deutschen Soldaten mehr geben soll. Aber wir kommen über die Tatsache nicht hinweg, daß diese Diskriminierung so lange bestehen bleibt, wie auf der Siegerrechtsbasis von Nürnberg verurteilte Soldaten stellvertretend für das deutsche Heer im Gefängnis sitzen. Es geht nämlich dann um die Ehre der Nation. Montgomery sagte einmal: „Männer müssen lernen, Befehlen zu gehorchen, auch wenn alles in ihnen nach Nichtbefolgung schreit.“ Dieses Fundament aller Armeen der Welt hat man zerstört, um nach dem Zusammenbruch deutsche Soldaten zu verurteilen. Man kann bei solchen absoluten Werten jeder Armee nicht mit Konjunkturgesichtspunkten arbeiten. Man kann nicht sagen: damals hättest du ungehorsam sein müssen; heute mußt du gehorchen. Es gibt nur eine unbedingte Gehorsamspflicht des Soldaten gegenüber dem höheren Befehl und gegenüber dem Staat. Auf unbedingtem uneingeschränktem Gehorsam beruhen Manneszucht und Schlagkraft jeder Armee. Ohne diesen Gehorsam wird die Armee zur Gefahr für den Staat. Dann noch etwas anderes. Wir sind im Laufe unserer Diskussionen des öfteren Überlegungen über ein Wehrgesetz in Deutschland begegnet. Überlegungen über ein Wehrgesetz in unserer Lage dürften nicht primär sein. Die Dinge sind bei uns sogar auf den Kopf gestellt. Strategische Erwägungen, die Beurteilung der Lage unter operativen Gesichtspunkten sind die Basis für das Wehrgesetz.

Die Forderung nach deutschen Verbänden kann nur aus strategischen und operativen Überlegungen kommen. Aus diesen Gründen schon brauchen wir ein Heer neuen Typs. Man redet von der Demokratie unter den Soldaten. Ein Mann, der wohl über allen Zweifel erhaben ist, nicht Demokrat zu sein, nämlich der Generalstabschef der schweizerischen Armee, der Oberstkorpskommandeur von Sprenger, sagte: Fürs erste gilt es zu sagen und offen zu bekennen, daß das moderne Heerwesen und so auch das schweizerische eine Anstalt ist, die mit irgendwelchen demokratischen Ideen nichts zu schaffen hat, die sich gar nicht damit verträgt, ja geradezu die Negation aller Demokratie und Selbstbestimmung darstellt. Und wenn Herr Lenz davon sprach, daß wir auch einen solchen Soldaten neuen Typs brauchten, so glaube ich, die Alliierten werden weniger den Wunsch nach dem neuen Soldaten nach dem Typ des Herrn Lenz haben, als den Wunsch nach dem alten deutschen Soldaten von Tobruk, El Alamein, Tscherkassy, Wolchow und Moskwa, der zu einem Begriff der Tapferkeit, der Zähigkeit, des Angriffsgeistes und der Standfestigkeit wurde. Man polemisiert viel über die Frage, ob wir einen Parademarsch

brauchen oder nicht. Wir wollen eins nicht vergessen, die Grenadiere Friedrichs des Großen waren wegen ihres Parademarsches berühmt; aber darauf kam es nicht an, sie konnten auch den Friedhof von Leuthen in einem großartigen Sturmangriff nehmen.

### 3.27 Loritz (Fraktionslos)

Sie wissen anscheinend nicht, daß die russische Regierung leider erklärt hat, daß jede deutsche Aufrüstung von ihr niemals geduldet wird und also den Krieg bedeutet. Sie haben uns nicht erklärt, Herr Dr. Adenauer, ob die russische Regierung diese ungeheuere Drohung für unser deutsches Volk zurückgenommen hat. Die russische Regierung hat diese Drohung keineswegs zurückgenommen!

Die Geschichte beweist immer wieder aufs neue, daß man in solchen Gefahren, wenn zwei große Gegner gegeneinander stehen, als kleiner schwacher Mann, was Deutschland heute ist, durch Abwarten mehr und hundertmal mehr erreichen kann, als wenn man sich einem der beiden Großen bedingungslos an den Hals wirft und den Jackele macht, der für einen der beiden Großen vorangeht. Diese Fragestellung hat uns leider der Herr Bundeskanzler heute nicht beantwortet.

### 3.28 Löfflad (DP)

wenn die Westmächte schon bis zum Mai 1945 die Gefahr des Kommunismus erkannt hätten, brauchten wir heute wohl kaum über einen Wehrbeitrag zu diskutieren. Denn dann gäbe es wahrscheinlich keine bolschewistische Gefahr mehr, dann könnte die Welt in Ruhe und Frieden, frei und ohne Gefahr Pläne für die sozialen und wirtschaftlichen Verbesserungen verwirklichen zum Wohle aller Völker. Aber leider wurde die Gefahr des Bolschewismus zum damaligen Zeitpunkt verkannt, er wurde sogar teilweise noch unterstützt, sei es, weil man sich zu sehr in die Idee des Morgenthauplans verbohrt hatte, sei es aus anderen Gründen. Es ist ein offenes Geheimnis, daß Roosevelt ein eifriger Kämpfer für diesen Vernichtungsplan Deutschlands war. Aber ein ebenso offenes Geheimnis ist es, daß es in Amerika schon damals Männer gab, die sich mit ihrer ganzen Kraft gegen die Verwirklichung dieses Vernichtungsplans einsetzten. Diesen Männern haben wir es zu verdanken, daß jene in Zusammenarbeit mit Moskau geplante systematische Vernichtung Deutschlands verhindert werden konnte. Freilich hat die verfehlte Politik Amerikas und Englands Not und Elend und Tod über Deutschland gebracht. Wenn der Westen heute das deutsche Volk über die Gefahr des Ostens aufzuklären versucht, so können wir auf diese Aufklärung verzichten; denn wir haben diese Gefahr schon längst erkannt und den Kommunismus stets klar abgelehnt. Unsere Rußlandkämpfer, unsere Heimkehrer aus Rußland, die 13 Millionen Heimatvertriebenen sprechen eine deutlichere Sprache als jegliche Propaganda. Bedauern können wir nur, daß der Westen den Kommunismus erst in Korea kennengelernt zu haben scheint. Es ist nicht notwendig, daß das deutsche Volk über die Gefahr des Ostens aufgeklärt wird, sondern es ist viel notwendiger, das deutsche Volk stark zu machen gegen den Bolschewismus, den es kennt und den es nicht will.

### 3.29 Rische (KPD)

Das waren die Lebensfragen unseres deutschen Volkes: Generalvertrag und ein neues Wehrgesetz. Es ist also erwiesen — was wir immer gesagt haben, daß die sozialdemokratische Parteiführung in diesen Geheimverhandlungen mit dem Herrn Bundeskanzler über jede Frage der

offiziellen Politik in Westdeutschland, also der Adenauer-Regierung, genauestens, bis in alle Einzelheiten unterrichtet wurde.

Was ist also los? Der Sozialdemokrat Schmid wurde von Dr. Adenauer unterrichtet. Herr Carlo Schmid und Herr Ollenhauer zogen es jedoch vor, nicht einmal die eigene Partei zu unterrichten. Das ist ein neues Eingeständnis der Adenauerschen Geheimpolitik gegen unser Volk, das von seiner Regierung Klarheit, Sauberkeit und Offenheit verlangt.

Das traurige, schäbige Vertuschungsspiel mit der sogenannten Dienststelle Blank ist ein weiterer Beweis für die Tatsache, daß Dementis aus Bonn als Eingeständnis der bestrittenen Tatsache zu werten sind. Herr Blank sollte — das ist doch wohl bekannt, und das weiß auch unser Volk — angeblich Wohnräume für alliierte Truppenverbände beschaffen. Was aber tut diese famose Dienststelle heute? Über 30 Hitler-Offiziere arbeiten bereits den Mobilmachungsplan für die neue Wehrmacht aus. Sie sind dabei, den Herren Industriellen die Aufträge für die Errichtung einer neuen deutschen Wehrmacht schon zuzuschieben. Der Bundeskanzler hat in seinen Regierungserklärungen sehr richtig darauf hingewiesen, daß eine Einheit besteht zwischen Schumanplan, Generalvertrag und diesem Wehrgesetz, das man so oder so der deutschen Jugend oktroyieren will. In der Tat, so ist es. Warum aber verschweigt er dem deutschen Volke den Inhalt dieser Verträge?

Der Inhalt der Artikel des Generalvertrages wird durch die heutige Debatte bestätigt. Die einzelnen Artikel beschäftigen sich in der Hauptsache mit den militärischen Verpflichtungen gegenüber den drei Besatzungsmächten. Damit wird von vornherein der Verzicht auf die Souveränität durch die Adenauer-Regierung klar umrissen festgelegt. Das bedeutet die Fortsetzung der Einmischung durch die westlichen imperialistischen Staaten in alle innerdeutschen Angelegenheiten, insbesondere in solche Fragen, die die deutsche Einheit, also die Wiederherstellung unseres deutschen Vaterlandes betreffen. In Art. 3 Abs. 3 wird beispielsweise erklärt, daß die Bundesrepublik ein untrennbarer Bestandteil in der Gemeinschaft europäischer Völker sei; aber in Art. 4 Abs. 4 wird gesagt, daß die Bundesrepublik sich in Anbetracht ihrer besonderen Lage feierlich zum Verzicht auf gewisse souveräne Rechte, die in dem Zusatzabkommen zu diesem Vertrag festgelegt sind, verpflichtete.

Das heißt, daß sich die alliierten Regierungen in vollem Einverständnis mit der Bundesregierung im Falle der Notwendigkeit das Recht der Einmischung und der Rücknahme der Macht vorbehalten. Das ist genau das, was mein Kollege Reimann gestern über den Inhalt dieses Generalvertrages auseinandergesetzt und woraus er die Schlußfolgerung gezogen hat, daß dies die offene Vorbereitung einer faschistischen Militärdiktatur zur Vorbereitung eines Krieges bedeutet.

Herr Acheson erklärte, wie Herr Carlo Schmid heute vorgetragen hat: Generalvertrag — ja, aber nur gegen deutsche Soldaten! — Da haben Sie doch die Frage der Gleichberechtigung! Damit ist doch erwiesen, daß es im System der imperialistischen Staaten des Westens überhaupt keine Gleichberechtigung geben kann. Der Krieg wird von den amerikanischen Imperialisten auf westdeutschem Boden vorbereitet. Hier wird man die Ausgangsbasis für ein neues imperialistisches Abenteuer gegen die Völker des Ostens schaffen wollen. Das heißt: kommt es dazu, was sich die Herren Acheson, Truman und die anderen Imperialisten vorgenommen haben, dann wird Deutschland zur Wüste, dann wird unsere Heimat in eine Landschaft der Bombenkrater verwandelt werden und das wollen wir nicht. Darum sind wir gegen den Generalvertrag. Darum sind wir gegen seine Zusatzverträge. Darum ist unsere deutsche Jugend gegen ein Wehrgesetz.

Nun noch ein weiteres zur Haltung der SPD. Die SPD-Haltung läuft im Endresultat darauf hinaus, für die deutschen Imperialisten nur alle Rechte, und ich möchte sagen: sogar alle Vorrechte auszuhandeln. Das ist das gleiche Spiel, das bereits in der Frage des Schumanplans hier in diesem Bundestag von den SPD-Führern gespielt wurde. Da sagt man: Gleiche Opfer, gleiche Chancen, gleiche Rechte! Wo gibt es denn die im System der Vorbereitung eines Krieges? Ein Krieg wird von vornherein alle gleichen Rechte, alle gleichen Chancen und alle gleichen Opfer unmöglich machen; denn die amerikanischen Imperialisten wollen unsere deutschen Jungen für ihre blutigen Geschäfte in einem neuen Weltkrieg nur mißbrauchen. Das Nein der sozialdemokratischen Partei ist darum nicht nur im Grunde genommen ein Ja, sondern weit mehr. Dieses Nein ist die Politik der deutschen Imperialisten, die darauf hinstreben, die Führung im europäischen politischen Konzert zu erhalten.

Dr. Schmid fordert die Erfüllung der Voraussetzungen für den Wehrbeitrag. Was sind das aber für Voraussetzungen? Er fordert mehr Truppen an der Elbe, um dann den Stoß, wie - er bereits früher erklärte - über die Elbe hinaus, über die Weichsel und den Njemen gegen die Völker des Ostens vortragen zu können.

W Das ist die blutige Konsequenz der von der sozialdemokratischen Führung betriebenen Antisowjethetze. Herr Schmid hat hier ein böses Wort gebraucht, eine Beleidigung der Völker. Er sprach davon, daß die Völker, die heute um ihre nationale Freiheit und Unabhängigkeit kämpfen, deklassierte Völker seien. Eine solche Beleidigung der Völker ist unzulässig; denn die Völker kämpfen in Ägypten, Vietnam, Indonesien und in Tunis für ihre demokratischen Rechte und Freiheiten.

Das sind jene Argumente, mit denen Hitlers SS gegen das französische Volk und gegen die Völker des Ostens getrieben wurde.

Ich möchte schließen. Unser deutsches Volk hat aus dieser Debatte eine Lehre gezogen. Diese Lehre besteht darin, daß es kein Vertrauen zu der Politik der Adenauer-Regierung mehr hat, daß es dieses Mißtrauen gegen diese Politik ummünzt in die Forderung: Fort mit Adenauer und seiner Kriegspolitik!

### **3.30 Dr. von Brentano (CDU)**

Die Aussprache, die gestern morgen hier im Bundestag begonnen hat, war durch zwei Anfragen veranlaßt. Ich glaube, der Herr Bundeskanzler hat zu Beginn -seiner Ausführungen mit Recht darauf hingewiesen, daß diese beiden Anfragen an sich den Rahmen der Diskussion bestimmen sollten. Ich habe aber den Eindruck, daß wir einerseits den Rahmen, der uns gesteckt war, nicht einmal ausgefüllt haben, daß wir andererseits aber zuweilen auch über Dinge gesprochen haben, über die wir sicherlich noch Weiter sprechen müssen, da sie für eine endgültige Diskussion doch wohl noch nicht reif sind.

Ich bin aber durchaus der Meinung, daß der Fragenkomplex, den wir hier diskutieren, nicht isoliert betrachtet werden kann, sondern daß er in dem gesamten großen Zusammenhang der politischen Gegebenheiten, der politischen Beziehungen und der politischen Spannungen gesehen werden muß. Darum, glaube ich, sollten wir nicht etwa den Generalvertrag diskutieren, und wir sollten nicht darüber diskutieren, ob die Bundesrepublik diesen Generalvertrag demnächst ratifizieren soll oder ob die Bundesrepublik sich in irgendeiner Weise an den Bemühungen der freien Völker der Welt beteiligen soll. Ich glaube, es ist erforderlich, zunächst einmal über die

Ziele und die Aufgaben der deutschen Politik schlechthin zu sprechen und dann erst in Erörterungen darüber einzutreten, ob der Weg, auf dem wir diese Ziele zu erreichen versuchen, der richtige ist. Wir können nicht darauf verzichten — und mein Kollege Schäfer hat es gestern schon getan —, doch noch einmal in Gedanken den Weg zurückzugehen, den das deutsche Volk seit dem Jahre 1945 zurückgelegt hat, seit der Stunde, als das deutsche Volk zusammenbrach, nachdem es eine frevelhafte Führung mit einer bewundernswerten Beharrlichkeit wirklich bis an den Rand des Abgrunds geführt hatte. Am Ende dieses schweren Weges des deutschen Volkes stand die Kapitulation, standen die Potsdamer Beschlüsse, die Beschlüsse, die ja in einem untrennbaren inneren Zusammenhang auch mit den vorangegangenen Beschlüssen von Teheran und Yalta stehen. Niemand von uns, meine Damen und Herren, hat bezweifelt, daß Deutschland auch durch diese Entwicklung nicht seine Eigenschaft als Staat und als Volk verloren hat. Die Forderung nach der Wiederherstellung der deutschen Einheit innerhalb der Grenzen des Jahres 1937, diese unverzichtbare und unabdingbare Forderung, zu der sich jeder Deutsche aus dem Verantwortungsgefühl gegenüber dem ganzen deutschen Volk bekennt und die jeder Deutsche mit der ganzen Leidenschaft seines Herzens und mit dem ganzen politischen Willen verfolgen muß, ist ein Ausdruck dieser gemeinsamen Überzeugung eines großen Volkes von 70 Millionen Menschen. Aber ich meine doch, wir haben Anlaß, mit einer gewissen Befriedigung festzustellen, daß in der Entwicklung dieser letzten Jahre etwas erreicht worden ist, worüber wir vor Jahren noch nicht hätten sprechen können, daß nämlich die freie Welt diesen legitimen Anspruch Deutschlands anerkannt hat, ja sogar, daß die freien Völker der Welt diesen Anspruch nun zu ihrem eigenen gemacht haben.

Ich habe es mir zur Ehre angerechnet, daß ich vor den Vereinten Nationen diesen Standpunkt des deutschen Volkes vertreten durfte. Ich möchte mit allem Ernst feststellen, daß ich mich, als ich dort in Paris vor dem ad-hoc-Ausschuß der UN sprach, wirklich als Vertreter des ganzen deutschen Volkes fühlte, weil ich glaube, daß die deutsche Delegation, die aus dem Regierenden Bürgermeister der Stadt Berlin, Professor Reuter, unserem Bundestagskollegen Schäfer, Herrn Dr. Gradl (Berlin) und mir bestand, damals das deutsche Volk zu 95 % hinter sich hatte.

Aber dieser Weg von Potsdam nach Paris scheint mir auch in einer recht eindrucksvollen und überzeugenden Weise die Ziele der deutschen Politik aufzuzeigen. Aufgabe der deutschen Politik war und wird es bleiben, mit allen Kräften, die uns zur Verfügung stehen, an der Erhaltung und an der Sicherung des Friedens mitzuarbeiten. Aufgabe wird es sein und bleiben, allen anderen, die die Segnungen der Freiheit genießen, diese Freiheit zu sichern. Aufgabe wird es sein, die Einheit unseres deutschen Volkes wiederherzustellen und auch die 18 Millionen Menschen, die heute noch von uns getrennt sind, mit uns — aber auch, mit allen anderen, die guten Willens sind — instand zu setzen, in dem gesicherten Frieden und in echter Freiheit zu leben.

Es ist manchmal beängstigend, zu spüren, wie die Begriffe Frieden, Freiheit und Einheit, die doch eigentlich absolute Werte ausdrücken, im Bewußtsein nicht nur der deutschen Öffentlichkeit, sondern auch der Welt entwertet worden sind.

Einer meiner Freunde hat gestern schon von der Notgemeinschaft gesprochen, und auf die Gefahr hin, daß Frau Kollegin Wessel mir den Vorwurf macht, daß ich Propaganda für sie triebe, möchte ich doch noch einmal darauf zurückkommen. Gibt es denn im deutschen Volke — abgesehen von ein paar Verbrechern oder Hasardeuren — wirklich irgendeinen, der erst einer solchen Notgemeinschaft zur Erhaltung des Friedens beitreten müßte?

Ich empfinde es wirklich als Ausdruck einer beispiellosen Anmaßung, wenn einige Wanderredner diesen Anspruch für sich monopolisieren.

In Deutschland leben heute noch Millionen von Menschen, denen wir trotz der größten Anstrengungen nicht das geben konnten, was der Mensch über das karge Existenzminimum hinaus braucht.

Wir haben Millionen von Kindern in Deutschland, deren Väter nicht zurückgekehrt sind, wir haben Millionen von Frauen, deren Männer nicht zurückgekehrt sind, und wir haben Millionen von Eltern, deren Söhne draußen geblieben sind.

Es bedarf aber keines Appells an unser soziales Gewissen, meine Damen und Herren, uns daran zu erinnern, daß hier noch manches getan werden muß. Vielleicht sollte man an diejenigen appellieren, die ihre 'Staatsgesinnung und ihre Staatstreue manchmal von der Erfüllung berechtigter, häufig auch unberechtigter Ansprüche abhängig machen. Für meine Freunde und für mich nehme ich in Anspruch, daß wir den unschätzbaren Wert eines Friedens für ein Volk erkennen, das Jahre und Jahrzehnte brauchen wird, um die Wunden zu heilen, die ihm dieser Krieg geschlagen hat. Aber ich finde, es ist eine gewollte oder ungewollte- Unaufrichtigkeit, zu verschweigen, daß die schauerlichste Form der Friedlosigkeit die Unfreiheit ist!

Ich kann nur hoffen, daß ein gütiges Schicksal und der Herrgott unser deutsches Volk davor bewahren mögen, spät die gesetzmäßige Affinität zwischen diesen Begriffen von Frieden und Freiheit zu erkennen.

Ich habe gesagt, es muß das Ziel der deutschen Bundesrepublik sein, den Frieden zu sichern und die Freiheit zu wahren. Wir sind zutiefst davon überzeugt, daß wir dieses Ziel nur zu erreichen vermögen, wenn wir uns ohne jeden Vorbehalt und in vollkommener innerer Aufrichtigkeit mit denjenigen zusammenschließen, die mit uns die gleichen Lebenswerte bejahen.

Daher hat auch die Politik der Bundesregierung unsere Zustimmung. Ich glaube, es ist wirklich nicht richtig, hier von einer Geheimpolitik zu sprechen; denn diese Politik, hinter der ja nicht etwa nur die 'Bundesregierung, sondern hinter der auch die Koalition der Bundesregierung steht, wird, wie ich glaube, nicht nur von uns, sondern im Grundsätzlichen von der großen Mehrheit des deutschen Volkes vorbehaltlos bejaht.

Ich gehe nicht mehr auf den Vorwurf ein — er ist auch nicht mehr erhoben worden —, als seien diese Ziele der deutschen Politik von irgendwelchen außerdeutschen Mächten oder Kräften bestimmt. Wenn Sie von nationaler Würde und Ehre sprechen als so armselige Handlanger einer fremden Macht, dann erspare ich mir die Auseinandersetzung mit Ihnen. Das deutsche Volk hat uns diese Auseinandersetzung in den Wahlgängen seit 1946 in überzeugender Weise abgenommen!

Aber, ich glaube, das scheint mir auch ein Grund vieler Mißverständnisse zu sein, daß wir, uns über die Begriffe, über die wir diskutieren, erst einmal verständigen sollten. Ich habe manchmal den Eindruck, daß sich Meinungsverschiedenheiten am Wort entzünden und nicht am Sinngehalt der Äußerung, vielleicht weil manchmal dieser Sinngehalt nicht maßvoll und klug genug erläutert wird. Ich halte das für um so notwendiger, als ich doch glaube, daß wir, wenn wir eine solche Lebensfrage unseres deutschen Volkes diskutieren, ungeachtet aller sachlichen Meinungsverschiedenheiten gemeinsam mit dem letzten Ernst und mit letztem Verantwortungsgefühl darum ringen sollten, eine richtige Entscheidung zu finden.

Der Begriff des Friedens bedarf wohl keiner Erläuterung mehr. Aber was die Freiheit angeht, meine ich, bedürfen wir der Erkenntnis des Wesensgehalts der Freiheit, wenn wir sie begehren. Wir bedürfen des Bewußtseins des Genusses der Freiheit, wenn wir sie schützen wollen.

Es gibt, glaube ich, viele, die die Freiheit nur in der Anarchie kennen. Es gibt eine echte Freiheit! Wir sind, weil wir ein junger Staat sind, noch nicht so weit, sie im letzten verwirklicht zu haben. Es gibt eine echte Freiheit innerhalb der staatlichen Ordnung, und diese Freiheit ist nicht bestimmt vom Katalog des Grundgesetzes, der ja nur den Versuch unternimmt, einen Ausdruck für das zu geben, was gewollt ist. Diese Freiheit ist eine tiefe sittliche Idee, und über diese tiefe sittliche Idee sollten wir uns, glaube ich, verständigen können. Es kommt nicht auf die Formulierungen an! Wie wenig es darauf ankommt, zeigt ein Blick in die sowjetzonale Verfassung, die man wie eine schöne Lyrik lesen kann und von der man weiß, daß sie zur Verfassungswirklichkeit in einem so grauenvollen Widerspruch steht.

In der Verfassungswirklichkeit, wie ich sie sehe und wünsche, muß der Mensch im Mittelpunkt des politischen Geschehens stehen, und die Achtung vor der Würde des Menschen muß der staatlichen Gewalt eine unüberbrückbare Grenze ziehen. Darum geht es, wenn wir von Freiheit sprechen, die wir dem deutschen Volke erhalten wollen.

Ich gebe dem Herrn Kollegen Ollenhauer ohne Einschränkung recht, wenn er sagt, daß eine echte Freiheit nur innerhalb einer gerechten sozialen Ordnung bestehen kann. Das wissen wir so gut wie er. Aber ich meine, auch er weiß so gut wie wir, daß der Erfüllung dieser Forderung bisher noch Grenzen gezogen waren, Grenzen, die nicht aus dem bösen Willen gezogen waren, sondern aus der Macht der Verhältnisse, die wir noch nicht zu ändern vermochten. Ich meine, ein Blick in die Gesetzgebung der letzten Jahre, ein Blick in die Haushalte des Bundes und der Länder zeigt, daß wir uns — und, wie ich glaube, mit erstaunlichem Erfolg — bemüht haben, unsere sozialen Aufgaben zu erfüllen, manchmal das Volk vielleicht sogar über die Grenze der Leistungsfähigkeit beansprucht haben um der Erfüllung dieser Pflicht willen. Vielleicht werden wir uns über die Wege, die wir gehen müssen, mit Ihnen, Herr Kollege Ollenhauer, nicht verständigen können; aber über das Ziel sollten wir uns verständigen. Ich meine auch, wir sollten uns doch gegenseitig — und das schien mir nicht aus allen Reden, die gestern und heute hier gehalten wurden, mit der nötigen Klarheit herauszuklingen — nicht die anständige Gesinnung bezweifeln.

Wir sollten doch für einander in Anspruch nehmen, daß sich jeder von uns bemüht — mindestens so lange sollten wir das von jedem annehmen, bis er das Gegenteil bewiesen hat —, in solchen Fragen, ich wiederhole: in solchen Fragen, von deren Beantwortung nicht nur das Schicksal des deutschen Volkes, sondern vielleicht auch das von Europa abhängt, die letzte Entscheidung vor dem eigenen Gewissen und in dem Gefühl der Verantwortung vor dem gesamten deutschen Volk zu finden.

Meine Damen und Herren, ich sagte, wir wollen nicht darüber diskutieren, was im einzelnen im Generalvertrag steht, was im einzelnen in einem andern Vertrag, in einem Annexvertrag oder sonstwo steht; der Zeitpunkt scheint mir noch nicht gekommen zu sein. Das, was wir bisher von diesem Vertrag wissen, befriedigt auch uns nicht etwa so, daß wir sagen könnten, der heutige Stand würde es uns ermöglichen, ein Ja zu diesen Verhandlungen auszusprechen.

Wir werden auch — die Drucksachen liegen vor Ihnen — der Bundesregierung eine Reihe von Wünschen mit auf den Weg geben, von denen wir hoffen, daß sie auch von unseren ausländischen Gesprächspartnern richtig verstanden werden.

Wir wollen, daß das Besatzungsstatut wirklich ein Ende findet. Das bedeutet, daß man dem deutschen Volk mit dem Vertrauen, das es nunmehr in Anspruch nehmen kann, auch wieder die Rechtsstellung einräumt, die einem freien Volk zukommt.

Das bedeutet, daß man ihm grundsätzlich die Regelung seiner inneren und äußeren Angelegen-

heiten überläßt.

Wir wollen mit der neu zurückgewonnenen Souveränität keinen Mißbrauch treiben. Wir sind sogar bereit und haben es schon oft gesagt, diese neugewonnene Souveränität in dem Augenblick, in dem sie uns gegeben wird, in die Gemeinschaft einzubringen, wenn und soweit auch die andern bereit sind, das gleiche zu tun.

Es ist aber der Ausdruck eines ungunen und gefährlichen Mißtrauens, wenn man glaubt, noch irgendwelche Relikte aus der Zeit des Besatzungsstatuts in einem solchen Vertrag verewigen zu müssen. Ich meine auch, wenn man eine echte Partnerschaft sucht, die so weit gehen soll, daß man sich gemeinsam bemüht, den Frieden und die Freiheit zu verteidigen, dann sollte man an den Partner nicht mit dem Mißtrauen herangehen, daß er innerhalb seiner eigenen Gesetzgebung aus Unrecht Recht und aus Recht Unrecht machen würde. Auch die anderen Beschränkungen, etwa auf dem Gebiet der industriellen Produktion sind unerträglich und müssen in Wegfall kommen. Ich brauche gar nicht hinzuzufügen, daß, was heute schon gesagt worden ist, 'Beschränkungen, wie sie etwa in der Äußerung eines belgischen Offiziers zum Ausdruck gekommen sind, für uns indiskutabel sind. Es ist ein Irrtum, wenn gesagt wird, es sei der belgische Verteidigungsminister gewesen. Nach der Notiz meiner Zeitung war es ein belgischer Oberst. Es soll ja auch in Belgien Obersten geben, die nicht sehr klug sind. Dieser hat gesagt, daß ein Deutscher nicht Armeekommandeur werden könne. Ich glaube, wir brauchen über solche Dinge gar nicht zu sprechen; denn es wird hier im ganzen Hause — davon bin ich überzeugt — niemand geben, der einem Vertrag zustimmt, der solche Bedingungen enthält.

Wir stellen keinen deutschen Soldaten, wenn wir keine deutschen Generäle stellen dürfen. Ein besonderes Anliegen ist — das ist auch schon ausgesprochen worden - folgendes. Die Stadt Berlin ist de facto ein Bestandteil der Bundesrepublik Deutschland. Wir lassen an diesem Zustand nicht rütteln. Wenn heute — zum Teil im wohlverstandenen Interesse der Stadt Berlin — noch ernste Bedenken dagegen bestehen, diesen defacto-Zustand in den de-jure-Zustand zu überführen, dann wollen wir das anerkennen, und ich glaube, daß ich darin mit unseren Freunden aus Berlin vollkommen einig bin. Aber die faktische Einheit sollte nicht bestritten und ihre praktische Anwendung auch nicht erschwert werden.

Mit allen diesen Forderungen — ich sage es erneut und mit großem Nachdruck — verfolgen wir keine primitiven nationalistischen oder egoistischen oder von irgendeinem Prestigebedürfnis diktierten Ziele. Wir erwarten das Verständnis der anderen dafür, daß es hier um Lebensfragen geht und daß eine echte vertrauensvolle Lebensgemeinschaft, wie wir sie zwischen den freien Völkern schaffen wollen, undenkbar ist, wenn auf solchen Gebieten, wie ich sie nur andeutungsweise nannte — Sie finden ja den Niederschlag unserer Auffassungen in den Resolutionen, die Ihnen vorliegen —, noch Meinungsverschiedenheiten aufrechterhalten werden, die für den einen oder anderen Partner unerträglich, untragbar sind. Ich möchte nicht über die Frage des Junktims sprechen; darüber ist schon gesprochen worden. Ich bin nicht der Meinung, die hier von der Opposition vertreten worden ist, daß dieses Junktim für uns nicht tragbar ist. Ich persönlich bin der Meinung — ich mag mich irren —, daß wir dieses Junktim sogar begrüßen sollten. Ich sehe in diesem Junktim die praktische Verwirklichung der Sicherheitsgarantie von Washington. Wir können eine solche Sicherheitsgarantie ja nur erwarten, wenn wir zu einer vertraglichen Vereinbarung kommen. Es kommt mir im Interesse des deutschen Volkes sehr entscheidend darauf an, daß wir durch solche Verträge eine Vereinbarung mit den anderen dahin herbeiführen, daß sie nicht nur da sind, um die deutsche Grenze zu sichern, sondern 'daß sie da sind, um sich mit uns und uns mit sich gemeinsam verteidigen.

Das scheint mir die Frage zu sein, die wir diskutieren sollten, wenn wir das Ob behandeln, wenn wir nämlich die Frage stellen, ob wir uns an einer solchen Verteidigung beteiligen können, dürfen und müssen. Ich bin mir bei dieser Fragestellung der inneren Not sehr wohl bewußt, in der sich Millionen von Menschen befinden. Ich habe dem, was auch mein Freund Ehlers hier darüber gesagt hat, gar nichts hinzuzufügen. Es gibt Hunderttausende von Menschen, die wirklich mit sich selbst ringen und noch nicht entschlossen sind, die noch aus der Erkenntnis, aus dem Erleben der Vergangenheit heraus mit einem Trauma belastet sind. Diese Menschen sollen wissen, daß wir mit dem gleichen Ernst, mit der gleichen Leidenschaft und mit dem gleichen Verantwortungsgefühl auch versuchen, ihren Vorstellungen Rechnung zu tragen, ihre Bedenken zu verstehen, und daß niemand von uns bereit oder gar entschlossen ist, solche Bedenken beiseite zu schieben. Ich unterstreiche deswegen auch, was mein Freund Ehlers gesagt hat: Die Frage einer Verweigerung des Kriegsdienstes, die wir im Grundgesetz ausdrücklich ausgesprochen haben, muß so beantwortet werden, wie es dem Willen des Gesetzgebers damals entsprach. Es kann und darf kein Gewissenszwang ausgeübt werden. Aber, meine Damen und Herren, es war kein Mitglied der Bundesregierung, das am 20. November 1950 in München den Satz ausgesprochen hat: „Wenn wir ein Wehrgesetz machen, gibt es keine Kriegsdienstverweigerer“. Das war Herr Dr. Kurt Schumacher.

Herr Kollege Schmid hat heute in seinen Ausführungen, auf die ich noch kurz eingehen muß, einiges gesagt, was meines Erachtens nicht unwidersprochen bleiben kann, wie ich überhaupt zugeben muß, Herr Kollege Schmid, daß ich das meiste von Ihren Ausführungen heute schlechthin nicht verstehen konnte. Es mag an mir liegen.

Sie haben gesagt, Herr Kollege Schmid, als Sie zunächst über die Frage der Legitimation des Gesetzgebers sprachen, man habe sich über diese Dinge im Parlamentarischen Rat nicht unterhalten. Herr Kollege Schmid, ich war auch im Parlamentarischen Rat. Darf ich Sie daran erinnern — und ich glaube, Herr Kollege Wagner wird es Ihnen bestätigen können, ich werde ihn nämlich wörtlich zitieren —, daß in 'der 12. Sitzung des Zuständigkeitsausschusses der Antrag gestellt wurde, in dem damaligen Artikel 76, glaube ich, bei den Worten „auswärtige Beziehungen“ die Worte aufzunehmen „und den Schutz des Bundes nach außen“. Daraufhin erklärte Herr Abgeordneter Wagner, SPD, Mitglied des Parlamentarischen Rates und Jurist: Wir stehen auf dem Standpunkt, daß man das nicht bringen soll und auch nicht bringen kann und nicht zu bringen braucht, weil „auswärtige Angelegenheiten“ das deckt.

Wir sollten doch nicht so tun, als ob wir im Parlamentarischen Rat damals in einem Vogelkäfig gesessen und die Welt nicht gesehen hätten. Damals war die Zeit der Luftbrücke nach Berlin. Ich habe die Gefahr damals erkannt; ich glaube, Herr Kollege Schmid, auch Sie!

Wenn es damals politische Gründe gab, die uns veranlaßt haben, nicht *expressis verbis* diese Frage in das Grundgesetz aufzunehmen, dann sind Ihnen diese Gründe genau so gut bekannt wie mir und wie dem Herrn Kollegen Wagner.

Ich habe aber noch anderes nicht verstanden. Herr Kollege Schmid hat gesagt, es sei unsere Aufgabe, dieses Provisorium nicht durch Statusverträge in irgendeiner Weise zu ändern oder zu stabilisieren; wir hätten nur einen *modus vivendi* zu finden. Herr Kollege Schmid, Sie selbst und Ihre gesamte Fraktion haben am 26. Juli 1950 hier im Bundestag eine EntschlieÙung auf Abschluß eines europäischen Bundespaktes zur Schaffung einer übernationalen Bundesgewalt angenommen. Ist das kein Statusvertrag?

Wenn überhaupt der völkerrechtliche Status der Bundesrepublik einmal geändert, und zwar ent

scheidend geändert werden könnte, dann durch den Beschluß, den Sie angenommen und hier von der Tribüne des Hauses aus befürwortet haben.

Ich muß sagen, ich finde das auch nicht sehr überzeugend, daß Sie vom Kolonialstatut sprachen, als Sie vom Besatzungsstatut gesprochen haben. Herr Kollege Schmid, ich bitte Sie: Mäßigen Sie sich ein wenig! Ich weiß nicht, ob Sie mit diesem Nachdruck vom Kolonialstatut gesprochen haben, als Sie Staatspräsident in Württemberg-Hohenzollern waren.

Ich komme jetzt noch einmal auf das zurück, was Herr Kollege Ollenhauer ausgeführt hat, und möchte ihm sagen: Er hat mit Recht — ich wiederhole es — an den Anfang seiner Ausführungen die Bemerkung gestellt, wir sollten weniger das Wie als das Ob besprechen. Ich stimme ihm zu. Aber Herr Kollege Ollenhauer, ich möchte Ihnen eines sagen: damit, daß man die Unzuständigkeit des Bundestages hier behauptet — ich will die Frage hier offenlassen —, können Sie und Ihre Freunde sich nicht einer klaren Antwort auf eine klare Frage entziehen.

So geht es nicht, daß man sich hier hinstellt — wie es geschehen ist —, ein grundsätzliches Ja sagt und schließt: Wir bleiben beim Nein.

Meine Damen und Herren! Sie verlangen vom deutschen Volke, Sie verlangen von jedem Wähler eine Entscheidung über das Ob, Sie verlangen sogar Neuwahlen, damit das deutsche Volk das Ob legitimieren kann. Und Sie wagen es nicht, hier von der Tribüne des Deutschen Bundestages aus in einer klaren Form zu sagen, ob ja oder ob nein.

Sie können, wenn Sie zu Ihrem Ja oder Nein etwas sagen können, Ihre Einwendungen und Vorbehalte bringen, wie wir das auch tun. Aber ich fürchte, es geschieht hier etwas, was Sie sehr schwer verantworten können. Es geschieht hier etwas aus rein parteitaktischen Erwägungen, daß der eigene innere Standpunkt vernebelt wird, daß eine Verwirrung im Volk angerichtet wird. Und sie wird angerichtet werden, wie ich Ihnen sagte. Lesen Sie heute die Schlagzeilen in den Zeitungen! In den Überschriften der Zeitungen lesen Sie nicht das, was Sie über die Notwendigkeit der Verteidigung gesagt haben — das ist etwas, was das Volk wissen will —, sondern Sie lesen die Schlagzeile: „SPD sagt nein“. Das ist eine, wie ich glaube, gefährliche Methode. Für genau so gefährlich halte ich Ihre Methode, die Legitimation dieses Bundestags zu bezweifeln. Meine Damen und Herren, auch Sie rechnen damit — das ist verständlich —, einmal die Regierungsgewalt und die Regierungsverantwortung zu tragen. Bereiten Sie sich heute schon auf die Antwort vor, wenn die Minderheit, der Ihre Politik nicht gefällt, Ihnen die Legitimation bestreitet, irgendein Gesetz zu erlassen, und sagt: Das ist ja ,im Wahlkampf nicht diskutiert worden!

Ich wiederhole und stelle diese klare Frage erneut auch an Sie, meine Damen und Herren von der Sozialdemokratischen Partei. Sagen Sie hier vor dem deutschen Volk unmißverständlich, ob Sie Deutschland, ob Sie die Freiheit Deutschlands verteidigen und ob Sie den Frieden Deutschlands sichern wollen oder nicht.

Sie werden sich, Sie werden Ihren Wählern und Sie werden der deutschen Öffentlichkeit damit einen guten Dienst tun, und Sie werden, wie ich meine, nicht nur Ihre politische Pflicht als Abgeordnete, Sie werden Ihre politische Pflicht als Deutsche erfüllen!

### 3.31 Dr. Preusker (FDP)

Wenn ich am Schluß dieser Debatte die Ihnen vorliegenden Resolutionen der Regierungsparteien kurz begründen darf, dann erhält diese Begründung ihre Berechtigung daraus, daß die

Diskussion hat klar werden lassen, daß die Frage des deutschen Verteidigungsbeitrags nicht von uns aufgeworfen, sondern aus der Entwicklung der Weltlage an uns gestellt worden ist: Seid ihr bereit, gemeinsam mit den andern freien Völkern für die Freiheit, für den Frieden einen Beitrag und ein Opfer zu leisten? Wir haben alle unter dem Eindruck gestanden, daß für uns die Frage nicht so gestellt war: Wollt ihr einen Verteidigungsbeitrag leisten oder überhaupt nicht?, sondern daß sie nur so gestellt war: Wollt ihr für die Freiheit und den Frieden Opfer bringen, oder wollt ihr euer ganzes Volk und darüber hinaus die ganze freie Welt in der Sklaverei versinken lassen?

Einzig und allein aus diesen Überlegungen haben wir vor dieser Gewissensfrage gestanden und haben uns in diesen zwei Tagen geprüft. Wir haben in diesen zwei Tagen in diesem Hause die Voraussetzungen dargelegt, die wir als gegeben annehmen müssen, wenn dieses Opfer für die Freiheit und den Frieden der Welt einen Sinn haben soll. Das deutsche Volk soll wissen, unter welchen Voraussetzungen die Vertreter der Regierungsparteien im Deutschen Bundestag bereit sein werden, dieses Opfer des deutschen Verteidigungsbeitrags im Rahmen der freien Völker zu bringen. Sie haben die Drucksachen vorliegen. Ich spreche zunächst über die Drucksache Nr. 3075. Sie fordert von der Bundesregierung, daß sie alles tut, um die Mitwirkung Deutschlands bei den Entscheidungen über den Einsatz deutscher Soldaten, deutscher Verteidigungskräfte sicherzustellen in dem geeigneten Rahmen und mit den geeigneten Mitteln, die keinerlei deutsche Diskriminierung in dieser entscheidenden Frage zulassen. Sie haben weiter vorliegen die Drucksache Nr. 3078, die davon ausgeht, daß es nicht gut vorstellbar ist, daß es einen deutschen Verteidigungsbeitrag gibt, wenn unter der Beschuldigung des Kriegsverbrechens noch Deutsche festgehalten werden, die nach den Begriffen des für alle gültigen internationalen Rechts keine kriminellen oder sonstigen Verbrechen auf ihre Schultern geladen haben. Diese deutschen Soldaten aller Dienstgrade — dahin geht der Wunsch des Deutschen Bundestags — müssen vorher frei sein, oder es muß einwandfrei erwiesen sein, daß sie wegen wirklicher Verbrechen dieser Freiheit nicht würdig sind, ehe Deutsche im Rahmen der Verteidigung der freien Welt wieder Soldaten sein können. Weiter haben wir Ihnen die Drucksache Nr. 3077 unterbreitet, die von der klaren Vorstellung ausgeht, daß es in dieser ernstesten Frage notwendig ist — um es einmal mit den Worten zu sagen, die von der Tribüne des Bundestags von dem früheren belgischen Außenminister und Präsidenten des Europarates, Henri Spaak, gesprochen worden sind — „Kanonen und Butter“ zu haben; d. h. den sozialen Frieden, die sozialen Chancen und Lebensvoraussetzungen und damit die inneren Lebensmöglichkeiten zu sichern und zu erhalten, um auch im Kalten Krieg bestehen zu können. Deshalb darf Deutschland, wenn es zu diesem Opfer herangezogen wird, mit keinem anderen finanziellen Beitrag belastet werden, als dies für die arideren freien Völker gilt. Im Rahmen dieses Heranziehens müssen auch die Sonderlasten berücksichtigt werden, die Deutschland nun einmal durch die 9 Millionen Heimatvertriebenen und durch die Sorge für Berlin auferlegt worden sind. Weiter haben wir Ihnen die Drucksache Nr. 3076 vorgelegt, die an die bedauerlichen Vorgänge anknüpft, die sich an der Saar vollzogen haben; denn die Vertreter der Regierungsparteien im Bundestag sind der Auffassung, daß die Ernennung eines französischen Botschafters an der Saar den Abmachungen, die als Bestandteil des Schumanplanvertrags am 18. April 1951 in einem Notenwechsel zwischen dem deutschen Bundeskanzler und dem französischen Außenminister niedergelegt worden sind, in klarer Weise widerspricht. Frankreich hat durch die deutsche Ratifizierung des Schumanplans die Sicherheit bekommen, daß die Kohle und der Stahl der deutschen Saar ihm im Rahmen der freien europäischen Völker genau so zur Verfügung stehen, wie es für alle übrigen Gebiete der Montanunion der Fall ist. Frankreich sollte damit in seinen Wünschen befriedigt sein und — das ist die besondere Bitte an die Bundesregierung — jetzt den Deutschen an der Saar die selbstver-

ständlichen politischen Freiheiten geben, die die Voraussetzung dafür sind, daß die Freiheit im ganzen überhaupt für unsere Menschen verteidigungswert erscheinen kann. Schließlich haben wir in der Drucksache Nr. 3079 noch eine Reihe von sehr ernsten Voraussetzungen formuliert, die alle davon ausgehen, daß nun einmal die Freiheit unteilbar ist und daß sie nicht minder und nicht mehr gestaltet werden kann, je nachdem, ob es sich um das eine oder das andere Volk handelt. Hierauf ist eben schon Herr Dr. von Brentano eingegangen. Dazu gehört das wirkliche Ende des Besatzungsregimes. Dazu gehört auch, daß die hier dann als Verteidigungstruppen bleibenden fremden Kontingente in ihrer Rechtsstellung genau so behandelt werden, wie sie im Rahmen der NATO-Verträge bei verbündeten Staaten behandelt sind. Jede hierüber hinausgehende Überlassung von Befugnissen kann eben nicht mehr dem Grundsatz der gleichen Rechte und Pflichten entsprechen. Ebenso darf die Souveränität der Bundesrepublik nicht eingeschränkt werden, ohne daß dies aus zwingenden deutschen Anliegen im Hinblick auf die uns schmerzlicherweise noch vorenthaltene deutsche Einheit in Freiheit geboten ist. Ebenso ist unvereinbar mit dem Gedanken des Opfers, das wir auf, uns nehmen sollen, daß in irgendeiner Form die Gesetzgebungsbefugnis des Deutschen Bundestags durch irgendwelche Besatzungsregelungen aus dem Besatzungsrecht der vergangenen Jahre beeinträchtigt wird. Alle diese Dinge müssen ein Ende haben. Sie müssen abgewickelt sein. Von jetzt ab muß draußen das Vertrauen vorhanden sein — das man ja in uns setzt, wenn wir die Gemeinschaft der freien Völker mitbilden sollen, sogar mit den äußersten Opfern —, daß wir auch in kleineren Dingen zu den Grundsätzen der Freiheit und der Demokratie stehen. Weiter gehört dazu, daß nicht aus diesem Anlaß im Generalvertrag oder in den Annexverträgen irgendwelche Vorwegnahmen erfolgen, die bei den Friedensvertragsverhandlungen unsere Position erschweren könnten, seien es Fragen der Reparationen oder Fragen irgendwelcher anderen Art. Der Punkt 5 der Entschließung geht dahin, daß irgendwelche Einschränkungen unserer industriellen Produktion, unserer Forschung, irgendwelche Aufrechterhaltung von Sicherheitsämtern und sonstigen Instanzen, welche Entscheidungen treffen, wie sie kürzlich noch hinsichtlich Watenstedt-Salzgitter und der August-Thyssen-Hütte ergehen konnten, nicht mehr möglich sein dürfen. Punkt 6 befaßt sich noch einmal mit der Frage des finanziellen Beitrags. Hier muß ich Ihnen noch eine kurze Änderung des Wortlauts verlesen und Sie bitten, diese Korrektur vorzunehmen. Sie ist leider durch die vorzeitige Vervielfältigung unterblieben. Es heißt dort am Schluß: Die Gesamtsumme des deutschen finanziellen Verteidigungsbeitrags muß nach Maßgabe der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit der Bundesrepublik unter angemessener Berücksichtigung der besonderen Lasten erfolgen, die sie durch die Fürsorge für 9 Millionen Vertriebene — an dieser Stelle müssen die Worte „und durch die Unterstützung Berlins“ gestrichen werden, und es geht weiter — zu tragen hat. Der nächste Satz erfährt infolgedessen eine Änderung:

8234

Aus diesem Gesamtbetrag müssen die Kosten für — und hier wird eingefügt — Berlin und der Beitrag an die europäische Verteidigungsgemeinschaft gedeckt werden, aus letzterem die Kosten für — und dann heißt der Text weiter — die im Gebiet der Bundesrepublik stationierten Truppen. Das heißt, wir sind der Meinung, daß der Charakter der Verteidigungstruppen der nicht zu einer europäischen Verteidigungsgemeinschaft gehörenden Nationen am deutlichsten dadurch zum Ausdruck kommt, daß die Kosten aus dem gemeinsamen vorgesehenen gesamteuropäischen Topf und nicht aus irgendeinem deutschen Beitrag genommen werden sollen. In Punkt '7 wünschen wir, daß die Bundesregierung alles unternimmt, damit, wenn ein solcher Vertrag zustande kommt, wirklich unparteiische und paritätische Schiedsgerichte gebildet werden, um eine irgendwie geartete Diskriminierung der deutschen Anliegen von vornherein auszuschalten.

In Punkt 8 tragen wir dann noch ein Anliegen vor, das hier immer wieder aufgeklungen ist: daß hinsichtlich Berlins die möglichst schnelle Einbeziehung in die Rechtsverhältnisse, wie sie hinsichtlich der Bundesrepublik gelten, auch innerhalb eines Generalvertrags und eines Verteidigungsbeitrags erfolgt, daß hier gewissermaßen im Innenverhältnis die anderen Vertragspartner alle nur denkbaren Unterstützungen angesichts der nun einmal nicht zu bestreitenden Tatsache geben, daß Berlin ein Teil Deutschlands ist und immer bleiben wird. Die in den vorgelegten Resolutionen niedergelegten Forderungen beantworten gleichzeitig die uns von den übrigen freien Nationen gestellte Frage: Wollt ihr oder wollt ihr nicht? in ganz eindeutiger Weise, indem wir sagen: Gut, wenn wirklich die Freiheit, die für alle eine gleiche ist, wenn wirklich der Frieden und die soziale Sicherheit, die für alle freien Völker das gleiche Ideal darstellen, gemeinsam verteidigt werden sollen, und wenn wir die gleichen Rechte erhalten, dann wollen wir auch als Deutsche in diesem Rahmen die gleichen Pflichten übernehmen und die gleichen Opfer bringen und uns nicht ausschließen. Wir meinen, wenn wir jetzt dem Deutschen Bundestag die Frage der Entscheidung über diese Resolutionen stellen, müßte die Antwort unter diesen Voraussetzungen, so wie wir unser Gewissen geprüft haben, für das ganze deutsche Volk eine positive sein.

### 3.32 Ollenhauer (SPD)

Ich möchte mich am Schluß dieser zweitägigen Debatte nicht mit allen Argumenten auseinandersetzen, die hier gegen die sozialdemokratischen Auffassungen vorgebracht worden sind. Aber es scheint mir doch notwendig, einige Punkte in dieser Debatte zu behandeln, damit sie nicht unwidersprochen so stehenbleiben, wie sie hier aufgeworfen wurden. Das Thema, vor das wir gestern und heute gestellt waren, war eine konkrete Frage. Es war die konkrete Frage: Kann die Politik der Bundesregierung zu einer sinnvollen und vertretbaren Mitwirkung der Bundesrepublik an einer europäischen Verteidigung führen? Wenn wir jetzt die Debatte in ihrer Gesamtheit übersehen, müssen wir zu der Feststellung kommen, daß diese Frage nicht befriedigend beantwortet ist, weder vom Herrn Bundeskanzler noch von den Sprechern der Koalition. Statt dessen haben wir hier eine große Anzahl von Bekenntnissen und allgemeinen Betrachtungen über den Wert der Freiheit, über die Bedeutung ihrer Verteidigung, über ihre Bedrohung gehört.

Aber auch diese allgemeinen Betrachtungen haben zum Teil Tendenzen erkennen lassen, die aufschlußreich sind für die Einstellung, mit der die Vertreter der Regierungsparteien in diese Aussprache gegangen sind. Fürchten Sie nicht, daß ich jetzt in dieser späten Stunde auf alle diese Dinge eingehe.

Aber einiges möchte ich doch hier erwähnen. Zum Beispiel hat sich Herr Dr. Ehlers in einer Passage seiner Rede auch polemisch mit der sozialdemokratischen Fraktion auseinandergesetzt. Er hat als ein polemisches Argument gegen uns den Hinweis auf die Leistungen Amerikas für Europa und Deutschland herausgestellt. Ich weiß nicht, was dieses Argument in dieser Diskussion, in der Auseinandersetzung mit der Sozialdemokratie eigentlich soll.

Denn über die Bedeutung der amerikanischen Leistungen nach 1945 für den europäischen und deutschen Wiederaufbau gibt es jedenfalls in der Sozialdemokratischen Partei nicht die geringste Meinungsverschiedenheit, und es ist nicht wahr, daß z. B. mein Freund Arndt in seiner Rede davon gesprochen hat, wir wollten die amerikanische Kraft oder die amerikanischen Möglichkeiten in irgendeiner egoistischen Weise ausnutzen. Darum geht es überhaupt nicht. Es ist offensichtlich, daß das Schicksal der europäischen und internationalen Demokratie steht und fällt mit ihrer Verbundenheit mit den Vereinigten Staaten von Nordamerika.

Welche kritischen Einstellungen wir immer zu dem demokratischen Regime in Amerika haben mögen, was wir hier behandelt haben oder — ich möchte sagen — was wir hier behandeln sollten, ist die konkrete Frage: Wie sollen sich die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und den Vereinigten Staaten auf einem bestimmten Gebiet gestalten, nämlich auf dem Gebiet der Zusammenarbeit in bezug auf die gemeinsame Verteidigung, und zwar auf der Basis der Partnerschaft? Das ist die Frage. Wenn wir den Grundsatz akzeptieren, daß das Verhältnis zwischen den beiden Völkern auf dieser Basis gefunden werden muß, dann ergibt sich daraus für jeden der beiden Partner das Recht, klarzustellen, unter welchen Voraussetzungen ihm eine effektive und wirkungsvolle Zusammenarbeit für den gemeinsamen Zweck möglich erscheint. Ich habe dazu in meiner Rede — es tut mir leid, es wieder in Erinnerung rufen zu müssen — ausdrücklich erklärt: es gibt keine Politik der Verteidigung, die jedes Risiko ausschließt. Es ist nicht unsere Meinung, daß wir mit den Händen in den Hosentaschen beiseitestehen sollten, wenn es um die Verteidigung von Werten geht, die auch uns angehen. Aber — und das ist der Punkt — in dieser Lage, in diesem weltumspannenden Konflikt gibt es nur eine sinnvolle und aussichtsreiche Konzeption: die Konzentration aller Kräfte, das gleiche Risiko und die gleiche Chance für alle. Es hilft nicht, daß wir hier unsere aufrichtige und ehrliche Sympathie gegenüber dem amerikanischen Volk zum Ausdruck bringen. Ehe wir die Frage einer sinnvollen Verteidigung der Bundesrepublik bejahen können, müssen wir von diesem befreundeten amerikanischen Volk wissen, nach welcher strategischen Vorstellung und Auffassung es Deutschland und Westeuropa zu verteidigen gedenkt.

Das ist der einzige Punkt.

Es ist ein ganz anderes Gebiet; Sie kommen im Augenblick nicht dran. Ich meine jetzt meinen Kollegen Herrn Dr. Mühlenfeld, der es für richtig gehalten hat, obwohl seine Partei mit diesem Versuch schon einmal auf die Nase gefallen ist, aus einer Schrift von Vorträgen und Artikeln meines Freundes Kurt Schumacher Zitate zu bringen, die den Nachweis erbringen sollen, daß wir als kommunistenfreundlich verdächtigt werden können. Ich glaube, am meisten überrascht von dieser Feststellung sind die Mitglieder der kommunistischen Fraktion in diesem Hause. Wenn es hier in diesem Hause überhaupt eine freundschaftliche Beziehung zu Kommunisten gibt, dann ist es wohl die des Herrn Bundeskanzlers zu Herrn Renner.

Diese Art der Zitierung mag ja in Versammlungen ganz schön sein, Herr Mühlenfeld; vielleicht klappt es in Niedersachsen manchmal auch. Aber hier sollten Sie es lassen. Ich kenne Sie gut genug, um zu wissen, daß Sie es nicht mit gutem Gewissen getan haben. Denn Sie haben auch die Stellen gelesen, aus denen hervorgeht, daß alles das, was Sie hier hineinlesen möchten, in vollem Widerspruch — ich muß sagen, selbstverständlich — zu den Grundauffassungen steht, die mein Parteifreund Dr. Schumacher mit der gesamten Sozialdemokratischen Partei seit 1945 -und früher vertreten hat. Wir haben ja schließlich mit der Kommunistischen Partei schon im offenen Kampf gestanden, als andere deutsche Parteien noch in „Blockbildung“ begriffen waren.

Damit Sie auch noch das Gegenzitat haben, Herr Dr. Mühlenfeld, will ich hier nur einen Satz zitieren, der eine grundsätzliche Bemerkung ist, nämlich den Satz von Dr. Schumacher: „Wir sehen grundsätzlich in der KP nicht eine deutsche Klassen-, sondern eine fremde Staatspartei“. Ich meine, das genügt. Der Kommentar zu dieser Feststellung wird durch unser praktisches Verhalten gegenüber allen kommunistischen Infiltrationsversuchen gegeben. Die Bemerkung des Herrn Kollegen Mühlenfeld veranlaßt mich noch zu einer anderen Anmerkung. Ich bedaure, daß in dieser zweitägigen und, wie Sie alle wissen, außerordentlich kritischen Debatte die antibolschewistische Note eine außerordentlich starke Rolle gespielt hat. Verstehen Sie mich nicht falsch;

ich meine es sehr ernst. Ich meine nämlich, daß auch diejenigen unter Ihnen, die auch unter den heutigen Umständen für einen Verteidigungsbeitrag sind, es sich wegen der nationalpolitischen Gesamtkonsequenzen sehr überlegen sollten, ob es richtig ist, die Debatte über einen deutschen Verteidigungsbeitrag auf diesem Niveau zu führen.

Ich will Ihnen genau sagen, was ich meine. Ich bedaure es sehr, daß einen wesentlichen Beitrag dazu der Herr Bundeskanzler selbst durch die fastwörtliche Verlesung seines Memorandums vom August 1950 mit all den Passagen über die angebliche oder tatsächliche Massierung militärischer Kräfte der Sowjetunion in der Sowjetzone geleistet hat. Die Daten stammen aus dem Jahre 1950.

In ihrer Häufung sind sie natürlich, wenn sie echt sind, ein Element, das eine außerordentliche Beunruhigung in das Volk tragen muß. Meine Meinung ist, die schlechteste Politik, welche Sie, die Sie anscheinend den Verteidigungsbeitrag wollen, machen können, ist die, daß Sie ihn in der Stimmung des Volkes durchzusetzen versuchen, indem Sie an die Furcht appellieren. Seien Sie damit sehr vorsichtig! Ich muß offen sagen, es gibt in diesem Augenblick — Herr Bundeskanzler, verzeihen Sie, daß ich es ausspreche; aber ich glaube, es ist eine Pflicht des Parlaments, das am Ende dieser Debatte auszusprechen, nachdem Sie den Inhalt der Denkschrift in dieser massiven Weise vor der Öffentlichkeit ausgebreitet haben —, es gibt nach Ihrer und nach meiner Kenntnis der Situation in der gegenwärtigen Lage keinen Anhaltspunkt dafür, daß wir das Volk mit einer solchen Unruhe erfüllen.

Mir lag daran, das hier ausdrücklich festzustellen. Ich bedaure, daß es von dem Vertreter der Opposition in diesem Hause geschehen muß und nicht von den Repräsentanten der Regierung geschieht. Ich möchte nun noch einige kleine Berichtigungen bringen, damit sie hier ebenfalls festgehalten werden. Herr Bundeskanzler, eine Bemerkung! Sie haben es im Laufe dieser Debatte, zum zweiten Male in den letzten Monaten, für richtig gehalten, sich in Auseinandersetzungen mit der Opposition auf einen Hohen Kommissar der Besatzungsmächte zu berufen. Sie taten es im Zusammenhang mit der Schumanplan-Debatte. Sie haben es gestern getan mit Ihrer Bemerkung über angebliche Äußerungen, die Kurt Schumacher gegenüber Mr. McCloy über die Zahl der amerikanischen Divisionen gemacht haben soll. Meine Damen und Herren, ich bin nicht bereit, über diese Frage mit dem Herrn Bundeskanzler zu diskutieren, weil ich es eines deutschen Bundeskanzlers für unwürdig halte, daß er Hohe Kommissare der Besatzungsmächte in innerdeutsche Auseinandersetzungen hineinzieht.

Eine zweite Bemerkung. Herr Bundeskanzler, Sie haben heute während der Rede meines Freundes Carlo Schmid, als er den Versuch machte, eine Rede des Herrn Hohen Kommissars für die britische Zone Mr. Kirkpatrick zu zitieren, in der dieser die These aufgestellt hat, Gleichberechtigung heiße nicht gleiche Behandlung, den Zwischenruf gemacht: „Diese Erklärung ist dementiert!“ Herr Bundeskanzler, hier ist der volle Wortlaut der Erklärung von Sir Kirkpatrick in der „Englischen Rundschau“, mit allen Einzelheiten nicht nur dieser Feststellung, sondern mit einer umfassenden Erläuterung dieser Feststellung, mit Dutzenden von Beispielen, die ich Ihnen hier nicht vorzulegen brauche, weil Sie sie selbst nachlesen können. Herr Bundeskanzler, bemerkenswert ist: das Dementi, von dem Sie sprechen, ist hier nicht veröffentlicht! Es gibt kein Dementi dieser Erklärung.

Nun, meine Damen und Herren, ich möchte auf eine Feststellung oder eine Redewendung — vielleicht war es nicht mehr, aber ich möchte sie nicht untergehen lassen — zurückkommen, die der Herr Bundeskanzler, ich glaube, gestern vormittag — ja — in seiner einführenden Erklärung gebraucht hat. Er hat da die Worte gebraucht: Wir werden sicher zunächst anfangen

mit Freiwilligen. Aber es wird der Zeitpunkt kommen, wo der Frage eines deutschen Wehrgesetzes nähergetreten werden muß. Herr Bundeskanzler, Sie verstehen, daß wir außerordentlich mißtrauisch sind, und ich möchte nicht, daß diese Bemerkung unwidersprochen aus diesem Saale geht, damit Sie sich eventuell später darauf berufen könnten, wir hätten nichts dagegen eingewendet. Ich möchte Ihnen sagen, Herr Bundeskanzler: zunächst werden wir in der Bundesrepublik überhaupt nicht anfangen, auch nicht mit Freiwilligen und auf keinen Fall ohne gesetzliche Regelung.

Kein einziger Deutscher kann und darf rekrutiert werden ohne vorherige parlamentarische Entscheidung!

Aber es gibt ja noch eine These, die mindestens im Schoße der Regierung schon erörtert wurde, man könne den Aufbau des deutschen Kontingents einer Europa-Armee, wenn es auf freiwilliger Basis geschieht, so organisieren, daß man dem Bundestag ähnlich wie beim Schumanplan-Vertrag einen internationalen Vertrag über die europäische Verteidigungsorganisation vorlegt, der dann mit einfacher Mehrheit angenommen werden kann, so daß man auf diesem kalten Wege zu den ersten entscheidenden Schritten kommt. Meine Damen und Herren, hier nur die Feststellung: wir warnen davor! Sie werden auf den entschiedensten Widerstand der Sozialdemokratie stoßen, falls dieser Versuch gemacht werden sollte.

Heute hat der französische Außenminister vor dem gemeinsamen auswärtigen Ausschuß der französischen Nationalversammlung zu den Fragen Stellung genommen, die die Kardinalfragen unserer Diskussion und unserer Entscheidung sind, nämlich zu dem Verhältnis zwischen Generalvertrag und Verteidigungsvertrag, zum Verhältnis von europäischer Gemeinschaft und deutscher Mitbestimmung und zum Verhältnis von NATO und der Mitgliedschaft der Bundesrepublik in NATO. Der Herr Bundeskanzler hat gestern geglaubt, in seiner Erwiderung auf meine Rede sagen zu müssen, meine Feststellung, daß die Pariser Konferenz am vorletzten Wochenende abgebrochen worden sei, sei nicht richtig, entspreche nicht den Tatsachen. Nun, was hat der Herr Außenminister Schuman heute vor dem französischen Parlament in diesen drei Fragen erklärt? Erstens, zur Frage der Ablösung des Besatzungsstatuts durch vertragliche Vereinbarung mit der Bundesrepublik: Diese vertragliche Vereinbarung sei mit der eines Abkommens über den deutschen Verteidigungsbeitrag verbunden, es werden keine vertraglichen Vereinbarungen mit der Bundesregierung abgeschlossen werden, ehe das Problem der Europaarmee gelöst ist.

Da ist die Frage des Junktims heute zum zweiten Male, nach Mr. Acheson auch durch M. Schuman, in aller unzweideutigen Klarheit aufgezeigt. Sie haben zuerst zu entscheiden über den Verteidigungsbeitrag.

Zweiter Punkt war die Stellung der Bundesrepublik in der NATO-Organisation. Danach hat M. Schuman heute erklärt: Ein Staat, der verlorengegangenes Gebiet beanspruche oder einen abgetrennten Bevölkerungsteil wiedergewinnen wolle; könne nicht dem Atlantikpakt beitreten.

Ohne den Sinn des Atlantikpakts zu ändern, wäre es nicht möglich, daß Staaten dem Pakt beitreten, die territoriale Ansprüche vorzubringen haben. „Das würde für uns das Risiko bedeuten, in einen Angriffskrieg verwickelt zu werden.“ —

Das ist Punkt zwei. Was sagte M. Schuman über die Stellung Deutschlands in bezug auf die Europaarmee im Fall eines Angriffs auf Deutschland? Da sagte M. Schuman, über ein Eingreifen der europäischen Armee hätte der Ministerrat der europäischen Verteidigungsgemeinschaft einstimmig Beschluß zu fassen. Auf die Frage, was geschehen würde, wenn eine der nationalen Gruppen der Europaarmee in einen Grenzzwischenfall verwickelt werde, antwortete Schuman,

dies werde nicht automatisch zu einem Krieg führen, da der Ministerrat der europäischen Verteidigungsgemeinschaft an die Einstimmigkeit gebunden sei.

Meine Damen und Herren, stellen Sie diese drei Erklärungen des französischen Außenministers mit dem Katalog Ihrer Voraussetzungen und Bedingungen gegenüber! Ein klareres und eindeutigeres Bild des Fiaskos der Außenpolitik des Herrn Bundeskanzlers am Schluß dieser Debatte ist überhaupt nicht möglich.

Aber, Herr von Brentano, Sie haben die Frage gestellt, was denn die deutsche Sozialdemokratie praktisch tun wolle. Ich habe diese Frage ebenso wie mein Freund Carlo Schmid und mein Freund Dr. Arndt, glaube ich, beantwortet. Nun, ich sage es Ihnen noch mal; die Sache ist nämlich sehr einfach. Über das Prinzip der Verteidigung der Freiheit und Demokratie gibt es keine Meinungsverschiedenheiten.

Die Meinungsverschiedenheit liegt darin, daß wir deutschen Sozialdemokraten nicht bereit sind, die jetzt von der Bundesregierung verfolgte Politik der Verteidigung Deutschlands und seiner Eingliederung in eine europäische und internationale Gemeinschaft mit zu unterstützen. Wir lehnen sie ab, weil wir überzeugt sind, daß auf diesem Wege eine effektive, auf dem Grundsatz der Gleichwertigkeit und Gleichberechtigung der Deutschen gegründete deutsche Position nicht geschaffen werden kann.

Das ist klar und das ist für jeden verständlich, der versteht, mit der deutschen Sprache umzugehen.

Lassen Sie mich nun noch an den Herrn Bundeskanzler ein letztes Wort richten. Meine Damen und Herren, Sie wissen, wir haben in dieser Diskussion in aller Form die Forderung erhoben, einen Weg zu finden, damit das deutsche Volk die Möglichkeit hat, einen neuen Bundestag auch unter Abwägung und Berücksichtigung der Probleme zu wählen, die uns heute hier auf das tiefste berühren. Wir haben nicht damit gerechnet, daß Sie auf diese Forderung mit sachlichen Argumenten eingehen.

Nun komme ich auf diesen Punkt, Herr Wuermeling; deswegen mache ich diese Bemerkung. Herr Bundeskanzler, Sie haben in einer ähnlichen Situation, d. h. auch in einer Diskussion über sehr schwerwiegende Fragen, nämlich bei der Beratung des Schumanplan-Vertrags, hier auch das Beispiel des englischen Parlaments in bezug auf das Verhältnis von Regierung und Opposition gebracht.

Herr Bundeskanzler, Sie haben von dem Grundsatz, den wir gemeinsam mit Ihnen im Grundgesetz beschlossen haben: „Der Bundeskanzler bestimmt die Richtlinien der Politik“, reichlich Gebrauch gemacht. Sie haben die Position, die Ihnen das Grundgesetz gab, in vollem Umfange ausgenutzt.

### **3.33 Dr. von Brentano (CDU)**

Im übrigen steht fest — und das darf ich Ihnen jetzt sagen —, daß nach dem Entwurf des Vertrags zur europäischen Verteidigungsgemeinschaft jeder Angriff auf deutsches Bundesgebiet die automatische Beistandspflicht der fünf anderen Staaten und die automatische Beistandspflicht der NATO nach sich zieht.

Aber, meine Damen und Herren — lassen Sie mich damit zum Schluß kommen —, ich möchte Ihnen noch die EntschlieÙung vortragen, die ich im Auftrage und im Namen der Fraktionen der

CDU/CSU, FDP und DP dem Bundestag vorgelegt habe. Die EntschlieÙung lautet:

Der Bundestag wolle beschließen: Der Deutsche Bundestag hat am 26. Juli 1950 mit überwältigender Mehrheit seine Bereitschaft zum Abschluß eines europäischen Bundespaktes und zur Schaffung einer übernationalen Bundesgewalt bekundet. Wir bekennen uns erneut zur Vereinigung Europas in einem Bund, der alle freien europäischen Völker mit gleichen Rechten und Pflichten zusammenschließt.

Angesichts der Weltlage kann sich die werdende europäische Gemeinschaft der Pflicht nicht entziehen, in Zusammenarbeit mit den anderen Völkern der freien Welt die Grundrechte der Freiheit und der Demokratie zu verteidigen.

Ausschließliches Ziel der gemeinsamen Anstrengungen muß es sein, den Frieden zu sichern und jede Bedrohung dieses Friedens abzuwehren.

An dieser Aufgabe wird Deutschland als gleichberechtigter Partner mitwirken in der Erkenntnis, daß es gegenüber den Feinden der Freiheit keine Neutralität gibt. In Frieden und in Freiheit wollen wir das ganze Deutschland wieder vereinigen. Meine Damen und Herren, damit wir uns über den Inhalt dieser EntschlieÙung restlos klar werden, beantrage ich namens meiner Freunde namentliche Abstimmung.

### 3.34 Ewers (DP)

Auch bei uns ist es keineswegs so, daß wir mit Begeisterung wieder zu den Waffen eilen wollen. Neben allen andern Bedenken, die von der Politik der Besatzungsmächte ausgehen, kommen noch psychologische Momente hinzu. Wir wollen unsere Jugend, die heute — vielleicht um 1930 geboren — etwa 22 Jahre ist, zu den Waffen rufen. Sie hat am Krieg nicht teilgenommen, aber sie hat mit wachen Sinnen den fürchterlichen Zusammenbruch nach dem letzten Krieg erlebt. Sie hat erfahren, daß die Heimkehrer — nicht nur vom Ausland, auch von den eigenen Landsleuten — als „Militaristen“ beschimpft worden sind. Und bedenken Sie — und das ist bei der Jugend unzweifelhaft der Fall —: eine große Zahl unserer jungen Menschen hat ihre jugendlichen Ideale und Hoffnungen infolge einer falschen Propaganda vertan. Sie haben alles verloren, an was sie geglaubt und was sie erhofft haben. Daher kommt diese gewaltige Mißstimmung im gesamten Volk, die die Kommunisten weidlich für sich ausnutzen möchten.

### 3.35 Euler (FDP)

### 3.36 Dr. Reismann (FU)

Lassen Sie mich vorab mit zwei Sätzen das Resümee mit zwei Sätzen! — geben, das die Föderalistische Union für die Beantwortung des Antrags Nr. 3074 aus der Debatte von heute zieht. Die Fragen der Föderalistischen Union — Bayernpartei und Zentrum — zu dem Generalvertrag und dem Verteidigungsbeitrag sind von der Bundesregierung nicht beantwortet worden. Die erbetene Aufklärung ist nicht gegeben worden.

Die ernstesten Bedenken sind nicht zerstreut worden. Daraus bestimmt sich unsere Haltung gegenüber dem dem Bundestag vorliegenden Antrag Drucksache Nr. 3074.

Dem Hohen Hause liegt der Antrag Drucksache Nr. 3084 vor, der sich aus dem ergibt, was ich eben verlesen habe. In Punkt 1 beantragen wir, die Bundesregierung zu ersuchen, unmißverständlich und jeden Zweifel ausschließend zu erklären, daß sie einen Versuch, einen deutschen

Verteidigungsbeitrag auf der Grundlage der allgemeinen Wehrpflicht zu erreichen, ablehnt. Dazu ist von einem der Herren Diskussionsredner gesagt worden, so weit seien wir ja noch gar nicht. Gerade deswegen stellen wir diesen Antrag; denn der Sinn dieser Debatte ist es, Richtung zu geben für die kommenden Verhandlungen. Ich will auf die Argumente nicht weiter eingehen. Aber wenn Sie sagen, daß die Gewissensfreiheit gemäß Art. 4 des Grundgesetzes gewahrt werden muß, dann muß ich sagen: Es gibt keinen anderen Weg als den, die Freiheit auch auf diesem Gebiet zu respektieren.

Punkt 2 unseres Antrages verlangt, daß ein 15köpfiger Ausschuß des Bundestages für Verteidigungsfragen bestellt wird. Die Verhandlungen dieses Ausschusses sollen vertraulich sein, und die Bundesregierung soll beauftragt werden, diesem Ausschuß alle Unterlagen über die bisherigen Verhandlungen und das Material für die kommenden zur Verfügung zu stellen und die erforderlichen Auskünfte zu erteilen. Die Notwendigkeit eines solchen Bundestagsausschusses für diese Fragen ergibt sich gerade aus der heutigen Debatte. Es kann nicht so weiter gehen, daß das Hohe Haus über die wichtigsten Fragen des deutschen Volkes in so großen Abständen und unter Umständen verspätet informiert wird. Wir müssen uns eingeschaltet halten; das ist unsere Verpflichtung gegenüber unserem Volke.

In Punkt 4 unseres Antrages Drucksache Nr. 3084 verlangt die Föderalistische Union, daß die Bundesregierung alsbald die Frage der Notwendigkeit der Zustimmung anderer staatsrechtlicher Organe als des Bundestages einer endgültigen Klärung zuführt. Es ist in keiner Weise vom Herrn Kanzler widerlegt worden, daß nach den bisherigen Grundlagen unseres Staatsrechts der Bund auch durch Verfassungsänderung nicht in den Stand gesetzt werden kann, über diese Fragen zu entscheiden. Es bedarf einer „Nachgründung“ im echten Sinne des Wortes, eines Vertrages unter den Ländern, weil sie allein bisher im Besitz dieser Zuständigkeit, soweit überhaupt, geblieben sind.

Im weiteren verlangt die Föderalistische Union, daß die Bundesregierung vor allen Dingen auch versucht, durch Verhandlungen mit allen in Betracht kommenden Stellen den völkerrechtlichen Status der eventuellen deutschen Soldaten eindeutig vorher zu klären, insbesondere zu klären, ob sie überhaupt und, wenn ja, welchen völkerrechtlichen Schutz sie gegenüber allen Alliierten genießen.

Ich verweise hier auf die in mehreren Nummern der „Juristischen Wochenschrift“ eingehend besprochenen Schanghai Urteile, mit welchen im Jahre 1947 21 Deutsche von einem amerikanischen Gericht in Schanghai wegen Kriegsverbrechen verurteilt worden sind, weil sie trotz der Kapitulation am Kampf gegen die Alliierten — auch gegen die Sowjetunion — teilgenommen haben. In diesem Verstoß gegen die Kapitulation hat man ein Kriegsverbrechen erblickt. Dieses Urteil eines amerikanischen Gerichtes ist trotz Revision nicht aufgehoben worden. Einer der höchsten Richter der Vereinigten Staaten, Jackson, hat es noch in letzter Zeit verteidigt. Sie ersehen daraus, wie notwendig es ist, diese Dinge zu klären.

Wir haben vom Herrn Bundeskanzler verschiedentlich gehört, daß die Gleichberechtigung erreicht sei; zum ersten Mal sei er als Gleichberechtigter und dann wieder als Gleichberechtigter empfangen worden. Das sind alles nur in Teilen sich ausdrückende Gleichberechtigungserscheinungen. Aber so etwas wie Gleichberechtigung in Etappen und Gleichberechtigung nur in Teilen gibt es nicht; es gibt nur eine einheitliche und unteilbare Gleichberechtigung.

Darauf legen wir Wert, daß die Bundesregierung diesen Zustand zuvor herbeiführt. Abschließend beantrage ich noch, daß die Abstimmung über diesen Antrag getrennt nach den einzelnen Ziffern

vorgenommen wird.

### 3.37 Schoettle (SPD)

Der von Herrn Kollegen von Brentano im Namen der Regierungsparteien gestellte Antrag, über die vorliegenden Anträge namentlich abzustimmen, schön — kommt unseren Wünschen durchaus entgegen. Wir hatten ebenfalls die Absicht, namentliche Abstimmung zu beantragen, nein, wir brauchten gar nicht hellseherisch zu sein, Herr Kollege Albers —, weil wir klarstellen wollten, wo die Verantwortung liegt.

Im übrigen habe ich zu den Anträgen folgende Erklärung meiner Fraktion abzugeben.

Erstens. Die sozialdemokratische Fraktion betrachtet die von den Fraktionen der Regierungsparteien eingebrachten Anträge als eine Einheit. Sie sind dem vom Bundeskanzler in seiner gestrigen Rede zum Ausdruck gebrachten Wunsch entsprungen, die hier geführte Debatte über einen Verteidigungsbeitrag der Bundesrepublik mit einem Vertrauensvotum für seine bisherigen und weiteren Verhandlungen abzuschließen.

Zweitens. Die sozialdemokratische Fraktion lehnt einen Verteidigungsbeitrag unter den gegenwärtigen Voraussetzungen ab. Drittens. Die sozialdemokratische Fraktion lehnt die Verhandlungsmethoden der Bundesregierung ab, da sie in erster Linie auf dem bedingungslosen Angebot des Bundeskanzlers vom 29. August 1950 für einen Beitrag in Gestalt eines deutschen Kontingents im Rahmen einer internationalen westeuropäischen Armee beruhen. Viertens. Die sozialdemokratische Fraktion bestreitet die Kompetenz dieses Bundestages zur Beschlußfassung über alle mit einem deutschen Verteidigungsbeitrag zusammenhängenden Fragen. Fünftens. Die Schaffung einer Wehrverfassung verstößt gegen das Grundgesetz. Sechstens. Die sozialdemokratische Fraktion wird als Ausdruck ihrer eindeutigen Ablehnung der Politik der Bundesregierung gegen alle von den Fraktionen der Regierungsparteien eingebrachten Anträge — ungeachtet des sachlichen Inhalts — stimmen.